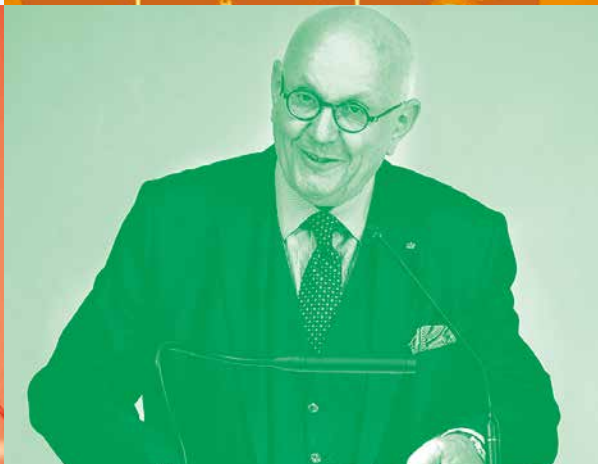
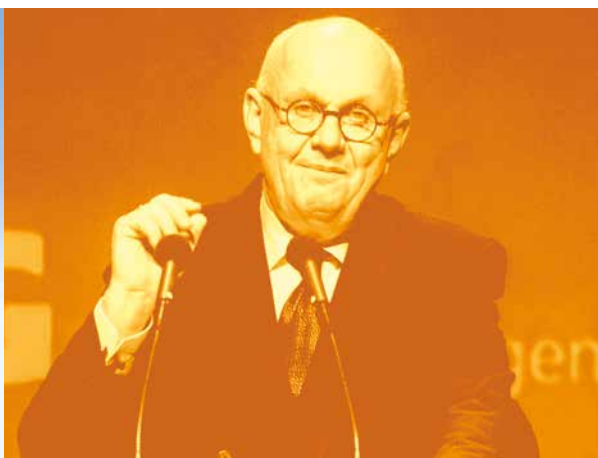




Deutsche Forschungsgemeinschaft

Peter Strohschneider **Reden 2013–2019**

Eine Auswahl

Deutsche Forschungsgemeinschaft

Peter Strohschneider
Reden 2013–2019

Eine Auswahl

Deutsche Forschungsgemeinschaft

Peter Strohschneider
Reden 2013–2019

Eine Auswahl



Deutsche Forschungsgemeinschaft

Kennedyallee 40 · 53175 Bonn

Postanschrift: 53170 Bonn

Telefon: +49 228 885-1

Telefax: +49 228 885-2777

presse@dfg.de

www.dfg.de

Zusammenstellung und Redaktion:

Dr. Nike Alkema, Marco Finetti, Dr. Philip Freytag – Geschäftsstelle der DFG, Bonn

Dezember 2019

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-96827-000-5

Gedruckt auf säurefreiem Papier.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden. Die Wiedergabe von Warenbezeichnungen, Handelsnamen oder sonstigen Kennzeichen in diesem Buch berechtigt nicht zu der Annahme, dass diese von jedermann frei benutzt werden dürfen. Vielmehr kann es sich auch dann um eingetragene Warenzeichen oder sonstige gesetzlich geschützte Kennzeichen handeln, wenn sie nicht eigens als solche markiert sind.

Lektorat: Stephanie Henseler, Inken Kiupel, DFG

Typografie und Titelgestaltung: Tim Wübben, DFG

Satz: Olaf Herling, Warstein

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei (BUB)

Printed in the Federal Republic of Germany

Inhaltsverzeichnis

Für den Eigen-Sinn der Wissenschaft

Peter Strohschneider – Präsidentschaft und Persönlichkeit im Spiegel seiner Reden	
Anmerkungen aus der Sicht der Wissenschaft	
Von Barbara Stollberg-Rilinger	9

Balance und Irritation in Zeiten gesellschaftlicher Erhitzung

Peter Strohschneider – Präsidentschaft und Persönlichkeit im Spiegel seiner Reden	
Anmerkungen aus der Sicht der Wissenschaftspolitik	
Von Georg Schütte	13

1. Über Wissenschaftsorganisation und Innovation..... 18

Wie kommt das neue Neue in die Welt?

Rede auf dem Neujahrsempfang der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Berlin, 14. Januar 2013	19
--	----

Über Wissenschaftspolitik

Rede auf dem Neujahrsempfang der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Berlin, 13. Januar 2014	25
--	----

Zwischen den Disziplinen – Über einige Spannungskonstellationen moderner Wissenschaft

Rede auf dem Forschungstag der Baden-Württemberg Stiftung, Stuttgart, 22. Juli 2015	31
---	----

Förderentscheidungen – Zur Rationalität wissenschaftsgeleiteter Forschungsfinanzierung

Vortrag anlässlich des Midterm-Kolloquiums des Sonderforschungsbereichs 1150 „Kulturen des Entscheidens“, Münster, 24. Mai 2017.....	41
--	----

2. Über Forschung und Förderung 56

Zur Förderung Klinischer Forschung

Rede auf dem Medizinischen Fakultätentag, Frankfurt/Main, 16. August 2014	57
---	----

Die pluralistische Universität

Festvortrag zum 50. Jahrestag der Universität Ulm, Ulm, 24. Februar 2017	67
--	----

Truth – Impact – Power

The Impact of the Humanities and Social Sciences – Discussing
Germany and Japan, Keynote, Tokyo, 13. November 2017 75

Ein nicht vorhersehbarer Erfolg

Begrüßung zur Feier des 50-jährigen Jubiläums des Programms
Sonderforschungsbereiche der Deutschen Forschungsgemeinschaft,
Bonn, 22. November 2018 85

3. Über Europa und die Wissenschaften 90

Societal Challenges and Innovative Capacity: Future Perspectives on European Research and Innovation Funding

Keynote, Science Europe High-Level Workshop 2016,
Oslo, 3. Mai 2016 91

Binnenspannungen und Zentrifugalkräfte in Europa

Rede auf der Festveranstaltung im Rahmen der Jahres-
versammlung 2016 der Deutschen Forschungsgemeinschaft,
Mainz, 5. Juli 2016 95

Poland, Germany and the Future of Research in Europe

Keynote, First German-Polish Science Meeting (GPSM),
München, 15. Mai 2017..... 103

The German Clusters of Excellence Programme

Keynote, Science Europe High-Level Workshop 2019,
Helsinki, 10. September 2019 111

4. Über Wissenschaft und Gesellschaft 116

Gebildete Wissenschaft in Zeiten des Populismus

Festvortrag anlässlich der Preisverleihungen der Studienstiftung
des deutschen Volkes, Berlin, 19. Juni 2017..... 117

Über Wissenschaft in Zeiten des Populismus

Rede auf der Festveranstaltung im Rahmen der Jahres-
versammlung 2017 der Deutschen Forschungsgemeinschaft,
Halle an der Saale, 4. Juli 2017..... 127

Urteilkraft	
Rede auf der Festveranstaltung im Rahmen der Jahres-	
versammlung 2018 der Deutschen Forschungsgemeinschaft,	
Bonn, 3. Juli 2018	135
Wissen – Nichtwissen	
Rede auf der Festveranstaltung im Rahmen der Jahres-	
versammlung 2019 der Deutschen Forschungsgemeinschaft,	
Rostock, 2. Juli 2019	143
Bibliografie	150

Editorischer Hinweis

Die hier versammelten Redetexte folgen den Originalmanuskripten und Sprechzetteln von Peter Strohschneider, deren Wortlaut lediglich in sprachlicher Hinsicht und in geringfügigem Umfang redaktionell bearbeitet wurde. Die Ursprungstexte wurden für die Veröffentlichung um einzelne Fußnoten und die Bibliografie erweitert. Anreden und direkte Bezüge an Anlass und Ort der Reden wurden, soweit nicht für das Textverständnis von Belang, gestrichen. Hiervon abgesehen sind die Texte in voller Länge abgedruckt.

Für den Eigen-Sinn der Wissenschaft

Peter Strohschneider – Präsidentschaft und Persönlichkeit
im Spiegel seiner Reden

Anmerkungen aus der Sicht der Wissenschaft

Von Barbara Stollberg-Rilinger

Als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) war Peter Strohschneider Praktiker und Theoretiker in einer Person – wissenschafts-politischer Akteur und wissenschaftlicher Beobachter zugleich. Was er als Beobachter nüchtern analysiert hat, dafür setzte er sich als Akteur leidenschaftlich ein: für den „Eigen-Sinn“ der Wissenschaft. Beides kann man in den hier dokumentierten Reden nachlesen.

Seine Amtszeit von 2013 bis 2019 war durch tief greifende Umwälzungen sowohl innerhalb als auch, mehr noch, außerhalb des Wissenschaftssystems geprägt. Die wichtigste deutsche Wissenschafts(förder-)organisation sah sich vor ungewöhnlich große Herausforderungen gestellt: zunehmender internationaler Wettbewerbsdruck, beschleunigte Differenzierung, Quantifizierung der Bewertungssysteme, um nur einige Stichworte zu nennen. Das alles hat die DFG zu einem weitreichenden Aus- und Umbau ihrer Förderprogramme veranlasst und die Wissenschaft in Deutschland einem schneidenden Reformwind ausgesetzt. Die Exzellenzinitiative, die Peter Strohschneider geplant und auf den Weg gebracht hat, ist nur das augenfälligste Element davon.

Die strukturellen Spannungen, unter denen das deutsche Wissenschaftssystem leidet, hat er selbst immer wieder auf den Punkt gebracht: die Spannung zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung, zwischen Bund und Ländern, zwischen Forschung und Lehre, zwischen universitärer Grundfinanzierung und Drittmitteln, zwischen wissenschaftlicher Relevanz und ökonomischer Nützlichkeit. Was das deutsche Wissenschaftssystem traditionell auszeichnet, ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einer durch Neugier getriebenen und einer auf Anwendung ausgerichteten Forschung. Genau das, so Strohschneiders kontinuierliche Warnung, droht durch die gegenwärtigen Herausforderungen aus dem Gleichgewicht zu geraten.

Als Peter Strohschneider im Januar 2013 sein Amt antrat, waren es vor allem wissenschaftsinterne Herausforderungen, die die DFG zu bewältigen hatte. In den späteren Amtsjahren haben sich die externen Herausforderungen unübersehbar in den Vordergrund geschoben. Neo-Autoritarismus, Populismus, Elitenfeindschaft und ein allseitiger Kult des „aggressiven Beleidigtseins“ bedrohen die Wissenschaft in einem Maße, wie das 2013 noch kaum vorstellbar war. Peter Strohschneider macht deutlich, was es heißt, wenn Wahrheit von einer Wissens- zu einer reinen Machtfrage zu werden droht. Was gegenwärtig auf dem Spiel steht ist die keineswegs selbstverständliche Autonomie der Wissenschaft.

Das Anliegen, den „Eigen-Sinn“ der Forschung zu verteidigen und dafür gute Gründe geltend zu machen, zieht sich als Generalbass durch die hier versammelten Reden. In seiner Doppelrolle als Akteur und Beobachter des Wissenschaftssystems verfügt Strohschneider – und das ist ein besonderer Glücksfall – über das nötige feine analytische Besteck, um seinem Anliegen Plausibilität und Geltung zu verschaffen. Sein Lieblingsinstrument aus dem theoretischen Besteckkasten, mit dem er seine Analyse der deutschen Wissenschaftsförderung im Besonderen und des Systems der Wissenschaft im Allgemeinen auf den Punkt bringt, ist die Figur der Paradoxie.

Das Wissenschaftssystem ist nach Strohschneider zu beschreiben als die Institutionalisierung des Nicht-Institutionalisierbaren. Denn eine Institution bedeutet Stabilität, sie sorgt für Erwartbarkeit und Planungssicherheit. Wissenschaft dagegen ist wesentlich darauf gerichtet, das schlechthin Neue zu denken – neu im emphatischen Sinne von nicht antizipierbar. Was aber nicht antizipiert werden kann, das kann auch nicht geplant werden. Die DFG sieht sich also der strukturell paradoxen Aufgabe gegenüber, die Planabweichung zu planen und auf erwartbare Weise das Unerwartbare zu ermöglichen.

Damit zusammen hängt die Paradoxie von Funktionalität und Autonomie. Strohschneiders schlagendes Argument gegen den technokratisch-utilitaristischen Reduktionismus im Wissenschaftssystem, gegen die vordergründige Fixierung auf gesellschaftliche Problemlösung und *societal impact* besteht wiederum in einer Paradoxie: Die Universität kann für die Gesellschaft nur dann leisten, was sie leisten kann, wenn sie ihre Autonomie gegenüber der Gesellschaft wahrt und nicht allein auf Fragen antwortet, die von außen an sie herangetragen werden. Sie bringt dann am meisten *impact*, wenn sie gerade nicht von vornherein auf *impact* fixiert ist. Denn die ganz großen gesellschaftlichen Herausforderungen sind zu komplex, als dass man immer schon im Voraus wissen könnte, was man überhaupt sucht. Mit anderen Worten: Die Freiheit der Wissenschaft ist kein überflüssiger Luxus – sie ist für die Gesellschaft als Ganze funktional.

Eine neuartige Bedrohung der wissenschaftlichen Freiheit sieht Stroh-schneider in der zunehmenden Infragestellung dessen, was den wissenschaftlichen Habitus im Kern ausmacht, nämlich die Bereitschaft, sich durch Neues irritieren zu lassen, die Zumutung des Andersartigen auszuhalten und das eigene Wissen stets unter Revisionsvorbehalt zu stellen. Umso beunruhigender ist es, wenn ein solcher „Anspruch auf Irritationsvermeidung“ nicht nur von Populisten jenseits des Wissenschaftssystems, sondern auch an den Universitäten selbst vorgebracht wird.

Denn auch der spezifisch wissenschaftliche Habitus ist durch eine Paradoxie geprägt. Wissenschaft verlangt Leidenschaft *und* Distanznahme, Nähe *und* Ferne zum Gegenstand zugleich. Diese Paradoxie charakterisiert nicht zuletzt Peter Strohschneiders eigene wissenschaftliche Haltung. Seiner akademischen Sozialisation in der germanistischen Mediävistik verdankt er die Kunst des beständigen Perspektivenwechsels zwischen Annäherung und Verfremdung und den Habitus leidenschaftlicher Nüchternheit, der sich an den hier dokumentierten Reden verfolgen lässt.

Wie gesagt: Es ist ein Glücksfall, dass in der Umbruchszeit der 2010er-Jahre der einflussreichste wissenschaftspolitische Akteur in Deutschland zugleich der schärfste wissenschaftliche Beobachter des eigenen Handelns war. Vom Wissenschaftsorganisator verwandelt er sich nun wieder in den Wissenschaftler, vom Entscheider zum reinen Beobachter. Spätmittelalterlichen „Fabeln über Macht, Wissen und Gewalt“ will er sich in der nächsten Zeit widmen, wenn gut informierte Quellen nicht irren. Wie die Reden zeigen, werden ihm seine Erfahrungen als Akteur dabei von Nutzen sein.

Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger

ist seit 1997 Professorin für Geschichte der Frühen Neuzeit an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und seit 2018 Rektorin des Wissenschaftskollegs in Berlin.

Balance und Irritation in Zeiten gesellschaftlicher Erhitzung

Peter Strohschneider – Präsidentschaft und Persönlichkeit
im Spiegel seiner Reden

Anmerkungen aus der Sicht der Wissenschaftspolitik

Von Georg Schütte

Lassen Sie sich nicht täuschen! Die geschliffene Sprache von Peter Strohschneider, die so klug gewählten, oftmals bedeutungsschweren Worte, die so kunstvoll gebauten Sätze, die so meisterhaft komponierten Reden und Texte, sie sollen – nicht nur, wenn sie an die Politik gerichtet sind – vor allem auch irritieren!¹

„Wie anders“, fragte Peter Strohschneider in seiner Rede zur Jahresversammlung der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Jahr 2016, „sollte neues Wissen in die Welt kommen können? Nur eine Gesellschaft, die bereit ist, sich durch das Andere, Unbekannte, ja Fremde irritieren zu lassen, kann und darf von Wissenschaft und Forschung die stete Erneuerung ihres Wissens erwarten – also: Innovation.“

1 Dieser Text nimmt Bezug auf die Neujahtsreden von Peter Strohschneider, die teilweise in diesem Band abgedruckt sind. Im Einzelnen sind dies die Reden anlässlich der Neujahtsempfänge der DFG in Berlin am 14. Januar 2013, 13. Januar 2014, 13. Januar 2015, 11. Januar 2016, 16. Januar 2017, 15. Januar 2018 sowie am 14. Januar 2019.

Zur Position Strohschneiders zur transformativen Wissenschaft vgl. Peter Strohschneider: Zur Politik der Transformativen Wissenschaft. In: André Brodocz, Dietrich Herrmann, Rainer Schmidt, Daniel Schulz, Julia Schulze Wessel (Hrsg.): Die Verfassung des Politischen. Festschrift für Hans Vorländer. Wiesbaden 2014, S. 175–192; sowie Wolfgang Rohe: Vom Nutzen der Wissenschaft für die Gesellschaft. Eine Kritik zum Anspruch der transformativen Wissenschaft. In: GAIA 24/3 (2015), S. 156–159.

Zitiert wird außerdem die Dokumentation der ebenfalls in diesem Band abgedruckten Rede von Peter Strohschneider anlässlich der Festveranstaltung im Rahmen der Jahresversammlung 2016 der DFG in Mainz am 5. Juli 2016: Binnenspannungen und Zentrifugalkräfte in Europa. Anmerkungen zu Gesellschaft, Staat und Wissenschaft im Zeichen von Brexit, Technokratie und Populismus, hier zitiert nach: forschung – Das Magazin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Heft 3, 2016.

Das Eigene und das Fremde, das Altbekannte und das Neue, das Vertraute und das Verstörende – es sind diese Gegensatzpaare, die das Denken und Argumentieren Peter Strohschneiders prägen. Fast nichts in der modernen Wissenschaft und in der Wirklichkeit moderner Gesellschaften, deren einer, wenngleich konstitutiver Teil die Wissenschaft ja nur ist, ist gesetzt. Fast alles ist kontingent. Es könnte, so die irritierende Mahnung von Peter Strohschneider, auch anders sein. Es könnte auch anders kommen.

Deshalb sucht er in seinem öffentlichen Wirken für die DFG immer wieder Positionsbestimmungen: bei der Beschreibung des deutschen Wissenschaftssystems, in der Definition der Funktion von Universitäten und zur Klärung der Rolle der DFG. Die moderne Wissenschaft, so betont er zu Beginn seiner Amtszeit, ist ausdifferenziert, pluralistisch, dezentral (2013). Die Stärke der deutschen Wissenschaft, so Strohschneider, liegt in ihrer „prägnanten Organisationsvielfalt“, ihrem „strukturellen Pluralismus“ (2016). Die Wissenschafts-, Forschungs- und Mittlerorganisationen, die Hochschulen und weiteren Forschungseinrichtungen arbeiten komplementär, mit unterschiedlichen Methoden, verschiedenen Instrumenten und für unterschiedliche Zielstellungen. Diese Vielfalt gebiert neue Erkenntnisse. Sie trägt bei zu wirtschaftlicher Stärke und gesellschaftlicher Stabilität (2014).

Eine solche Beschreibung ist analytische Klärung, Selbstvergewisserung und wissenschaftspolitische Positionsbestimmung zugleich. Daraus leitet Peter Strohschneider seine wissenschaftspolitischen Forderungen ab: Aufgabe der Politik ist es, für eine angemessene Balance zu sorgen. Hierzu zählt er eine funktionale Balance zwischen Institutionen der Spitzenforschung und solchen, in denen die Basisarbeit der normalen Forschung erledigt wird; dann aber auch eine organisatorische Balance zwischen Einrichtungen der außeruniversitären Forschung und den Universitäten. Denn Letztere, so Peter Strohschneider, sind die „Herzkammer“ des deutschen Wissenschaftssystems, und er wird deshalb nicht müde, immer wieder die mangelnde Grundfinanzierung dieses Schlüsselakteurs anzuklagen (2013).

Auch forschungsprogrammatisch fordert Strohschneider eine Balance: die zwischen neugiergetriebener Grundlagenforschung und programmgesteuerter Forschung. Nur in einem ausgewogenen Verhältnis dieser beiden Grundformen der Forschung könne Wissenschaft ihre kulturelle Leistungsfähigkeit entfalten, nur so könne sie sowohl das gänzlich Neue, das oftmals nur durch Zufall zu Entdeckende, als auch das eher instrumentelle Wissen, das sich an gesellschaftlichen Bedarfen orientiert, hervorbringen (2013).

Insbesondere zu Beginn seiner siebenjährigen DFG-Präsidentschaft sucht Peter Strohschneider, in diesem Balanceakt auch die Rolle der DFG zu beschreiben und zu stärken: Ihre Aufgabe sei es, zwischen erst- und zweit- sowie drittklassiger Forschung zu unterscheiden. Sie müsse deshalb hohe Ansprüche

che an ihre eigenen Prozesse stellen (2014). Daraus leitet er Gestaltungs- und Deutungsansprüche ab, etwa wenn er ein wissenschaftsgeleitetes Auswahlverfahren für die Exzellenzwettbewerbe im deutschen Wissenschaftssystem einfordert (2016) oder wenn er selbstbewusst auf die Arbeit einer DFG-Expertengruppe zur „Wissenschaft im digitalen Zeitalter“ und insbesondere zur guten wissenschaftlichen Praxis verweist (2018). Hier ist Peter Strohschneider ganz gewählter Vertreter und präsidentialer Vorkämpfer „seiner“ Organisation. Als solcher versucht er zugleich, Überforderungen vorzubeugen. So dürfe es nicht die Aufgabe der DFG sein, im unterfinanzierten Universitätsystem die materielle Basis dafür zu legen, dass überhaupt noch Forschung betrieben werden könne.

Schnell hat Peter Strohschneider auch die subtilen Taktiken öffentlich artikulierter Signale verinnerlicht, mit denen der Gang politischer Entscheidungsfindung beeinflusst werden soll und bisweilen auch kann. Da freut er sich im Jahr 2015, dass Bund und Länder eine Grundsatzentscheidung zur Fortsetzung des Hochschulpaktes und des Paktes für Forschung und Innovation beschlossen haben. Beide Vereinbarungen brachten und bringen zusätzliche Milliarden in die Hochschulen und die außeruniversitären Forschungs- und Wissenschaftsorganisationen. Zugleich beklagt er jedoch, dass der große Wurf, eine „Rahmenvereinbarung föderale Wissenschaftsfinanzierung“ ausgeblieben sei.

Geschickt lanciert Strohschneider Ideen für die politische Debatte, etwa wenn er – ebenfalls im Jahr 2015 – auf die „Prekarisierung des akademischen Mittelbaus“ verweist und fordert, die Exzellenzinitiative zu einem „Nachwuchspaket“ weiterzuentwickeln. Oder indem er ein Jahr später öffentlich und ungeduldig auf den Bericht der internationalen Expertenkommission zur Exzellenzinitiative wartet und zugleich den Anspruch auf ein wissenschaftsgeleitetes Auswahlverfahren für die Nachfolgeinitiative einfordert.

Strohschneider untermauert seine Argumente mit klugen Analogien und Metaphern, die er sowohl der klassischen griechischen Philosophie eines Platon entlehnt als auch den popkulturellen Einsichten der *Simpsons*. Sie reichen von Thomas Bernhards *Morgen in Augsburg* als Vertröstung auf ein nie erreichtes Ziel bis zu Ralf Dahrendorfs Freiheitsverständnis. So manche dieser Botschaften haben in dieser Tiefe und Leichtigkeit verfangen, haben politische Entscheidungen, etwa für ein Tenure-Track-Förderprogramm für den wissenschaftlichen Nachwuchs oder die Ausgestaltung der Exzellenzstrategie (als Nachfolgeprogramm der Exzellenzinitiative), mit beeinflusst. Anderes, etwa eine grundsätzliche Rahmenvereinbarung von Bund und Ländern zur Wissenschaftsfinanzierung, blieb auch weiterhin wissenschaftspolitisches Wunschdenken.

Seit der Mitte der Strohschneider'schen DFG-Präsidentschaft forderten Ereignisse und Entwicklungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen und auf anderen Politikfeldern jedoch zunehmend Positionsbestimmungen ein, die weit über die Betrachtung der Strukturen und Eigenlogiken des deutschen Wissenschaftssystems hinausgehen. „Die Temperatur unserer Gesellschaft ist gestiegen“, konstatiert er 2017. Das Staatsschuldenproblem und die Legitimationskrise der Europäischen Union, Migrationsbewegungen und islamistischer Terrorismus, Klimawandel, Kriege, geopolitische Machtverschiebungen und eine mediale „Vulgarisierung des Sozialen“ forderten „den gelassenen Pluralismus der liberalen Gesellschaft“ und deren „Integration in öffentlichem Diskurs und rationaler Streitkultur“ heraus (2017). Westliche Gesellschaften, so Strohschneiders Analyse, driften auseinander, „autokratische[r] Caesarismus“ und „nationalpopulistische[r] Machtwille“ tragen vielerorts zur Wahrheitskrise und Konfliktverschärfung bei (2017).

Damit erscheint das Verhältnis von Wissenschaft und Politik nochmals in neuem Licht. Denn jetzt gerät die Frage in den Mittelpunkt, welchen Beitrag diese beiden Bereiche zum Zusammenhalt von modernen Gemeinwesen insgesamt leisten können. Wissenschaft, fordert Strohschneider, kann und darf nicht anders, als auf dem Wahrheitskriterium zu insistieren. Das heißt aber auch: Sie muss ihre Wissensbestände immer wieder kritisch überprüfen. Und: Ihre Leistungsversprechen müssen verlässlich sein. Nur so bleibe sie glaubwürdig.

Strohschneider warnt deshalb davor, sich mit immer neuen *impact*-Verheißungen zu überbieten. Vielmehr müsse die Wissenschaft immer wieder Sachzwänge aufbrechen und Handlungsalternativen aufzeigen. Für die Politik heiße das, nicht einfacher Exekutor wissenschaftlicher Vorgaben zu sein, sondern für einen verbindlichen Ausgleich streitiger Interessen zu sorgen (2017). In einer öffentlich ausgetragenen Debatte über transformative Wissenschaft wendet sich Strohschneider in diesen Jahren deshalb auch gegen das, was er später in Anlehnung an Hannah Arendt als „despotisch[e]“ Technokratie bezeichnet (2017).

Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft sowie Vertrauen in die Wissenschaft werden so zu zentralen Kategorien einer wissenschaftspolitischen Diskussion, die zugleich eine gesellschaftspolitische Debatte ist. Am Ende der Strohschneider'schen DFG-Präsidentschaft reicht es jedoch nicht mehr, daraus eine Rechtfertigung für die Vielfalt des deutschen Wissenschaftssystems abzuleiten. Nein, Strohschneider sieht das Freiheitsprivileg der Wissenschaft weltweit bedroht: durch Instrumentalisierung der Wissenschaft für antiplurale Machtansprüche und vermeintlich einfache Lösungen, durch wirtschaftliche Zwänge und eine Engführung der Forschung auf das vermeintlich Nützliche, durch Missachtung ethischer Standards um individueller und nationaler Vorteile willen. In dieser Situation fordert er, dass sich die Wissenschaft

ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen mehr denn je besinnt, dass sie um Vertrauen und Anerkennung kämpft. Denn nur so könne sie in ihrer beständigen theoretischen Neugier Räume für das Unbekannte, das Fremde öffnen. Nur so könne sie Irritationsbereitschaft und Weltläufigkeit fördern (2019).

Peter Strohschneider bleibt sich dabei seines gelassenen Vertrauens in die kreative Einsichtsfähigkeit und Einsichtsproduktion der Wissenschaft, das er als Vorsitzender des Wissenschaftsrates erworben und weiterentwickelt hat, treu. Die DFG wird darauf aufbauen können in der gewachsenen Rolle, die ihr weltweit zukommt und die sie angesichts der globalen Herausforderungen – seien sie in den Fragen der Wissenschaft oder in den Anforderungen an die Politik zu finden – spielen muss. Und sie wird es einbringen können in ein Wissenschaftssystem, dessen Organisationen sich selbstkritisch auf jene Pfadabhängigkeiten hinterfragen müssen, die den Spielraum für neue Fragestellungen und Erkenntnisse einengen, damit sie offen bleiben für das irritierend Neue.

Dr. Georg Schütte

war von 2009 bis 2019 Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Berlin, und ist ab Januar 2020 Generalsekretär der Volkswagen-Stiftung, Hannover.

1.

Über Wissenschaftsorganisation
und Innovation

Wie kommt das neue Neue in die Welt?

Rede auf dem Neujahrsempfang der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Berlin, 14. Januar 2013

1.

Der Wechsel der Jahre, der Beginn eines neuen Jahres: Das sind – obwohl der Zeitfluss selbst ja gar keine Unterbrechungen kennt – Gelegenheiten, einen Moment innezuhalten, Abstand zu nehmen, sich selbst gute Vorsätze zu machen. Man könnte sagen: Zwischen den Jahren und Zeiten ist die Zeit für Programmatisches; erst recht so, wenn – wie in unserem Fall – der Jahreswechsel mit einem Amtswechsel einhergeht. Wie sollte ich also Ihrer Erwartung entgegen gehen können, dass der neue Präsident sich auf dem Neujahrsempfang der DFG zu Fragen des Förderhandelns und der Wissenschaftspolitik programmatisch äußern werde? Selbst wenn ich versuchte, zwischen allen Klippen – von der föderalen Finanz- und Kompetenzverteilung bis zum Europäischen Forschungsraum, vom Abschluss der Exzellenzinitiative bis zur Rolle der außeruniversitären Forschung – bloß elegant „hindurchzueiern“, so müsste ich doch wohl gewärtigen, dass Sie den Eindruck gewönne, künftig gehöre dann wohl das „Herumeiern“ zum Programm der DFG.

Ich kann also wohl der Erwartung von Programmatischem kaum entgegen gehen. Ich kann ihr aber eigentlich auch nicht entsprechen. Die DFG gehört zu jenen Organisationen, deren institutionelle Qualität sich nicht zuletzt daran ermisst, wie sie über den Wechsel einzelner Personen hinweg Stetigkeit gewährleisten. Und das muss so sein: Die DFG kann nicht funktionieren ohne Verlässlichkeit für ihre Mitglieder, für die Antragstellerinnen und Antragsteller und für alle, die in dieser Selbstorganisation der deutschen Wissenschaft mitwirken, und zwar allermeist rein intrinsisch motiviert und ehrenamtlich mitwirken.

Zugleich legt auch die aktuelle Situation eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der großen programmatischen Geste nahe. Wenige Tage erst bin ich im Amt (obgleich es vielleicht doch etwas präventiv wirken würde, wenn ich mich heute als Frischling der Wissenschaftspolitik zu inszenieren versuchte), vor allem aber: Die DFG spielt ihre Rolle im Rahmen eines sehr differenzierten Wissenschaftssystems, das sich stark wandelt und dessen Funktionsverteilungen und Finanzierungsstrukturen womöglich in eine Phase der tief greifenden Umgestaltung eintreten. Exzellenzinitiative, Hochschulpakt und Pakt

für Forschung und Innovation sind ja befristete Programme: Was sie regeln und in welcher Weise sie das tun, das sind Fragen, die neu beantwortet werden müssen. Der Wissenschaftsföderalismus, das Verhältnis von Forschung und Lehre, von Lehrkapazitäten und Lehrqualitäten, von hochschulischer und außeruniversitärer Forschung, die Organisation von Forschung und Forschungsförderung, die Proportionen von Grundfinanzierung und Drittmitteln, von projektförmig organisierbaren Funktionen und Daueraufgaben: All diese Fragen stehen zur Diskussion. Sie haben weitreichende institutionelle und intellektuelle Implikationen. Und sie werden entschieden werden müssen in einer Zeit, die geprägt ist durch die weltgestaltende Kraft moderner Forschung und die Dynamiken der Wissenschaftsgesellschaft, aber eben auch durch die Eigenlogiken von staatlicher Schuldenkrise und Bundestagswahlkampf.

Dabei gibt es für die Entscheidung der angedeuteten Fragen keinen Masterplan; womöglich wäre es nicht einmal klug, einen haben zu wollen. Wohl aber müssen wir eine sehr intensive und differenzierte Sachdebatte führen. In ihr besitzt die DFG – wie andere Wissenschaftsorganisationen auch – erhebliches Gewicht. Eine „Architektenrolle“ kommt ihr so wenig zu wie irgendjemandem sonst: Moderne Wissenschaft ist bei Weitem zu komplex, als dass sie sich von einem einzelnen Gesichtspunkt aus hierarchisch ordnen ließe.

2.

Moderne Wissenschaft ist stets damit befasst, wie Neues in die Welt kommt – und zwar nicht allein das Neue bloß im Sinne des bis dato Ungedachten, sondern vor allem auch im Sinne des bisher ganz Undenkbaren. Um es paradox zu sagen: Es geht in der Wissenschaft, erst recht in der Grundlagenforschung, nicht lediglich um jenes alte Neue, das sich aus dem gegebenen Bestand von Problemen und Lösungen in der einen oder anderen Weise extrapolieren lässt. Im Kern geht es vielmehr um das neue Neue, also um grundlegende Erweiterungen der Möglichkeiten, die Welt – in ihren natürlichen wie in ihren kulturellen Dimensionen – wissenschaftlich zu verstehen.

Diese Ausgangshypothese ist übrigens keineswegs so trivial, wie sie zunächst wirken mag. Sie konzipiert nämlich Forschung primär als Neuerkenntnis von Weltsachverhalten (und als Umsetzung solcher Erkenntnis), nicht aber im Schema von Problem und Lösung. Obwohl gewiss wissenschaftliche Welterkenntnis zur Lösung vieler Probleme beitragen kann, scheint mir diese Umakzentuierung doch erforderlich, weil nämlich das Schema von Problem und Lösung die Wissenschaft allenfalls ausschnittsweise beschreibt: Die Wissenschaft löst ja nicht nur Probleme, sie schafft auch welche (zum Beispiel bioethischer oder finanzpolitischer Art). Es gibt Probleme, die sie wohl nicht lösen kann (zum Beispiel dasjenige der Knappheit gesellschaftlicher Güter oder meiner Sterblichkeit). Und es gibt Herausforderungen, deren wissenschaftliche Bearbeitung sich im Muster von Problem und Lösung schwerlich fassen lässt.

Wir können uns Letzteres am Beispiel der sogenannten *grand challenges* verdeutlichen, also an Herausforderungen wie dem Klimawandel, den großen Volkskrankheiten oder demografischen Veränderungen. Denn was macht eigentlich die „Größe“ dieser Herausforderungen aus? Es ist ja kaum ihre globale Dimension allein. „Groß“, ja zu groß sind jene Herausforderungen vielmehr zunächst vor allem in dem Sinne, dass sie sich als solche gerade nicht beforschen lassen. Sie überschreiten a priori alle disziplinären Grenzen. Zum Gegenstand von Forschung kann der Klimawandel allein werden, indem man ihn in eine unabsehbare Zahl natur-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher, aber auch kulturwissenschaftlicher Forschungsfragen auseinanderlegt, die oft äußerst spezialisiert sind. Er ist viel zu komplex, als dass er – anders übrigens als im politischen Diskurs – wissenschaftlich einfach im Schema von „Problem“ und „Lösung“ behandelbar wäre.

Ich würde aus dieser Überlegung folgern: Je größer und bedrängender gesellschaftliche Herausforderungen werden, umso wichtiger ist es, in der Wissenschaft nicht ausschließlich auf das alte Neue zu setzen – so wichtig die gezielte Suche nach Lösungen ist, die von den schon bekannten Problemen her determiniert werden. Man muss daneben und zugleich aber auch auf das neue Neue setzen: auf das Hinausschieben der Grenzen des Denkbaren, auf das emphatisch Innovative, auf Antworten, die nicht schon von den gestellten Fragen vorgezeichnet sind.

Der amerikanische Wissenschaftssoziologe Robert K. Merton hatte von *serendipity* gesprochen, vom Finden dessen, was man gar nicht gesucht hatte, obwohl man durchaus auf der Suche gewesen war. Und die weltgeschichtliche Bedeutung dieses Entdeckungsprinzips verdeutlicht am prägnantesten Kolumbus: Amerika war keineswegs die Lösung für das Problem des Seewegs nach Indien – und trotzdem in der Retrospektive ja doch irgendwie ziemlich relevant.

Im Deutschen sprechen wir an der nämlichen Stelle vielleicht weniger von Serendipität (obwohl: auch dieses Wort gibt es) als vielmehr von *blue sky research*, von erkenntnis- oder neugiergetriebener Forschung oder allgemein von Grundlagenforschung. Und die Wissenschaft muss bedenken, dass es in gesellschaftlichen und politischen Entscheidungslagen zuweilen schwer ist, die Bedeutung solcher Erforschung der Grundlagen unseres wissenschaftlichen Wissens plausibel zu machen, weil ihre sachlichen und zeitlichen Zusammenhänge mit dem, was unmittelbar und bedrängend einer direkten Lösung harrt, öfters verdeckt sind.

Im Gegenzug kommen indes Gesellschaft und Politik nicht um die Einsicht herum, dass Wissenschaft und Forschung mehr leisten müssen, als von ihnen erwartet wird, um leisten zu können, was Gesellschaft und Politik, auch an konkreten Problemlösungen, sehr zu Recht von ihnen erwarten. Um Amerika

zu finden, muss man auch Indien suchen. Die gesellschaftliche Leistungskraft von Wissenschaft beruht gerade darauf, dass sie nicht allein direkten gesellschaftlichen oder politischen Problemvorgaben folgt, sondern stets zugleich auch ihrem spezifischen Eigensinn; dass sie mehr ist als allein ein Instrument für definierte Zwecke, nämlich auch – um es einmal emphatisch zu sagen – eine Kulturleistung.

3.

Und dies bringt uns nun auf die Universität und auch zur DFG sowie zu den eingangs angeschnittenen politischen Fragen der Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems zurück. Die Universität ist nämlich der wichtigste Ort, über den die Gesellschaft überhaupt verfügt, um in der angedeuteten, für sie entscheidenden Weise ihre Leistungserwartungen an die Wissenschaft produktiv zu verknüpfen mit dem Eigensinn der Wissenschaft – also: Ausbildung und Bildung, konkrete praktische Problemlösung und Grundlegung theoretischer Welterkenntnis, praktischen Verstand und reflexive Vernunft – und dies in allen „Zweigen“ der Wissenschaft und auf allen ihren Ebenen, vom grundständigen Studium bis zur Spitzenforschung.

Es sind diese Besonderheiten, die die Universitäten von allen anderen Einrichtungen des Wissenschaftssystems unterscheiden. Sie sind es, die außeruniversitäre Forschungsinstitute und Fachhochschulen, wissenschaftliche Sammlungen oder Ressortforschungseinrichtungen gleichermaßen angewiesen sein lassen auf spezifische Leistungen der Universitäten. Und aus diesen höchst sachlichen Gründen – nicht etwa wegen Traditionshintergründe oder symbolischer Auszeichnungen – kann man sagen, die Universitäten seien die „Herzkammer“ der Wissenschaft. Ihre Leistungskraft ist für die Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems funktional konstitutiv.

Dies aber muss bei dessen Weiterentwicklung bedacht werden. Dem muss die Wissenschaftsgesellschaft um den Preis ihrer Zukunftsperspektiven in politischer, rechtlicher und finanzieller Hinsicht Rechnung tragen. Und dies muss übrigens auch in der Wissenschaft (und in der Allianz) die Richtschnur unseres Handelns sein: Die Funktionen und Leistungen der einzelnen Einrichtungen und Organisationen sind äußerst wichtig. Noch wichtiger sind diejenigen des Gesamtsystems. Es ist in einem Gefüge von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Förderorganisationen eigentlich klug gegliedert. Die Instrumente, mit denen die Politik dieses Gefüge steuert, werden daher umso wirksamer sein, je besser sie in diesem Gefüge die Balancen zu halten erlauben: die Balancen zwischen den verschiedenen Funktionen und Qualitätsstufen von Wissenschaft (es gibt ja keine Spitzenforschung ohne eine solide Basis normaler Forschung), aber auch die organisatorische Balance zwischen den Universitäten und den Einrichtungen der außeruniversitären Forschung.

In diesen Zusammenhang gehört etwa, dass die jeweiligen Gestaltungsrechte und Finanzausstattungen nicht zu ungleich werden und dass die Relationen von universitärer und außeruniversitärer Forschung nicht durch einseitige Abhängigkeiten geprägt sein dürfen. Sie müssen vielmehr dem Prinzip intensiver Kooperation folgen. Auch wenn man von der Rolle der DFG selbst einmal ganz absieht, ist schon wegen dieses Prinzips übrigens die organisatorische Trennung von Forschungs- und Förderorganisationen wichtig, weil sonst nämlich die Universitäten in eine Drittmittelabhängigkeit von Instituten geraten würden, mit denen sie zugleich in der Forschung kooperieren und konkurrieren. Und diese Trennung macht es zudem auch leichter, ein innovationsfeindliches *mainstreaming* von Forschung zu vermeiden und deren großen Ideenreichtum wahrscheinlich werden zu lassen. Denn dazu müssen die frei initiierte Grundlagenwissenschaft und die programmgesteuerte Forschung ebenso in einem ausgewogenen Verhältnis stehen wie die unterschiedlichen Formate von Projekten; selbstverständlich bindet das Große und Teure auch in der Forschung leicht viel Aufmerksamkeit, dass es stets auch das intellektuell Ertragreichste sei, ist keineswegs ausgemacht.

Und um ein Letztes anzusprechen: Gerade mit Blick auf die gesellschaftliche Leistungskraft der Wissenschaft müssen nicht nur der Ressourcen- und Drittmittelwettbewerb einerseits und der intellektuelle Ideenwettstreit andererseits ausbalanciert sein, es darf auch nicht das eine mit dem anderen verwechselt werden. In der Wissenschaft, weil sie mit dem noch Ungedachten und dem bislang Undenkbaren befasst ist, gibt es nämlich bei der Konkurrenz um knappe materielle Güter eine kritische Grenze, jenseits derer unerwünschte Nebeneffekte zu überwiegen drohen. Beim Wettstreit der Ideen und Erkenntnisansprüche ist das ganz anders; von dem können wir gar nicht genug bekommen.

4.

Die moderne Wissenschaft ist in ihren Wissensordnungen wie in ihren Organisationsformen ein höchst ausdifferenziertes, ein pluralistisches und dezentrales Gebilde. Eben daran hängen ihre Leistungskraft und ihre herausragende Bedeutung für das Verstehen und die Gestaltung unserer Welt. Wie die hier vorgetragenen Erwägungen – sollten sie ihrer Kritik denn standhalten – wirksam werden könnten in der konkreten Ausgestaltung wissenschaftsorganisatorischer wie wissenschaftspolitischer Initiativen und Programme: Dies werden wir miteinander diskutieren müssen. Dabei wird es, um zum Abschluss einmal eine völlig risikofreie Prognose zu wagen, an Auffassungsunterschieden vermutlich nicht mangeln. Sie machen das Gespräch erst lebendig, zu dem ich Sie jetzt recht herzlich einladen darf. Und sie lassen sich für die Qualität jener Entscheidungen, in die die Diskussionen münden müssen, produktiv machen.

Dass dies gelinge, wünsche ich uns allen in der Politik wie in der Wissenschaft gleichermaßen. Und dann wird das neue ein gutes Jahr für die Wissenschaft in Deutschland.

Über Wissenschaftspolitik

Rede auf dem Neujahrsempfang der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Berlin, 13. Januar 2014

Wir stehen am Anfang einer neuen Legislaturperiode des Deutschen Bundestags. Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD steht ebenso wie das neue Kabinett von Frau Bundeskanzlerin Merkel. Und wie ihre Vorgängerinnen hat auch die derzeitige Bundesregierung der Bildung, Wissenschaft und Forschung im Gesamtgefüge konkurrierender Politikfelder eine gewichtige Position eingeräumt.

Das ist in der Sache gut und richtig und wichtig: Unser individuelles wie unser kollektives Dasein in Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur ist in unerhörtem Ausmaß auf die Leistungskraft und Qualität auch des Wissenschafts- und Forschungssystems angewiesen. Die politische Aufmerksamkeit der neuen Bundesregierung für dieses Handlungsfeld öffnet zugleich den Raum, in dem mit den Ländern und im Gespräch mit den Institutionen der Wissenschaft die politischen Grundzüge und die Einzelheiten der Organisation und Finanzierung ausgehandelt und konstruktiv weiterentwickelt werden können, die Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik in ihren vielfältigen internationalen Verflechtungen prägen.

Und übrigens versteht sich diese der Wissenschaft und Forschung zugeordnete politisch-gesellschaftliche Bedeutsamkeit keineswegs von selbst. Wir brauchten bloß einen vergleichenden Blick in die Wissenschaftsbudgets anderer Staaten der Europäischen Union zu tun. Wir könnten uns auch an sehr altes Wissen darüber erinnern, wie es die Gesellschaft – und zwar gänzlich unabhängig von wechselnden parteipolitischen Präferenzen – mit der Wissenschaft zu halten pflegt. Das schallende Gelächter der thrakischen Magd, von dem Platon im *Theaitetos* (174a) erzählt, ist dafür emblematisch geworden. Es ist das Gelächter über den Astronomen Thales von Milet, der in den Brunnen gestürzt war, weil er, vertieft in die Beobachtung der Sterne, die Erde vor seinen Füßen aus dem Auge verloren hatte. Das Kriterium für Wissenschaft ist hier allein der Grad ihrer direkten lebenspraktischen Nützlichkeit, und da sieht sie freilich nicht immer gut aus.

Und wie in Milet und der Welt der alten Griechen, nicht anders heutzutage im ubiquitären Springfield und der Welt von Homer Simpson und den Seinen

(in der gleichnamigen Zeichentrick-Serie). Im *Springfield Heights Institute of Technology* entwickelt Professor Frinks unentwegt Projekte, zu deren Nachahmung so wenig zu raten ist wie – würde die Magd sagen – bei der Astronomie des Thales. Und dies ist lediglich ein Strang in dem ziemlich komplexen und ziemlich witzigen Wissenschaftsdiskurs der Simpsons. In einer der besten Episoden überhaupt (6/14: „Barts Komet“) sabotiert Homers Sohn Bart Simpson einen Wetterballon, mit dem im Rahmen einer *Science Week* das Interesse der Schüler für die Forschung geweckt werden soll. Zur Strafe muss Bart im Morgenrauen seinem Lehrer Principal Skinner bei der Hobbyastronomie assistieren: Es gilt, die Koordinaten solcher Himmelsregionen zu notieren, die, durch Skinners Teleskop beobachtet, leer zu sein scheinen. Hier geht es also um erkenntnisgeleitete Forschung. Sie folgt den Dynamiken der Neugier, und auch wo sie nichts findet, handelt es sich um ein aufzeichnungswürdiges Ergebnis.

Als Bart Simpson allerdings selbst einen Blick durch das Teleskop tut, entdeckt er einen riesigen Kometen, der, wie das staatliche Observatorium alsbald bestätigt, direkt auf Springfield zurast. Einerseits gibt es also Probleme, die man ohne wissenschaftliche Neugier gar nicht hätte, und andererseits kann selbst eine zunächst rein dieser Neugier folgende Forschung schlagartig Wissen produzieren, das offenkundig von herausragender Wichtigkeit ist. Da man jetzt weiß, dass Springfield von einem Kometen zerstört werden wird, da man also plötzlich das eigene Todesdatum kennt, fragt sich in panischer Dringlichkeit, wie man sich darauf vorbereiten soll.

Bei den Simpsons schließt hier eine bitterböse Satire auf den gesellschaftlichen Katastrophendiskurs an. Und freilich bleibt die Katastrophe selbst dann doch aus. Es ist ja nicht die allerletzte Episode der Simpsons: Als man sich auf den Untergang eingestellt hat, verglüht der Komet in der verschmutzten Atmosphäre über Springfield; allein ein kleiner Kometenbrocken richtet Schaden an, indem er – ausgerechnet – den einzigen Schutzbunker der Stadt zerschmettert. Doch der Diskurs über die Spannungskonstellationen von Gesellschaft und Wissenschaft ist damit noch keineswegs zu Ende. Die Katastrophenprognose des Observatoriums war also falsch. Und der Barkeeper Moe, Besitzer von *Moe's Tavern* und Instanz des gesellschaftlichen Durchschnittswissens, zieht daraus denn auch die Konsequenz: „Lasst uns das Observatorium niederbrennen, damit so etwas nie wieder passieren kann!“

Weg also mit der Wissenschaft und ihren Institutionen. Aber warum? Soll – magisches Denken! – die Zerstörung des Observatoriums künftige Kometeneinschläge unterbinden? Oder sollen – atavistische Rache! – die Astronomen für die Kometengefahr haften? Oder wird hier ein gesellschaftlicher Nützlichkeitsanspruch gegenüber der Wissenschaft absurd auf die Spitze getrieben? Das astronomische Wissen war schließlich unnütz – der Komet verglühte rechtzeitig –, um nicht zu sagen schädlich – die Springfielder haben sich, vom Ende her geurteilt, ja umsonst gesorgt. Jedenfalls steckt der Alltagsverstand den

Kopf nicht in die Sterne, sondern gewissermaßen in den Sand: „Lasst uns das Observatorium niederbrennen, damit so etwas nie wieder passieren kann!“

Die politische Übereinkunft, die den Koalitionsvertrag des dritten Kabinetts von Frau Merkel trägt, unterscheidet sich hiervon deutlich. Sie versteht Wissenschaft und Forschung als eine besonders wichtige gesellschaftliche Kraft, sie setzt daher bei ihr politische Prioritäten und sie nimmt sich in besonderer Weise Ausbau und Förderung von Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen vor. Getragen ist dies von einem über alle Parteiunterschiede im Einzelnen hinwegreichenden, breiten wissenschaftspolitischen Konsens. Er besagt, dass die besondere gesellschaftliche Stabilität und wirtschaftliche Stärke Deutschlands nicht zuletzt verbunden ist mit dem Umstand, dass wir über ein sehr leistungsfähiges Forschungssystem verfügen, das organisatorisch entlang der unterschiedlichen Wissenschaftsfunktionen klug differenziert ist.

Zu diesem stabilen wissenschaftspolitischen Konsens in der Bundesrepublik gehört überdies die Einsicht, dass wissenschaftliche Leistungshöhe und Leistungskraft – zumal bei der Bewältigung der besonderen Herausforderungen einer hochmodernen Wissenschaftsgesellschaft – stets auch Freiheit voraussetzen: Autonomiebezirke für den wissenschaftlichen Eigensinn des Fragens und Infragestellens, der Neugier, der Erkenntnisleidenschaft. Kometen entdeckt man, wenn man versucht, nicht Kometen, sondern den Kosmos in den Blick zu rücken. Anders gesagt: Die Gesellschaft ist – und ganz zu Recht – an den Antworten der Wissenschaft interessiert, in deren Perspektive aber gilt gewissermaßen zugleich auch das Gegenteil: „Fragen sind“ nämlich, wie jüngst der Neurobiologe Stuart Firestein von der Columbia University bündig formulierte, für die Wissenschaft selbst „relevanter als Antworten. Fragen sind größer als Antworten.“¹

Komplementär zur programmorientierten Forschung gibt es daher im deutschen Wissenschaftssystem auch für das erkenntnisgeleitete Fragen die geeigneten institutionellen und finanziellen Formen. Die Forschungsräume der Universitäten sowie der außeruniversitären Einrichtungen der Grundlagenforschung gehören hierher – und zu einem Gutteil auch die DFG mit ihrem Aufgabenschwerpunkt bei der Finanzierung und Pflege besonders guter erkenntnisgeleiteter Forschung.

Die allgemeinpolitische Prioritätensetzung bei Wissenschaft und Forschung und ein breiter wissenschaftspolitischer Konsens über seine Grundzüge bilden einen tragfähigen Rahmen, innerhalb dessen unser Wissenschaftssystem vom Guten zum Besseren weiterentwickelt werden kann. Und der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung kündigt dazu ja die richtigen Schritte an. Er

1 Stuart Firestein: Ignorance. Die Triebfeder der Wissenschaft. Bern 2013, S. 15.

nimmt, anders als die thrakische Magd und Barkeeper Moe, die Wissenschaft und ihre Institutionen ernst. Man sieht es unter anderem daran, dass die drei großen Pakte der kooperativen Wissenschaftsfinanzierung von Bund und Ländern weitergeführt werden sollen; der Bund wird dabei den Aufwuchs im „Pakt für Forschung und Innovation“ übrigens allein tragen.

Mindestens ebenso wichtig für die Wissenschaft insgesamt ist das Vorhaben der Regierung, den Hochschulen aus dem Etat des Bundes „mehr Geld zur Grundfinanzierung zur Verfügung [zu] stellen“. Selbst wenn Finanzrahmen und Rechtsform noch zu klären bleiben: Mit dieser Grundsatzfestlegung wird das – man muss sagen – größte Problem des deutschen Wissenschaftssystems angegangen, nämlich der strukturelle Mangel einer auskömmlichen Grundfinanzierung von Lehre und Forschung an den Hochschulen. Die DFG hat immer wieder eindringlich auf dieses Problem hingewiesen, dessen Auswirkungen nicht zuletzt sie selbst betreffen – in Gestalt stetig wachsenden Antragsdrucks und eines einschneidenden Funktionswandels der Drittmittel. Und allein dann, wenn eine Bundesbeteiligung an der Grundfinanzierung der Hochschulen möglichst bald rechtlich und finanziell Wirklichkeit wird, dürfte es gelingen, bei der Finanzierung der hochschulischen Forschung auch das Verhältnis von Grund- und Drittmitteln wieder besser als derzeit auszubalancieren.

Darin liegt übrigens ein Problem von Universitäten und Fachhochschulen gleichermaßen: Auch die Forschung an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften muss finanziell deutlich besser als bisher ausgestattet werden, auch hier können wettbewerbliche Drittmittel die Grundmittel ergänzen, aber nicht ersetzen. Die DFG wird in diesem Zusammenhang den Belangen der Forscherinnen und Forscher an Fachhochschulen, die ja immer schon bei ihr antragsberechtigt waren, künftig im Beratungs-, Begutachtungs- und Entscheidungsprozess noch besser gerecht zu werden suchen. Und sie wird dies im Rahmen ihres Auftrags tun, also aufgrund von Anträgen, neutral gegenüber der institutionellen Zuordnung der Antragstellenden aus den Hochschulen und auf der Grundlage wissenschaftlicher Qualitätsurteile.

Letzteres scheint sich von selbst zu verstehen, und doch gibt es Anlass, es erneut zu betonen: Forschung lässt sich nicht allein quantitativ oder funktional oder danach unterscheiden, wie direkt oder indirekt sie gesellschaftlichen Relevanzgesichtspunkten entspricht. Sie lässt sich auch qualitativ unterscheiden. Es gibt erstklassige Forschung – übrigens an Universitäten und Fachhochschulen gleichermaßen –, und ihrer Förderung ist die DFG verpflichtet. Es gibt indes notwendig auch zweit- und drittklassige Forschung. Sie muss auf anderen Wegen finanziert werden. Und auf eine gewisse Weise, so könnte man sagen, mache die DFG nichts anderes, als erstklassige Forschung von weniger guter Forschung zu unterscheiden – und zwar: argumentativ und finanziell zu unterscheiden. Eben hierin liegt ihre spezifische Rolle innerhalb des Organisationsgefüges der Wissenschaft in Deutschland.

Aus dieser Verpflichtung aufs Diskriminieren, auf die Auswahl der besten Personen und Projekte, ergeben sich übrigens höchste Anforderungen auch an die Qualität der Entscheidungsprozesse innerhalb der DFG selbst. Sie beschäftigt uns in Bonn jeden Tag. Wir müssen diese Qualität gewährleisten können in einem Umfeld, in dem sich Begutachungskapazität zunehmend als eine äußerst knappe Ressource erweist. Und es gelingt dies doch im Großen und Ganzen in einer Weise, die es vielleicht erlaubt, selbst in der Rolle ihres Präsidenten zu sagen: Den Programmen und Verfahren der DFG wird eine weltweit Maßstäbe setzende Güte zugeschrieben; der *summit des Global Research Council* hat dies vor einem halben Jahr hier in diesem Saal recht eindrücklich vor Augen geführt.

Und nicht, weil das Budgetwachstum der DFG etwa ein Selbstzweck wäre, sondern eben wegen der Verlässlichkeit ihrer wissenschaftsgeleiteten Entscheidungsverfahren, die ganz auf herausragende Forschungsqualität abstellen, meine ich auch sagen zu dürfen: Das Förderportfolio der Deutschen Forschungsgemeinschaft bildet den gegebenen Rahmen, um die erste und zweite Linie der Exzellenzinitiative weiterzuentwickeln. Und ich sage dies, wiewohl und weil sich damit erhebliche Herausforderungen auch für die DFG selbst verbinden. Der Rahmen dürfte kaum davon unberührt bleiben, dass die Großform der Exzellenzcluster in ihn eingepasst und weiterentwickelt wird. Das Förderportfolio der DFG wird also seinerseits zu überprüfen und gegebenenfalls neu zu justieren sein.

Kritische Selbstbeobachtung gehört nun freilich zu den stehenden Aufgaben jeder guten Organisation. Hinsichtlich der Förderformen und -formate der DFG bildet sie allerdings einen besonderen Schwerpunkt unserer Arbeit in diesem neuen Jahr 2014. Haben wir alle Instrumente, um die Produktivität und Leistungshöhe bester Forschung optimal fördern zu können? Und sind die Instrumente sorgfältig genug aufeinander abgestimmt? Machen fortschreitender Wettbewerbsdruck und Funktionswandel der Drittmittel Anpassungen erforderlich (längst ist ja, anstatt der Bewilligung, die Antragsablehnung zum Normalfall geworden)? Wie gewinnen wir Spielräume für neue Förderansprüche, die seitens der Wissenschaft wie auch von Politik und Gesellschaft an die DFG herangetragen werden? Sind wir offen genug für die Unterschiedlichkeit der Forschungsformen und Erkenntnisinteressen? Und auch für die besonders risikoreiche und originelle Forschung?

Mögliche Antworten auf solche Fragen werden hoffentlich in einem Jahr deutlich sein. Es wird für die DFG ebenso ein Jahr intensiver Diskussionen werden wie für die Wissenschaft und Wissenschaftspolitik in Deutschland überhaupt. Über die Grundsätze – ich sprach von ihnen – besteht weithin Einvernehmen. Sie in rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Regelungen weiter zu konkretisieren, bleibt eine gemeinsame Aufgabe. An deren Bearbeitung wird sich die DFG tatkräftig beteiligen: als jene Einrichtung, in

der sich die Wissenschaft in Deutschland selbst organisiert und die ihre spezifische Aufgabe darin hat, beste erkenntnisgeleitete Forschung in allen Zweigen der Wissenschaft zu fördern.

Schließlich ist die gesellschaftliche Leistungsfähigkeit der Wissenschaft ganz entscheidend von solcher Forschung abhängig. Es ist billig, aber falsch, mit der thrakischen Magd über die vermeintliche Weltfremdheit von Astronomen zu lachen. Lassen Sie uns die Observatorien (samt den Bibliotheken, Laboren, Hörsälen und Seminarräumen) nicht niederbrennen, sondern fördern und ausbauen. Denn wahr ist die Einsicht von Bart Simpsons Lehrer Principal Skinner: „There’s nothing more exciting than science!“

Zwischen den Disziplinen – Über einige Spannungskonstellationen moderner Wissenschaft

Rede auf dem Forschungstag der Baden-Württemberg Stiftung,
Stuttgart, 22. Juli 2015

Es scheint zu den Eigenheiten unserer Mediengesellschaft zu gehören, Komplexität auf Zwei-Wort-Formeln zu reduzieren. Was voraussetzt, dass Veranstaltungen wie der heutige Forschungstag ein Motto haben müssen: ein Anspruch, der uns auch in der DFG nicht unbekannt ist. So ein Motto kann mal gelingen sein, mal beliebig – mit beidem haben wir Erfahrung. In diesem Fall scheint es mir ausgezeichnet zu passen.

„Forschung interdisziplinär“ – das verweist ja auf die beeindruckende Vielfalt von Forschungsvorhaben und Forschungsthemen, die hier heute zusammengeführt und vorgestellt werden, und es erinnert uns insofern auch an die faszinierende Fülle der Forschungszugänge, Fragestellungen und Erkenntnisvorhaben, die moderne Wissenschaft ausmachen und die von der Baden-Württemberg Stiftung gefördert werden.

Zugleich – und deswegen spreche ich darüber – hat das diesjährige Motto aber einen durchaus implikationsreichen Subtext. „Forschung interdisziplinär“, das sagt nämlich aus, dass es wissenschaftliche Disziplinen gibt, zwischen denen sich Forschung abspielen kann.

Es lässt aber offen, welchen Status diese Disziplinen haben; man kann das Motto nämlich unterschiedlich ausdeuten: als Versuch, die Disziplinen zueinander ins Verhältnis zu setzen, sie miteinander ins Gespräch zu bringen. Das würde bedeuten, dass die Eigenständigkeit der Disziplinen hier konzeptuell gewahrt bliebe, man den wechselseitigen disziplinären Bezug aufeinander aber als eine wichtige Option zu wissenschaftlicher Neuerkenntnis verstünde.

Man kann das Motto andererseits aber auch normativ und programmatisch verstehen – man könnte unterstellen, dass Disziplinen erratische Größen seien, und dass die disziplinäre Verfasstheit moderner Wissenschaft zu überwinden sei, dass der Erkenntnisfortschritt moderner Forschung eben nicht im Zentrum von wissenschaftlichen Disziplinen, also *in ihnen* stattfinde, sondern *zwischen ihnen*,

an ihren jeweiligen Peripherien. Das wäre dann gewissermaßen die Lesart des praktischen innovationspolitischen Diskurses, dem das Disziplinäre zwar nicht illegitim ist, für den es aber geltungsschwach ist als eine Chiffre für Provinzialität, Risikoscheu oder die Beharrungskräfte des kleinteilig obsoleten Elfenbeinturms.

Beide Lesarten sind möglich, aber nicht gleichermaßen plausibel. Eines aber haben sie gemeinsam: Wie auch immer man das Motto auslegt, mit ihm ist – implizit zwar, aber dann doch sehr direkt – die ganz grundsätzliche Frage aufgeworfen, wie eigentlich das Neue in die Wissenschaft kommt, auf welchen Bedingungen und Voraussetzungen es beruht und nach welchen Grundsätzen das Ganze von Wissenschaft und Forschung entsprechend zu organisieren wäre.

Weder Politik noch Forschung selbst nehmen üblicherweise eine solche (Quasi-)Metaebene ein und stellen Fragen speziell zu jener Spannungskonstellation zwischen dem Disziplinären und dem Interdisziplinären. Das will ich in meinem Vortrag also tun, und ich bedanke mich für die Einladung, die mir dazu die Gelegenheit gibt.

Dabei möchte ich nun freilich nicht direkt bei dieser Spannungskonstellation selbst ansetzen. Ich möchte vielmehr, aus einer anderen Richtung kommend, zunächst systematischer und grundsätzlicher ansetzen, indem ich nämlich Grundlinien eben jener Kategorie herauszuarbeiten versuchen möchte, auf die sich Fragen von Disziplinarität und Interdisziplinarität je schon beziehen – und das ist die Kategorie der wissenschaftlichen Innovation: der neuen Erkenntnis. Ich will also in einem ersten Schritt zunächst einige Überlegungen zu dieser Kategorie selbst sowie zu den systematischen Voraussetzungen von wissenschaftlichen Innovationen anstellen. Und von dort her will ich dann in einem zweiten Schritt die Bedeutung und die Funktion von wissenschaftlichen Disziplinen in unserem Wissenschaftssystem systematisch zu bestimmen versuchen.

1.

Um nun zunächst also mit der Kategorie der Innovation zu beginnen: Wissenschaftliche *Innovation*, so ließe sich in einer ersten Annäherung sagen, das ist ein wissenschaftliches Wissen, das einerseits einen Anspruch auf Korrektheit/Richtigkeit/Wahrheit geltend machen kann, andererseits einen Anspruch auf Neuheit.

Es gibt also zwei – gleichrangige – Prüfkriterien, und es genügt nicht, lediglich einem dieser beiden Kriterien zu entsprechen: Auf wahres, aber altes Wissen kommt es im Horizont wissenschaftlicher Innovativität ebensowenig an wie auf neues, aber falsches Wissen.

Darin stecken nun allerdings wiederum zwei (mindestens zwei!) ziemlich intrikate Implikationen, die alles andere als selbstverständlich sind.

Die erste voraussetzungsreiche Implikation: Moderne Wissenschaft produziert *Wissen*, für das ein *Anspruch* auf Korrektheit/Richtigkeit/Wahrheit vernünftig geltend gemacht werden kann, keineswegs aber *Gewissheiten* oder eindeutige und direkt handlungsleitende *Normen*.

Es ist hier nicht anders als in modernen Gesellschaften: Moderne Gesellschaften sind dezentral-pluralistisch, und (metaphysische) Letztbegründungen begegnen hier sozusagen stets im Plural (und man weiß, dass das so ist!); also als Konkurrenzen oder Konflikte zwischen unterschiedlichen Möglichkeiten der Letztbegründung von Wissen und Normativität.

Die Wissenschaften moderner Gesellschaften produzieren dementsprechend Wissen, dessen Geltung nicht absolut sein kann, sondern stets relativ ist, relativ zu unterschiedlichen Geltungsbereichen, die alle darauf beruhen, dass es zwischen diesen Geltungsbereichen Grenzziehungen gibt, zum Beispiel Grenzen zwischen Forschungstypen (Grundlagen vs. Anwendung), „Theorie“ und „Praxis“, Wissenschaft und Nicht-Wissenschaft usw., sodass, was im Innern eines dieser Geltungsbereiche als verbindliche Geltung sich zeigt, durchaus von außen als bereichsspezifischer Anspruch erscheinen kann, den man in dieser Außenperspektive (also: in der Binnenperspektive eines konkurrierenden Geltungsbereichs) keineswegs teilen muss: Was hier gilt, muss nicht auch dort gelten.

Und so ist es *zwischen* Wissenschaft und Gesellschaft, aber auch innerhalb der modernen pluralistisch-dezentralen Wissenschaften: Hier konkurrieren immer verschiedene Wissensansprüche, hier gibt es methodische, theoretische, wir werden sehen: auch disziplinäre Differenzen zwischen ihnen, hier gibt es aber nicht eine übergeordnete Instanz, die solche Konkurrenzen entscheiden könnte.

Diese Konkurrenz pluraler Wissensansprüche in den modernen Wissenschaften resultiert letztlich schon aus dem epistemischen Status von wissenschaftlichem Wissen in der modernen Welt: Es steht unter dem Vorbehalt prinzipiellen methodischen Zweifels, seine enorme weltumgestaltende Macht, seine Dynamik, seine Expansion ist direkt mit dem Prinzip verbunden, dass wir wissen, dass unser wissenschaftliches Wissen über die Welt stets perspektivisch/selektiv ist, und dass wir damit rechnen müssen, dass wir selbst es zukünftig oder andere es schon heute besser wissen können als wir selbst.

Seit dem epochalen Übergang zur Moderne ist für Wissenschaft diese kognitive Zumutung konstitutiv, dass es wissenschaftliches Wissen allein im Maße seiner prinzipiellen methodischen Selbstinfragestellung geben kann, der methodische Zweifel und nicht die Gewissheit.

Dies ist die *eine* Implikation des Sachverhalts, dass innovatives wissenschaftliches Wissen ein Anspruch ist, der den beiden Kriterien von Korrektheit/Richtigkeit/Wahrheit und von Neuheit zugleich genügen muss.

Die *zweite* Implikation, die ich hier nennen will, ergibt sich aus Folgendem: *Neuheit* ist ihrerseits ein Relationsbegriff. Neu kann etwas immer nur gegenüber etwas Altem sein, von dem es unterscheidbar bleiben muss. Und diese Unterscheidung kann nur dann getroffen werden, wenn es leistungsfähige Wissenspeicher und Reproduktionssysteme gibt, die das alte Wissen zugänglich halten.

Dass in dieser Hinsicht der Buchdruck einen epochalen Unterschied machte und insofern eine konstitutive Voraussetzung spezifisch *moderner* Wissenschaften sei, darauf hat vor allem Niklas Luhmann wiederholt hingewiesen:

„Vor dem Buchdruck hätte man gar nicht wissen können, welches Wissen überhaupt neu ist. Man kann ja nicht ausschließen, daß es irgendwo schon vorhanden ist. Erst die Publikation im Druck und in ihrem Gefolge: die darauf basierte Ausdifferenzierung wissenschaftlicher Kommunikation stellen ein eindeutiges Kriterium bereit. Als neu zählt, was erstmals publiziert ist – gleichgültig, ob jemand und wer es vorher schon gewußt hat.“¹

Unter diesen Bedingungen der modernen Wissenschaften und ihrer medientechnischen Voraussetzungen gibt es stets spezifische Spannungslagen zwischen altem und neuem Wissen, zwischen Tradition und Innovation: Innovationsansprüche delegitimieren das Alte als bloß noch Veraltetes, indem sie die Differenz des Neuen ihm gegenüber dramatisieren, doch dürfen sie nicht alle Bezüge zum Alten kappen, sonst könnte das Neue nicht als Innovation aufgefasst werden, nicht einmal als Neues.

Was als innovativ soll bezeichnet werden können, muss sich folglich nicht allein von etablierten Wissensbeständen unterscheiden, muss als Abweichung zugleich auf sie beziehbar bleiben. Nur in der Bezugnahme auf Altes kann sich das Neue als „Innovation von etwas“ beschreiben. Es gibt dazu eine schöne Anekdote von Kaiser Wilhelm, der einmal das Bonner Observatorium besuchte. Im Gespräch mit dem Direktor Friedrich Wilhelm August Argelander fragte er jovial: „Na, lieber Argelander, was gibt's Neues am Sternenhimmel?“ Woraufhin Argelander mit der Gegenfrage antwortete: „Kennen Eure Majestät das Alte schon?“ Es wird berichtet, dass Kaiser Wilhelm sich jedes Mal vor Lachen schüttelte, wenn er diese Episode erzählte.²

1 Niklas Luhmann: Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt/Main 1990, S. 296.

2 Erwin Chargaff: Ernste Fragen. Essays. Stuttgart 2000, S. 259.

Argelander weist auf dieses konstitutive Bezugsverhältnis hin, in dem Neues und Altes zueinander stehen: Neues am Sternenhimmel lässt sich nur entdecken, wenn man Abweichungen vom Alten überhaupt erkennen kann (und dazu ist der Kaiser außerstande). Und diese Abweichungen müssen so signifikant sein, dass sie einen Anspruch auf Neuheit auch rechtfertigen.

Anders gesagt: *Innovationsansprüche* in der Wissenschaft können allein in der Form erhoben werden, dass sie sich gegen jene alten Wissensansprüche durchsetzen müssen, die sie bestreiten. Typisch vergleichgültigen sie ihre eigene Relativität und leiten daraus so etwas wie übergreifende Geltung ab. Typisch verweisen sie auf die Unzulänglichkeiten bisher etablierter Wissensbestände. Die entsprechenden Schlagworte in der Rhetorik von DFG-Anträgen: „Leerstellen“, „Forschungslücken“, „Noch wenig beachtete Probleme“, „Bisher nicht untersuchte Fragen“ usw.

Mit *Innovationsansprüchen* gehen daher auch immer Innovationskämpfe einher. Diese folgen einem spezifischen Verlaufsmuster: Erhebung eines innovativen Wissensanspruchs, Behauptung/Bestreitung des Wissensanspruchs in Innovationskämpfen, Akzeptanz des Wissensanspruchs (*wahr* und *neu*) oder Klassifikation des Anspruchs als *unwahr/Irrtum* oder als *nicht neu/alt* oder als *beides (neu, aber falsch; wahr, aber alt; falsch und alt)*.

Wissenschaftliche Innovationen haben also nicht allein einen Temporalbezug (das Neue im Unterschied vom Alten), sondern selbst eine Temporalstruktur: *Innovation* = *Innovationskämpfe* = Prozesshaftigkeit. Man kann diese Überlegung zuspitzen zu dem paradoxen Satz: Innovationen gibt es – so gesehen – nur als vergangene Innovationen. Erst dann, wenn sie sich durchgesetzt haben, kann man sie überhaupt als Innovation bezeichnen – vorher handelt es sich nur um Innovationsansprüche.

Aber im Moment ihrer Durchsetzung handelt es sich eben nicht mehr um Innovationen, sondern um etablierte Wissenskonzentrationen/kanonische Wissensbestände, die dann wiederum durch neue Innovationen bezweifelt und umgeordnet werden müssen. In dieser stetigen Prozesshaftigkeit von Innovationsansprüchen und Innovationskämpfen manifestiert sich das wichtigste Prüfverfahren der Wissenschaften, insofern werden Wissensansprüche unter dem Code *wahr/richtig/korrekt – falsch* und zugleich unter dem Code *alt – neu* beobachtet.

Es ist diese Logik von Innovationskämpfen, welche der Dynamik *kollektiver* wissenschaftlicher Erkenntnisprozesse zugrunde liegt und welche die Qualität wissenschaftlichen Wissens sichert, welcher das Wissenschaftssystem eigene institutionelle Orte zuweist: *peer review* und Rezensionswesen, Konferenz und Evaluation, auch die Begutachtungs-, Bewertungs- und Entscheidungsverfahren etwa der DFG.

2.

Legt man sich die systematischen Voraussetzungen und die Struktur von wissenschaftlichen Innovationen also in dieser Weise auseinander, dann sieht man, dass moderne Wissenschaft – insofern sie damit befasst ist, neues Wissen in die Welt zu bringen – konstitutiv in einer doppelten Spannung steht von Traditionsanbindung und Traditionsabstoßung, Innovationsbehauptung und Überprüfung, die sich ihrerseits in fortwährenden Innovationskämpfen manifestiert.

Und man sieht dann auch, dass solche Innovationskämpfe in der modernen Wissenschaft ohne wissenschaftliche Disziplinen ganz und gar undenkbar sind: Innovationskämpfe setzen wissenschaftliche Disziplinen vielmehr systematisch und kategorial voraus.

Disziplinen sind in unserem Wissenschaftssystem nämlich diejenigen Ordnungseinheiten, die in Lehre und Forschung jene kanonischen Wissensbestände kultivieren und reproduzieren, ohne die Innovationsansprüche gar nicht formuliert und durchgesetzt werden könnten.

Disziplinen verknüpfen Wissensordnungen, also theoretische Problemräume, Objektbezüge, Methodiken, kognitive Orientierungskomplexe, mit Sozialordnungen wie *scientific* oder *scholarly communities*, Organisationen oder Gattungen und Medien der wissenschaftlichen Kommunikation. Und auf diese Weise definieren sie den Rahmen, innerhalb dessen Weltsachverhalte in disziplinär legitime Forschungsfragen transformiert und wissenschaftliche Wissensansprüche auf sachliche Richtigkeit und Wahrheit, auf Neuheit und auf Einschlägigkeit hin bewertet werden können.

Oder anders gesagt: Damit ein chemischer Wissensanspruch auch als solcher beurteilt werden kann, braucht es die Kriterien der Chemie und nicht etwa die Kriterien der Geschichtswissenschaft. Disziplinarität in diesem hier nur stichwortartig in Erinnerung gerufenen Sinne ist insofern für moderne Wissenschaften konstitutiv. Sie bildet sich spätestens seit der „Sattelzeit“ im 19. Jahrhundert heraus: ein unabschließbarer Vorgang, in welchem das wissenschaftliche Wissen ebenso wie seine soziale Organisation in abgetrennten Einheiten kontinuierlich neu geordnet werden – mit fundamentaler Bedeutung für die moderne Welt, denn damit bildet *die* Wissenschaft „innere Umwelten“ aus.

Seither bezieht sich wissenschaftliche Tätigkeit zunächst einmal – und auf dieses „zunächst einmal“ kommt es selbstverständlich entscheidend an – nicht auf die Wissenschaft überhaupt, sondern auf eine bestimmte wissenschaftliche Disziplin. Ihre weltgestaltende Macht beruht gerade auf diesem Aufbau von Selbstbezüglichkeit. Seither erst kann Wissenschaft gegenüber außerwissenschaftlichen Ansprüchen – von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft oder Gesund-

heitssystem zum Beispiel – eine gewisse Eigengeltung behaupten: Die Freiheit von Wissenschaft hängt konstitutiv mit ihrer Disziplinarität und Selbstbezüglichkeit zusammen.

Es ist also dieser Aufbau von disziplinärer wissenschaftlicher Selbstbezüglichkeit, der den Raum öffnet für die Prozesshaftigkeiten wissenschaftlicher Innovationskämpfe, für jene Prozesse der Bestreitung, Bewahrung, Ordnung und Umordnung von Wissensansprüchen, die für moderne Wissenschaften prägend sind.

Dabei treiben sich *Wissenszuwachs* und *Wissensspezialisierung* sozusagen gegenseitig voran in einer, wenn man so sagen darf, Dialektik, welche der berühmte Kalauer vom Experten von ihrem Grenzwert her formuliert. Demzufolge ist der Experte ja jemand, der von immer weniger immer mehr weiß, bis er endlich von gar nichts alles weiß.

Der Wissenszuwachs hat längst alle Schwellen überschritten, unterhalb derer er noch in einer Universal- oder Einheitswissenschaft integrierbar gewesen sein mochte, und er erzwingt insofern Spezialisierung; wissenschaftliche Expertise hat unabänderlich die Form von Spezialistenwissen. Sie ist partikular. Im Gegenzug treibt Konzentration nicht aufs Generelle, sondern auf Spezielles, treibt also Spezialisierung das Wachstum des wissenschaftlichen Wissens voran.

Mit Innovationskämpfen und mit der Durchsetzung von Innovationsansprüchen gehen deshalb auch immer Prozesse der Disziplinenbildung, der -umbildung und der subdisziplinären Ausdifferenzierung einher. Sie tragen zur wachsenden Disziplinenvielfalt der Wissenschaft bei und zur Beschleunigung dieses Wachstums: „Stoffwechselphysiologie, Biochemie und Genetik“, um es am Beispiel des DFG-Fachkollegiums 204 zu sagen, sind eben nicht dasselbe wie „Mikrobielle Ökologie und Angewandte Mikrobiologie“, wie „Molekulare Infektionsbiologie“, wie „Virologie“ oder „Immunologie“.

Und solche Differenzierungsprozesse gehören immer schon zur modernen Wissenschaft und nicht nur zu den Natur-, sondern auch zu den Geisteswissenschaften. Um es am Beispiel meines eigenen Faches zu sagen: Was Anfang des 19. Jahrhunderts „Germanistik“ heißen konnte, ist längst etwa in Rechtsgeschichte, Volkskunde und Europäische Ethnologie, Religionswissenschaft, Theaterwissenschaft und Deutsche Philologie auseinandergewachsen, auch institutionell, und diese Letztere in Linguistik, in Mediävistische und in Neuere deutsche Literaturwissenschaft, in Fachdidaktik, Deutsch als Fremdsprache usw.

Wissenschaftliche Disziplinen lassen sich in diesem Sinne als stets ineinandergreifende Institutionalisierungs- und Deinstitutionalisierungsvorgänge beschreiben, die ihre eigene Prozessualität verdecken und dabei den Anschein legitimer Zeitstabilität erzeugen.

Solche Spezialisierungsprozesse in sämtlichen Bereichen der Wissenschaft sind durchaus ambivalent. Einerseits sind ohne sie die enormen Fortschritte wissenschaftlicher Erkenntnis schwerlich zu denken. Andererseits haben sie ihre eigenen Risiken – von der Schrumpfung des jeweiligen Theoriehorizonts bis dorthin, dass der Erfolg von Studienbiografien und Nachwuchskarrieren im Maße von Überspezialisierung immer unkalkulierbarer wird.

Vor allem aber sind sie keineswegs ohne gewisse Spannungen zu haben. Dass Wissenschaft in wachsendem Maße ein dezentrales, hoch spezialisiertes, disziplinär pluralistisches System ist, so hat der Wissenschaftssoziologe Rudolf Stichweh herausgearbeitet, dies bedeutet nämlich unter anderem, dass „in der Wissenschaft [...] jede Möglichkeit *supra-disziplinärer Kontrolle*“ entfällt und dass „für die Wissenschaft [...] die Möglichkeit [entfällt], sich im Außenkontakt durch einen *repräsentativen Sprecher* vertreten zu lassen.“³ Es gibt also keine übergeordnete Instanz zur Schlichtung dessen, was Immanuel Kant den „Streit der Fakultäten“ nannte, sondern allein dessen stetige Fortsetzung, also: Interdisziplinarität, die ständige gegenseitige produktive Irritation der Disziplinen.

Und es ist übrigens auch keine verbindliche Außenkommunikation von Wissenschaft möglich, welche diese Disziplinenvielfalt nicht beachten müsste – auch nicht durch Präsidenten von Akademien oder Förderorganisationen.

Freilich: Gerade auf diesen Wettstreit der Disziplinen, auf den Streit der Fakultäten, kommt es in der modernen Wissenschaft gewissermaßen an. In den internen Spannungen, die dabei unvermeidlich und konstitutiv sind, entstehen nämlich jene Irritationen, jene Reibungen, jene Offenheiten und intellektuellen Dynamiken, die für die Erzeugung „unvertrauten, überraschenden Wissens“⁴ unerlässlich sind – von Wissen also, das die gegebenen disziplinären Erwartungshorizonte durchbricht, das nicht schon auf den Bahnen vorgegebener wissenschaftlicher Pfadabhängigkeiten gelegen hat, sondern mit einer gewissen Plötzlichkeit und Unvorhersehbarkeit sich einstellt, und das auf diese Weise unsere Möglichkeiten, die Welt wissenschaftlich zu verstehen und sich anzueignen, grundlegend erweitert.

Der amerikanische Wissenschaftssoziologe Robert K. Merton sprach in diesem Zusammenhang von *serendipity*, vom Finden dessen, was man gar nicht gesucht hatte, obwohl man durchaus auf der Suche gewesen war. Und die weltgeschichtliche Bedeutung dieses Entdeckungsprinzips verdeutlicht am prägnantesten Kolumbus: Amerika war keineswegs die Lösung für das Problem des Seewegs nach Indien – und dennoch in der Retrospektive ja doch irgendwie ziemlich relevant.

3 Rudolf Stichweh: Zur Entstehung des modernen Systems wissenschaftlicher Disziplinen. Physik in Deutschland 1740–1890. Frankfurt/Main 1984, S. 52.

4 Niklas Luhmann: Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt/Main 1990, S. 216.

Solches Wissen, das sich den Erfahrungen der Serendipität verdankt, das sich mit einem gewissen Überraschungseffekt einstellt, das zu Störungen und Umordnungen der gegebenen disziplinären Wissensbestände führt, das nennen wir dann: innovatives Wissen. Und dafür sind die wechselseitigen Irritationen, die Spannungen, Rekursionen und Rückkoppelungen zwischen den Disziplinen elementar.

3.

Was lässt sich also aus dem Dargelegten abschließend folgern? Ich würde sagen: zweierlei.

Einmal: Wissenschaftliche Disziplinen sind für die Innovationskraft unseres Wissenschaftssystems konstitutiv. Sie definieren die Rahmen, in denen Innovationsansprüche formuliert, überprüft, bewertet, ausgehandelt und durchgesetzt werden können, geben den Innovationskämpfen der Wissenschaft damit einen Ort, schaffen die systematischen Voraussetzung für jene sich immer weiter beschleunigenden Prozesse der Wissensspezialisierung und des Wissenszuwachses, auf denen die Leistungskraft moderner Wissenschaft beruht, indem sie nämlich so etwas wie wissenschaftliche Selbstbezüglichkeit ermöglichen. Und ohne die könnte es die Innovationskämpfe der Wissenschaft gar nicht geben.

Andererseits: Die Chancen für das Innovative, sie liegen nicht nur in den innerdisziplinären Abgrenzungskämpfen, Auseinandersetzungen und Traditionsbestreitungen. Sie beruhen zu einem Gutteil – ich sprach gerade davon – auch auf den wechselseitigen Irritationen, auf den spannungsreichen Bezügen zwischen den Disziplinen.

Und das heißt: Es muss in unserem Wissenschaftssystem Orte geben, welche solche Dynamiken wechselseitigen Bezugs ermöglichen, indem sie das ganze disziplinäre Spektrum wissenschaftlicher Weltzugänge zusammenführen sowie den gesamten Fächer der Forschungsformen und -praxen jeweils aufeinander beziehen und sich gegenseitig steigern lassen. Das leisten vor allem die Universitäten in unserem Wissenschaftssystem, und es ist dies auch die Aufgabe der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Und es ist zumal eine Aufgabe, der sich auch die Baden-Württemberg Stiftung verpflichtet weiß, wie man an diesem Forschungstag heute sieht und an seinem Motto, das ja der Anlass zu unseren Reflexionen über die Bedeutung und Funktion von Disziplinen war.

Förderentscheidungen – Zur Rationalität wissenschaftsgeleiteter Forschungsfinanzierung

Vortrag anlässlich des Midterm-Kolloquiums des Sonderforschungsbereichs 1150 „Kulturen des Entscheidens“, Münster, 24. Mai 2017

1. Einleitung

Das Entscheidenmüssen gehört zu den Unausweichlichkeiten unserer Existenz. Man kann nicht nicht entscheiden. Doch nicht immer ist bereits entschieden, was man entscheiden kann und was nicht. Dann muss also auch darüber allererst entschieden werden. Und so weiter. Das Nachdenken über Entscheidungen führt also – man sieht es sofort – in Regresse: auf Entscheidungsentscheidungen; Entscheidungen setzen Entscheidungen voraus und erzeugen neuen Entscheidungsbedarf. Und dieses Nachdenken führt in Paradoxien: Eine Entscheidung, die vollständig determiniert wäre oder technokratisch „Alternativlosigkeit“¹ für sich in Anspruch nähme, wäre gar keine. Ihr fehlte das entscheidungstheoretisch entscheidende dezisionistische Moment. Wenn man dieses Moment aber stark macht, dann endet man bei dem paradoxen Satz Heinz von Foersters, dass sich allein entscheiden lasse, was prinzipiell nicht entschieden werden kann.²

So könnte man fortfahren. Die basalen entscheidungstheoretischen Probleme, auf die ich anspielte, sind wenn nicht Gegenstand, so doch Voraussetzung des hiesigen Sonderforschungsbereichs. Er zielt nicht darauf, diese Einsichten zu wiederholen, etwa in einer generellen Theorie des Entscheidens. Er will im Gegenteil, so habe ich es verstanden, entscheidungstheoretische Allgemeinheiten in kultur-, geschichts- und gesellschaftswissenschaftlicher Weise spezifizieren: Die Rekonstruktion sozial, lokal und temporal distinkter Praktiken und Institutionen der Dezision macht *Kulturen* des Entscheidens sichtbar. Sie denaturalisiert Entscheidungshandeln und kann dann im Gegenzug jene

-
- 1 Heinrich Oberreuter: Politische Entscheidungen zwischen Vernunft und Irrationalität. In: Joachim Fischer, Hans Joas (Hrsg.): Kunst, Macht und Institution. Studien zur Philosophischen Anthropologie, soziologischen Theorie und Kulturosoziologie der Moderne. Festschrift für Karl-Siebert Rehberg. Frankfurt/Main 2005, S. 292–303 (hier S. 294).
 - 2 Vgl. Heinz von Foerster: Ethics and Secondorder Cybernetics. In: Cybernetics & Human Knowing 1 (1992), S. 9–19 (hier S. 14).

Verfahren der Naturalisierung analysieren, mittels derer Kulturen des Entscheidens institutionell verstetigt und geltend gemacht werden.

Allein unter dieser Voraussetzung, dass es unterschiedliche Kulturen des Entscheidens gebe, konnte ich mich entschließen, die freundliche Einladung zu diesem Midterm-Kolloquium des SFB 1150 dankbar anzunehmen. Ich bin schließlich kein Entscheidungstheoretiker, und selbst die Rolle des DFG-Präsidenten statet einen nicht mit disziplinübergreifender Allzuständigkeit aus. Wohl aber bin ich in gewisser Hinsicht zu einem Praktiker organisationspezifischer Entscheidungsordnungen geworden, jedenfalls zu einem intensiven Beobachter derartiger Ordnungen – und zwar eben im Wissenschaftssystem.

Auch hier zeigen sich solche Ordnungen womöglich als selbstverständlich oder natürlich und folgen doch historisch-kontingent eingespielten Mustern. Sie könnten auch anders sein, als sie sind. Und dies muss diejenigen, die für solche Entscheidungsordnungen verantwortlich sind, veranlassen, sie stetig zu prüfen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln. Indes sind mit meiner Amtsfunktion nicht allein Beobachtungs- und Einwirkungsmöglichkeiten gegeben, sondern auch Aussagebeschränkungen. Was immer ich sage: Es kann nicht allein als Analyse organisierten Entscheidens verstanden werden, sondern zugleich auch als symbolisch-performative Rahmung und Rechtfertigung tatsächlicher Förderentscheidungen. Ein gewisser Hegelianismus dürfte daher im Folgenden vermutlich strukturell unvermeidbar sein.

Worum es sich beim Förderentscheiden handelt, dies versuche ich – unter diesen Gegebenheiten – im Folgenden zu skizzieren. Es soll ein kleiner, wenn auch womöglich nicht völlig belangloser Teil, aber eben nur ein Teil jenes institutionellen Gefüges kenntlich gemacht werden, in welchem in unserer Gesellschaft über die öffentliche Finanzierung von wissenschaftlicher Forschung befunden wird.

2. Selbstverwaltung, Drittmittel, Projektförmigkeit

Zu diesem Zweck starte ich ein zweites Mal mit einem höchst allgemeinen Satz, der uns freilich sogleich aufs historisch Besondere führt: *Entscheidungen setzen Unterscheidungen voraus*. Aus jenen, die für die Forschungsfinanzierung in der Bundesrepublik besonders wichtig sind, muss ich wenigstens drei hier kurz ansprechen: die verwaltungstechnische Unterscheidung von direkter und indirekter Staatsverwaltung, die finanzstrukturelle von Grund- und Drittmitteln und die forschungsorganisatorische von Forschung und Forschungsprojekt.

Deutschland ist aus historischen Gründen nicht nur durch ausgeprägte Dezentralität seiner Administration charakterisiert, sondern zugleich durch eine ebenso ausgeprägte „Dualität von Staatsverwaltung und Selbstverwaltung“. Beides ist „nicht etwa Ausdruck demokratischer Traditionen, sondern ihres

Gegenteils“, nämlich nicht nur des Föderalismus, sondern auch verzögerter Demokratisierung und Parlamentarisierung seit dem 19. Jahrhundert.³ Auf diese verwaltungsgeschichtlichen und -systematischen Voraussetzungen verweist nun der Leitbegriff der sich als „Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft“ verstehenden DFG mindestens ebenso sehr, wie er speziell wissenschafts- und universitätsgeschichtliche Gegebenheiten aufruft: nämlich den neuhumanistischen Typus der „Forschungsuniversität“, der sich mit einer zugleich „relativ autonome[n] und oligarchisch geprägte[n]“⁴ sozialen Struktur verbindet.

Diese muss genügen, um zu verdeutlichen: Dass es im deutschen Wissenschaftssystem auch zur Vergabe *öffentlicher* Mittel einen Raum unabhängiger Selbstverwaltung gibt, ist alles andere als selbstverständlich. Es handelt sich um eine Interdependenzunterbrechung⁵ zwischen Politik und öffentlicher Finanzverwaltung einerseits und andererseits der Wissenschaftsadministration. Mit ihr wird zwar nicht das Entscheidungssystem als solches weitgehend politischem Einfluss wie gerichtlicher Überprüfbarkeit entzogen, wohl aber die einzelnen Förderentscheidungen samt ihren epistemischen wie institutionellen Effekten auf das Wissenschaftssystem; es ist sehr schwer, Förderung politisch durchzudrücken, und jedenfalls bislang noch niemals gelungen, auf dem Klageweg eine DFG-Förderung zu erzwingen.

Mit dieser Indirektheit der Staatsverwaltung im Bereich der Forschungsfinanzierung geht die finanzstrukturelle Unterscheidung von Grundfinanzierung und Drittmitteln einher. Grundfinanzierung wird in regelmäßigen schlüsselgebundenen Budgets ausgehändigt. Sie setzt Vertrauen voraus, gewährt Planungssicherheit und kann nur begrenzt mit thematischen, strukturellen oder personellen Interventionen verbunden werden. Ganz anders bei ergänzenden Forschungsdrittmitteln. Sie sind zeitlich befristet und typischerweise an definierte Forschungsabsichten gebunden. Sie können wirksamer mit spezifischen Leistungsnachweisen oder Erfolgserwartungen verbunden werden, erlauben die Institutionalisierung von Konkurrenzverhältnissen sowie strukturelle Interventionen und sie setzen im Interesse all dessen die zeitliche, sachliche und soziale Parzellierung von Forschungsprozessen⁶ voraus, nämlich in Projekten.

3 Wolfgang Seibel: *Verwaltung verstehen. Eine theoriegeschichtliche Einführung*. Berlin 2016, S. 177.

4 Rüdiger vom Bruch: Von der „Not“ zur „Allianz“. Die DFG als Forschungsgegenstand und Institution. In: Karin Orth, Willi Oberkrome (Hrsg.): *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft von 1920–1970*. Stuttgart 2010, S. 41–52 (hier S. 46).

5 Armin Nassehi: Inklusion, Exklusion – Integration, Desintegration. Die Theorie funktionaler Differenzierung und die Desintegrationsthese. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): *Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft*. Band 2: Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt/Main 1997, S. 113–148 (hier S. 135).

6 Vgl. Rudolf Stichweh: *Wissenschaft, Universität, Professionen. Soziologische Analysen*. Frankfurt/Main 1994, 2. Aufl., Bielefeld 2012.

Entlang dieser Unterscheidung von Grund- und Drittmitteln, das muss ich hier nicht ausführen, werden Organisationsformen und Budgets der Forschung, werden Entscheidungssysteme, Selbstbeobachtungen und -beschreibungen usw. organisiert. So gut wie sämtliche wissenschafts- und hochschulpolitischen Konflikte der Bundesrepublik sind auf sie bezogen und ihre alltägliche Wirksamkeit ist unübersehbar; auch bei der Bewilligung des SFB 1150 sind einzelne Finanzposten als nicht drittmittelfähig in die sogenannte Grundausrüstung verschoben worden.

Abgesehen von systematischen Ausnahmen wie Förderpreisen verbindet sich die finanzstrukturelle Unterscheidung von Grund- und Drittmitteln nun regelmäßig mit einer weiteren auf der Ebene der Forschungsorganisation. Ich spiele auf die Unterscheidung von Forschung überhaupt und Forschungsprojekt im Speziellen an, das heißt auf den wissenschaftsgeschichtlich vergleichsweise rezenten Umstand, dass sich wissenschaftliche Arbeitsprozesse in zeitlicher, sachlicher und sozialer Hinsicht stückeln und damit zugleich zum Gegenstand detaillierter Planung machen lassen. Diese Möglichkeit ist in den zurückliegenden anderthalb Jahrhunderten bis zur puren Selbstverständlichkeit hin dominant geworden und gleichwohl durchaus bemerkenswert: Sie verhält sich ja keineswegs spannungsfrei zum Eigensinn wissenschaftlicher Erkenntnisprozesse und zur Unabsehbarkeit künftigen Wissens.

Die verwaltungstechnische, die finanzstrukturelle und die forschungsorganisatorische Basisunterscheidung, die ich hier andeute, sind ebenso historisch kontingent wie prägend für unser Forschungssystem. Von hier aus lassen sich auch die wichtigsten systemischen Spannungslinien, Verwerfungen und wissenschaftspolitischen Konflikte erläutern: die strukturelle Unterfinanzierung der Universitäten, die Asymmetrien zwischen universitären und außeruniversitären Forschungsbedingungen, die Expansion, Differenzierung und Akzeleration der Forschung, der Publikations- und Drittmitteldruck und das, was sich an Leistungen wie an Dysfunktionen damit verbindet. Doch ist dies heute nicht mein Thema. Ich kam auf Selbstverwaltung, Drittmittel und Projektförmigkeit vielmehr zu sprechen, weil es sich um fundamentale Bestimmungen jener formalen Ordnungen handelt, in denen über Forschungsfinanzierung entschieden wird.

3. Förderentscheidungen I: Kontingenz und Legitimität

Dieses Entscheidungsfeld ist nun seinerseits in der Bundesrepublik hochgradig organisatorisch ausdifferenziert: von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz bis zur Mittelverteilung innerhalb einer Fakultät; von der ministeriellen Forschungsförderung bei Bund und Ländern bis zu den Akademien und privaten Stiftungen; von den, wie die Akronyme des Jargons gehen, RPO (*Research Performing Organisations*) bis zu öffentlichen RFO (*Research Funding Organisations*) wie der Alexander von Humboldt-Stiftung, dem ERC oder der DFG.

Eine Theorie all dessen habe ich nicht. Ich beschränke mich vielmehr im Wesentlichen auf das Entscheiden von Anträgen auf die befristete und ergänzende Finanzierung projektförmiger Forschung. Und was ich dabei zu sagen habe, das gilt gewiss nicht allein für die DFG, doch freilich beziehe ich insbesondere von ihr her meine Empirie.

Nicht alles, was sich hier beobachten lässt, aber doch das meiste dessen, was auf ein systematisches Interesse rechnen darf – und dies wird nun hier in Münster am allerwenigsten überraschen –, hat in der einen oder anderen Weise zu tun mit der prinzipiellen, in jede ernsthafte Entscheidungstheorie kategorial einzubauenden Spannung zwischen der riskanten Kontingenz des Entscheidens und der Legitimität der Entscheidung; und unter Letzterer sei hier auch jener Legitimitätsglaube⁷ mitverstanden, der sich als Akzeptabilität der Förderentscheidung speziell für Antragsteller manifestiert – noch spezieller (und wichtiger): für erfolglose Antragsteller. Diese Kontingenz-Legitimitäts-Spannung ist unhintergebar. Sie kann in Entscheidungszusammenhängen nicht aufgelöst, sondern sie muss dort in der einen oder anderen Weise bearbeitet werden. Und eben darin, wie sie dies tun, unterscheiden sich Entscheidungskulturen.

Diejenigen des modernen Wissenschaftssystems sind nun allerdings nicht allein durch die eben angedeuteten institutionellen Voraussetzungen bestimmt, sondern spezifisch auch durch eine epistemologische Zusatzbedingung. Es handelt sich um Entscheidungen über Forschung, und diese ist als moderne angelegt auf die Störung etablierten Wissens durch neues Wissen und zugleich auf methodische Skepsis. Daraus ergibt sich hinsichtlich des Forschungsprozesses ein Planungs-, im Hinblick auf das Forschungsergebnis ein Revisionsvorbehalt.

Denn einerseits ist Neuheit ein Relationsbegriff. Was neu sein soll, muss die Erwartungshorizonte des Gegebenen überschreiten. Forschung, wenn sie denn gelingt, verändert Erkenntnisstände durch Erwartungsdurchbrechungen. Eines der Konzepte zur Beschreibung dessen ist *serendipity*: die Erkenntnis oder Entdeckung dessen, was man gar nicht gesucht hatte, obwohl man durchaus auf der Suche gewesen war.⁸ Zugleich erzwingt ihre Institutionalisierung in der Form des Projekts allerdings die Planung zukünftiger Forschung – also die Planung von Erwartungsdurchbrechungen. Man könnte das zu einem Planungsparadox moderner Forschung radikalieren: Es geht um die Planung von Planabweichung.⁹

7 Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der Verstehenden Soziologie*. Köln 1964, S. 158.

8 Vgl. Robert K. Merton, Elionor Barber: *The Travels and Adventures of Serendipity. A Study in Sociological Semantics and the Sociology of Science*. Princeton 2004 [1945].

9 Vgl. Peter Strohschneider: *Kolleg und Projekt. Forschungskollegs im Kontext der Forschungsförderung*. In: Freiburg Institute for Advanced Studies (FRIAS) (Hrsg.): *Forschungskollegs und ihre Funktion im deutschen Wissenschaftssystem. Dokumentation der Tagung Mai 2016*. [Selbstverlag] 2016, S. 22–27; ders.: *Forschungsförderung. Was können wir planen?* In: Jürgen Kaube, Jörn Laakmann (Hrsg.): *Das Lexikon der offenen Fragen*. Stuttgart 2015, S. 79–80.

Zum andern aber muss, wenn so etwas wie Erkenntnisfortschritt überhaupt soll gedacht werden können, das Resultat jedes Forschungsprojekts unter einen Revisionsvorbehalt gestellt werden. Wer forscht, wer also einen methodisch begründeten wissenschaftlichen Wissensanspruch erhebt, muss damit rechnen, dass er selbst es künftig oder andere es jetzt schon besser wissen.

Der Planungs- wie der Revisionsvorbehalt wissenschaftlicher Erkenntnis konfrontieren das Entscheidungssystem mit besonderer Unsicherheit. *Serendipity* und Skepsis, wenn wir die Eigensinnigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion so abkürzen dürfen, sind nämlich Kontingenzformeln: Sie besagen, dass Entdeckungs- und Begründungszusammenhänge wissenschaftlicher Erkenntnis weder zufällig noch notwendig sind.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet könnte es für den Fall wissenschaftlicher Förderentscheidungen naheliegen, in der konstitutiven Zielspannung von Kontingenz unsicheren Entscheidens und Legitimität der Entscheidung die Seite der Kontingenz zu forcieren. Man würde dann sagen: Je kontingenter das Entscheiden, umso wahrscheinlicher, dass im Forschungsprozess Unerwartetes geschieht.

Solche Kontingenz könnte nun einerseits durch Individualisierung des Entscheidungsvorgangs gesteigert werden, dadurch also, dass man ihn in den unverfügbaren Innenraum individueller mentaler Prozesse verlegt.¹⁰ Die Gnadengabe des Mäzens wäre dafür ein Beispiel; und die Geschichte aristokratischer Kunst- und Wissenschaftspolitik im Renaissance-Humanismus zeigt, dass sich darauf ein Förderhandeln von stupender Wirksamkeit gründen ließ. Eine systematisch vergleichbare Alternative bestünde darin, im Rahmen formalisierter Förderentscheidungssysteme gezielt informelle Ausnahmen zu institutionalisieren. So könnte man etwa den Mitgliedern eines Entscheidungsgremiums turnusmäßig eine *wild card* einräumen: also die Option, jeweils eine Bewilligung nach freier Wahl und abseits der geregelten kollektiven Begutachtungs-, Begründungs- und Abstimmungsroutinen aussprechen zu können.¹¹

Andererseits ließe sich die Kontingenz von Förderentscheidungen auch durch Randomisierung forcieren: blinder Zufall statt reflektierter Kontingenz. Warum nicht Fördermittel verlosen? Das klingt exzentrischer, als es ist, wenn man etwa das Los nur für einen Teil des Förderbudgets und ergänzend zu anderen Entscheidungstypen vorsähe. Hubertus Buchstein hat dies einmal für die Einzelförderung der DFG vorgeschlagen. Sie könne Drittmittel unter all denjenigen Anträgen „per Losverfahren vergeben“, die „im Begutachtungsverfahren zu ‚gemischten Voten‘ gelangten – also mindestens eine klar positive Expertenbewertung erhielten [...]“. Dieser Vorschlag definiert ein „Hundertstel des

10 Gemeint ist also: Exklusionsindividualität sensu Niklas Luhmann.

11 Im Theaterwesen folgt diesem Prinzip der Iffland-Ring.

Fördervolumens“ als „eine Art wissenschaftliches Risikokapital“¹² und sucht zugleich die Anreizeffekte einer ungesteuerten Lotterie dadurch einzudämmen, dass er den Wirkungsbereich des Zufalls durch Expertenwissen einschränkt.

Randomisierung und Individualisierung von Förderentscheidungen hätten allerdings einen (eventuell zu) hohen Preis dafür zu entrichten, dass sie die Kontingenzen von Förderentscheidungen forcieren, um Erwartungsdurchbrechungen wahrscheinlicher werden zu lassen im Interesse neuer und origineller Erkenntnis. Sie steigern nämlich das doppelte Risiko von Systemwidrigkeit und Illegitimität. Die Entlastung von Rechtfertigungsdruck, um die es sich in beiden Fällen ja handelt, widerspricht den wissenschaftlichen Prinzipien des diskursiven Abwägens von Argumenten und der Nachvollziehbarkeit. Und mit dieser Entwissenschaftlichung wäre zugleich das Risiko einer Illegitimität, wo nicht Illegalität von Förderentscheidungen verbunden: Denn wenn die Vergabe öffentlicher Finanzmittel keine Begründetheit beanspruchen kann, dann droht sie schließlich unter das im Rechtsstaatsprinzip verankerte Willkürverbot zu fallen.

Es ist indes schwerlich anzunehmen, dass es bei der Weiterentwicklung von wissenschaftlichen Entscheidungsordnungen zu einer Forcierung von Kontingenzen kommt. Angesichts der das Verhältnis von Forschung und Gesellschaft derzeit prägenden Vertrauenskrise viel wahrscheinlicher scheint mir, dass im Gegenteil der Legitimierungsdruck auf Förderentscheidungen weiter wächst und dass Maßnahmen der Kontingenzeindämmung an Plausibilität gewinnen. Drei aktuelle wissenschaftspolitische Diskussionskontexte geben insbesondere Anlass zu dieser Vermutung.

Erstens: Es gehört zu den Wirkungen der weltumgestaltenden Kraft moderner Wissenschaft, dass die Beurteilbarkeit von Sachverhalten immer umfassender auf deren Messbarkeit hin eingeführt wird. Und es sind komplexe Entwicklungen, die dazu führten, dass Quantifizierung samt der von ihr vorausgesetzten Indikatorisierung selbst von Qualitäten auch für die soziale Seite der Wissenschaften dominant werden konnte. Nicht zuletzt unter dem erstaunlichen Einfluss des *New Public Management* mit seiner Akzentuierung von Marktförmigkeit, Kontraktualismus, *benchmarks*, *output* und Messbarkeit¹³ haben sich *research metrics*, insbesondere die Bibliometrie, sowie aggregierende Rankings zu den derzeit einflussreichsten Instrumenten der Selbst- und Fremdbewertung von Wissenschaft entwickelt. Sie werden zur Drosselung der Kontingenzen des Entscheidens vorgeschlagen, denn sie verheißen Objektivität und damit hohe sachliche Determiniertheit von Entscheidungen.

12 Hubertus Buchstein: Der Zufall in der Forschungsförderungspolitik. Swifts „Akademie von Lagado“. In: *Forschung & Lehre* 2011, Heft 8, S. 596–597.

13 Vgl. Seibel, a.a.O., S. 158ff.

Doch handelt es sich hierbei in Wahrheit bloß um eine Suggestion: Indikatorfragen sind Machtfragen. Und alles Quantifizieren bleibt dem Problem unterworfen, dass das Verhältnis von Quantitativem zu Nicht-Quantitativem seinerseits eben nicht quantifizierbar ist. Die Aussicht auf gesteigerte Entscheidungslegitimität durch Messung bleibt daher trügerisch. Die spezifische Kontingenz-Legitimitäts-Spannung von Förderentscheidungen lässt sich so schwerlich bearbeiten.

Als eine zweite Strategie der Kontingenzdrosselung ließe sich der wissenschaftspolitische Utilitarismus rekonstruieren. Er prägt derzeit insbesondere die europäische Forschungspolitik mit seinen Schlagworten von Anwendungsbezug und *societal impact*. Wenn deren Förderung, wie es der zuständige EU-Kommissar Carlos Moedas formulierte, darauf zielt, die Forschung von traditionellen Beschränkungen wie intrinsischer Motivation und Erkenntnisinteressen freizusetzen, damit sie zu *real solutions for real problems* beitrage, dann wird allerdings die Frage nach der Deutungsmacht darüber beiseitegewischt, was *real problems* seien und was als *real solution* Anerkennung finden solle. Stattdessen würden Förderentscheidungen an das Kriterium außerwissenschaftlicher Relevanzvermutungen gebunden und damit das Versprechen gesteigerter Legitimität bei der Vergabe staatlicher Mittel gegeben.

Neben den Legitimitätsversprechen von Metrisierung und Utilitarisierung gibt es schließlich, drittens, auch dasjenige von Demokratisierung. Mit ihm wird argumentiert, wo immer von „zivilgesellschaftlicher Partizipation“ oder *citizen science* die Rede ist, von „Forschungswende“ und „transformativer Wissenschaft“, von einem „neuen Vertrag zwischen Wissenschaft und Gesellschaft“, von Bürgerbefragungen zur Ermittlung öffentlicher Forschungsagenden und von *co-design* der Forschung.¹⁴

In all diesen hier lediglich anzitierten wissenschaftspolitischen Debatten über Bibliometrie, Forschungsnutzen und Bürgerwissenschaft geht es um höchst komplexe Probleme von Wissenschafts-, Gesellschafts- und Demokratietheorie; diese Probleme müssen hier beiseitebleiben. Es geht indes auch um Möglichkeiten, die Kontingenz von Entscheidungen zur Forschungsförderung einzuhegen und damit zugleich ihre Legitimität zu steigern. Wären sie nämlich statistisch objektivierbar oder würden sie sei es utilitaristisch, sei es demokratisch-partizipativ determiniert, dann könnte für sie eine höhere Legitimität beansprucht werden als für die kontingenten Prozesse im Raum wissenschaftlicher, also spezifisch durch *serendipity* und Skepsis geprägter Selbstverwaltung.

14 Übersicht: Sabine Maasen, Sascha Dickel: Partizipation, Responsivität, Nachhaltigkeit. Zur Realfiktion eines neuen Gesellschaftsvertrages. In: Dagmar Simon, Andreas Knie, Stefan Hornbostel, Karin Zimmermann (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. 2., vollst. bearb. Aufl. Wiesbaden 2016, S. 225–242. Zur demokratietheoretischen Rückseite dessen vgl. Peter Strohschneider: Zur Politik der Transformativen Wissenschaft. In: André Brodocz, Dietrich Herrmann, Rainer Schmidt, Daniel Schulz, Julia Schulze-Wessel (Hrsg.): Die Verfassung des Politischen. Festschrift für Hans Vorländer. Wiesbaden 2014, S. 175–192.

Aber eben hier träten auch die Kosten solcher Vorschläge zutage: Sie würden verbunden sein mit dem Risiko, die strukturelle Offenheit wissenschaftlicher Entscheidungsordnungen für dasjenige zu reduzieren, was sich nicht aus bisheriger Forschung oder aus aktuellen ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen Relevanzannahmen extrapolieren lässt. Sie würden Entscheidungslegitimität steigern womöglich um den Preis der strukturellen Einengung von Erwartungsdurchbrechungen und Störungen etablierter Wissensordnungen.

4. Förderentscheidungen II: Diskurs und Dezision

Eben darum aber geht es bei Förderentscheidungen: um die legitime Eröffnung von Möglichkeiten, nicht antizipiertes Wissen zu produzieren. Demgegenüber liefen Individualisierung, Randomisierung, Parametrisierung, Utilitarisierung oder Demokratisierung darauf hinaus, die grundsätzliche Spannung von Entscheidungskontingenz und Entscheidungslegitimität in der einen oder anderen Richtung zu entschärfen. Die jeweils anfallenden Kosten habe ich angedeutet. Sie sind zu hoch, als dass es nicht vernünftig wäre, an der wichtigsten Alternative zu arbeiten. Sie besteht, so sehe ich es, darin, die Kontingenz-Legitimitäts-Spannung nicht einseitig zu entschärfen, sondern sie eben als solche stabil zu institutionalisieren. Geschehen kann dies in einem ebenso komplizierten wie komplexen Entscheidungssystem, das verschiedene Perspektiven und Stufen des Entscheidens miteinander zu kombinieren sucht.

Versuchte man, am Beispiel der DFG ein solches System zu rekonstruieren, dann wären zunächst drei Differenzierungshinsichten von Förderentscheidungen mit je unterschiedlichen Effekten hervorzuheben:¹⁵ erstens Preise und Projekte, sodann Begutachtung, Bewertung und Förderentscheidung und drittens Deliberation und Dezision.

Zunächst also Preise und Projekte: Mit ihnen wird nicht nur qua Forschungsförderung Unterschiedliches bewirkt – etwa hinsichtlich der Reputation von Personen, der Akzentuierung von Forschungsfeldern, der Interventionen in Forschungspraxis. Hier wird auch über Verschiedenes entschieden: Bei der Preisträgerauswahl begründen tatsächliche Leistungen in der Vergangenheit die Erwartung auf auch zukünftig förderungswürdige Forschung. Bei Förderentscheidungen über Projekte kommt demgegenüber nicht dem *past merit*, sondern der Planung künftiger Forschung des größere Gewicht zu.¹⁶ Das für För-

15 Und zwar unter Absehung von einer Fülle diffiziler Details bei verschiedenen Förderinstrumenten und Förderräumen (Wettbewerbslagen).

16 Zwischen der Förderung durch Preise und der Projektförderung gibt es Übergangsformen. So werden bei Förderentscheidungen mancher Projekte neben der Antragsqualität die erwiesene Leistungsfähigkeit der Person in besonderer Weise berücksichtigt (Emmy Noether-Programm und Reinhart Koselleck-Programm).

derpreise charakteristische Risiko des Matthäus-Prinzips¹⁷ ist dabei geringer, die Unsicherheit allerdings, unter der die Förderentscheidung gefällt werden muss, ist typischerweise höher. Und es bleibt problematisch, diese Unsicherheit durch Rekurs auf den *past merit* von Antragstellern abzusenken; auch gute Wissenschaftler können ja auf der Grundlage schlechter Projekte schlecht forschen.

Es ist nun konstitutiv für die Forschungsfinanzierung der DFG, dass sie sowohl Förderpreise als auch Projektförderung einschließt und dass sie für die *Ex-post*-Beurteilungen im Hinblick auf Preisverleihung wie auch für die *Ex-ante*-Bewertungen von Forschungsprojekten ein gemeinsames prozedurales Prinzip anwendet: Förderentscheidungen werden jeweils vorbereitet durch zwei systematisch differenzierte Stufen von Vorentscheidungen. Dies ist die zweite Differenzierung, auf die es hier ankommt: Es gibt eine Entscheidungsabfolge, für deren systematisch unterschiedene Etappen wir „Begutachtung“, „Bewertung“ und „Förderentscheidung“ als Termini verwenden. Auf der Begutachtungsstufe bewerten *peers* schriftlich als Einzelgutachter oder mündlich als Mitglieder einer antragsspezifisch zusammengesetzten Begutachtungsgruppe einzelne Förderfälle in einem fachlich definierten Referenzrahmen. In der zweiten Etappe werden sodann von den wissenschaftlichen Mitgliedern eines Fachkollegiums mehrere Förderfälle unter Berücksichtigung der Gutachten oder Begutachtungsprotokolle bewertet. Dies geschieht vergleichend und in einem erweiterten fachlichen oder interdisziplinären Referenzrahmen. Begutachtung und Bewertung enden jeweils mit der Entscheidung über eine Entscheidungsempfehlung, die in den Entscheidungsprozess der nächsten Stufe eingeht. Die tatsächliche Förderentscheidung wird schließlich auf der dritten Stufe getroffen. Wissenschaftlerinnen aus dem gesamten Spektrum akademischer Disziplinen sowie Vertreter der Zuwendungsgeber beraten und beschließen hier in einem Gremium, dem Hauptausschuss oder seinen Unterausschüssen, gemeinsam über die Finanzierung von Forschung.

Jedenfalls der Tendenz nach lässt sich sagen: Diese Vorschaltung von Begutachtung und Bewertung sichert der abschließenden Förderentscheidung eine sachlich möglichst gehaltvolle Grundlage; sie erhöht die Vielfalt der ins Urteil eingehenden Perspektiven; sie erleichtert es, die Unbefangenheit der Entscheidungsträger zu gewährleisten und durch Kollektivität und Aufstufung das Wirksamwerden von *biases* und Gruppendynamiken zu unterbrechen. Und sie dient der systematischen Institutionalisierung von Deliberation. Wie nämlich Vorentscheidungen in Entscheidungen der jeweils nächsten Etappe eingehen, muss je neu ausgehandelt werden. Das System setzt voraus, dass Vorentscheidungen in der nächsten Etappe weder formal bindend noch inhaltlich irrelevant sind. Vorentscheidungen teilen Begründungslasten zu.

17 Mit all seinen Implikationen hinsichtlich Geschlecht, Karrierephasen usw.

In diesem System, ich sagte es, wird die abschließende Bewilligung oder Nichtbewilligung von Forschungsmitteln von Wissenschaftlern und den Vertreterinnen der Geldgeber gemeinsam beschlossen. Dabei sind die Stimmgewichte so verteilt, dass Letztere die Ersteren nicht überstimmen können. Insofern finden Förderentscheidungen zwar auf der Grundlage wissenschaftlicher Qualitätsurteile statt und sind Entscheidungen im Wissenschaftssystem. Um wissenschaftliche Entscheidungen im strikten Sinne handelt es sich jedoch nicht; eben dies bringt die Formel „Wissenschaftsgeleitetheit“ zum Ausdruck.

Dies allerdings liegt nicht allein an der Beteiligung von Ministerialbürokratie oder Politik. Es folgt auch daraus, dass spätestens ab der Bewertungsetappe Diskussion und Deliberation durch Dezision abgeschlossen werden. Damit sind wir bei der dritten Unterscheidung, die für organisierte Förderentscheidung konstitutiv ist; und in ihr wiederholt sich erneut die Spannung von Kontingenz und Legitimität. Projektanträge oder Preisverleihungsvorschläge sind einerseits Gegenstand wiederholter Diskussion. Und dabei gelten die Prinzipien wissenschaftlicher Diskurse: Aussagen sind begründungsbedürftig, legitime Überzeugungskraft kommt allein dem Argument zu, und man muss Wahrheitsorientierung unterstellen.

Solche Deliberation ist freilich nicht allein durch Gegebenheiten wie die Ungleichverteilung von Sachkunde bestimmt. Sie ist auch in organisatorischer Hinsicht stark limitiert, und zwar insbesondere dadurch, dass sie regelmäßig mehr Zeit verbraucht, als zur Verfügung steht. Schon deswegen (aber aus Formalitätsgründen auch dann, wenn das Gremiengespräch in bemessener Frist zu einem Konsens geführt werden konnte) tritt an die Stelle wahrheitsorientierter Deliberation die Dezision durch Mehrheitsentscheid.¹⁸ Er sistiert den Austausch von Argumenten, denn Abstimmungsverhalten ist nicht begründungspflichtig. Seine Wahrheitsorientierung muss unterstellt, kann aber nicht geprüft werden.

Förderentscheidungen verknüpfen also Diskurs und Dezision, Diskussion und Abstimmung, Wahrheits- und Mehrheitsprinzip. Und sie tun dies in unserem Falle bei Förderpreisen ebenso wie in der Projektförderung. Sie tun es wiederholt bei den jeweiligen Etappen des Entscheidungszusammenhangs. Und daran zeigen sich nun Voraussetzungsreichtum und Komplexität dieser Ordnung. Ich suche sie in drei Anmerkungen kurz anzudeuten.

Erstens hängt die Qualität der Förderentscheidung an der Verknüpfung von Diskurs und Dezision selbst, und die hat eine Zeit- und eine Sachdimension. In zeitlicher Hinsicht ist der Moment der Umstellung auf Dezision und also die relative Diskussionsdauer von Belang; je länger sie währt, so kann hier

¹⁸ Mit „Demokratie“ hat das übrigens nichts zu tun. Das Mehrheitsprinzip ist eine notwendige, keineswegs aber hinreichende Bedingung von Demokratie und auch Element von vor-, un- oder antidemokratischen Entscheidungssystemen (bspw. bei der deutschen Königswahl).

die Faustregel jedenfalls in strittigen Fällen lauten, umso größer das Gewicht wissenschaftsadäquater Urteilsbildung im Entscheidungsprozess. In sachlicher Hinsicht sollten Diskussionsverlauf und Mehrheitsentscheidung möglichst kohärent sein, ohne dass dies doch institutionell zu gewährleisten wäre. Denn es ist ja gerade die Funktion der Abstimmung, dass sie unter dem Eindruck des Deliberationsprozesses stattfindet, ohne von ihm her determiniert zu sein. Die Kontingenz-Legitimitäts-Spannung liegt hier ganz direkt vor und sie wird allenfalls dadurch abgeschwächt, dass bei offener Abstimmung das Stimmverhalten beobachtet werden kann und es damit womöglich Auswirkungen auf das soziale Ansehen der Abstimmenden besitzt.

Nicht allein im Verhältnis zur vorangehenden Deliberation ist die Dezision allerdings eine komplexe Angelegenheit, sondern – zweite Anmerkung – auch schon in sich selbst. Was dabei alles eine Rolle spielen kann, sieht man, sobald man sich etwa fragt, ob die Abstimmung offen oder geheim stattfinden soll; per Handzeichen oder elektronisch; wie Stimmgewichte verteilt werden;¹⁹ ob man sich enthalten darf und ob (und gegebenenfalls wie) Enthaltungen berücksichtigt werden sollen; ob es Quoren für Mehrheiten gibt usw.

Drittens ist nicht zu übersehen, dass der Dezisionsmodus von Förderentscheidungen auch in sehr grundsätzlicher Weise von alles andere als selbstverständlichen Voraussetzungen lebt. Er unterstellt nämlich eine Äquivalenz von Mehrheit und Allgemeinheit sowie von Allgemeinheit und Richtigkeit. Mehrheitstheoretisch hat das Tradition: Bereits Rousseau sah im Mehrheitsvotum eine *volonté générale*²⁰ artikuliert. Doch versteht sich auch die Existenz eines allgemeinen Willens keineswegs von selbst. Pierre Rosanvallon spricht vielmehr von einer *equivocal fiction*²¹, die darin bestehe, dass das Ganze durch einen hinreichend großen Teil ersetzbar und diese Ersetzung selbst institutionell invisibilisiert sei.

Nicht weniger intrikat ist bei einigem analytischen Abstand die von Förderentscheidungen unterstellte Äquivalenz von Mehrheitsmeinung und Richtigkeit. Dieses Problem tritt im demokratischen Verfassungsstaat in analoger Weise auf. Es wird dort in der Form behandelt, dass legitime Machtausübung eben nicht auf Wahrheitsbesitz gründet, sondern auf Mehrheitsentscheidungen im Rahmen prozeduraler Vorbehalte und konstitutioneller Vorfestlegungen. Förderentscheidungen sind allerdings zwar Mehrheits-, aber sie sind keine demo-

19 Der Bund hat in DFG-Bewilligungsausschüssen 16 Stimmen, die Wissenschaftlichen Mitglieder des Bewilligungsausschusses Exzellenzinitiative hatten 1,5 Stimmen.

20 Vgl. Egon Flaig: Die Mehrheitsentscheidung. Entstehung und kulturelle Dynamik. Paderborn 2013, S. 221: „Die Rousseausche Idee ist einfach: diejenige Willensentscheidung, die dem Gemeinwohl am nächsten kommt, ist der ‚allgemeine Wille‘.“

21 Vgl. Pierre Rosanvallon: Democratic Legitimacy. Impartiality. Reflexivity. Proximity. Princeton 2011, S. 24.

kratischen Entscheidungen. Es ist dies die entscheidungstheoretische Stelle, wo nun endlich auch die Qualifikation, Expertise und Reputation der wissenschaftlichen Mitglieder der Entscheidungsgremien selbst wichtig wird. Förderentscheidungen verknüpfen nicht allein Deliberation und Dezision, sondern sie behalten überdies auch die Dezision selbst jeweils einem kleinen Kollektiv wissenschaftlicher Experten vor, die in ihrer Gesamtheit dafür einstehen, dass die Mehrheit nicht allein eine legitime, sondern auch eine sachlich vertretbare Entscheidung trifft. Auch insofern darf von einer spezifischen Kultur des Entscheidens gesprochen werden.

5. Schluss

Mit den systematischen Unterscheidungen von *Ex-post*- und *Ex-ante*-Beurteilungen, mit der Abfolge von Begutachtung, Bewertung und Förderentscheidung sowie mit der Verknüpfung von Deliberation und Dezision sucht das hier als Beispiel gewählte Entscheidungssystem der DFG die grundsätzliche Spannung zwischen Entscheidungskontingenz und Entscheidungslegitimität so zu stabilisieren, dass sie zur Finanzierung bester Forschung führt. Förderentscheidungen, so war zu sehen, fallen dabei als Mehrheitsentscheidungen, die von fachlich ausgewiesenen und institutionell erfahrenen Forscherinnen und Forschern getroffen werden unter dem Eindruck wiederholter vorangegangener Deliberation und Vorentscheidung. Dieses Ordnungsgefüge ist seinerseits kontingent. Es könnte anders sein, als es ist, doch stellt es ein eingespieltes und in seinen Binnenstrukturen und -prozessen nicht schlecht austariertes System dar. Für die konkreten Förderentscheidungen darf deshalb beansprucht werden, dass sie weder vollständig determiniert noch illegitim sind und dass sich in ihnen eine Rationalität wissenschaftsgeleiteter Forschungsfinanzierung artikuliert.

Damit das so sein kann, muss allerdings eine große Anzahl weiterer Bedingungen erfüllt sein. Diese reichen von den Legitimitätsquellen der Förderorganisation (bei der DFG etwa Tradition, Mitgliedschaft, Zuwendungsgeber, Fachkollegienwahlen) bis zur Verfahrensqualität; von der Abgrenzung der Förderinstrumente bis zur Strukturierung der Wettbewerbsräume; von der Qualität der Gutachten bis zur reflektierten Expertise, Fairness und Unbefangenheit der Gremienmitglieder; von der legitimen Intransparenz vertraulicher Beratungen und Abstimmungen bis zur Sachkunde und Sorgfalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle; von einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Antragsdruck und Förderbudget bis hin zu solch „weichen“ Sozialfaktoren wie der Stimmung bei Ortsbegehungen und Gremiensitzungen. Und in dieser Hinsicht dürfte dann schließlich nicht einmal die Qualität des Caterings unwichtig sein.

All dies und noch viel mehr wäre jedenfalls auszuführen, wollte man diese spezifische „Kultur“ des Entscheidens einigermaßen genau beschreiben. Und es

wäre zu fragen, wie sich dieses Entscheidungssystem reproduziert und mit Zeitstabilität ausstattet; wie es seine Legitimität gegen die Kontingenzen des Persönlichen absichert; wie es mit eventuellen Fehlentscheidungen umgeht; wie es seine Eigendynamiken beobachtet, auf die sich stetig wandelnden Aktivitätsmuster der Antragstellenden reagiert und Außeneinflüsse aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft beobachtet, verarbeitet oder abwehrt.

Von dem, was uns bei der DFG in solchen Zusammenhängen derzeit – und neben dem „laufenden Geschäft“, neben der Exzellenzstrategie – am meisten beschäftigt, will ich abschließend, doch ohne dass mein Vortrag sich runden würde, drei interne Fragen und ein gesellschaftliches Großproblem doch wenigstens benennen. Sozusagen als Übergang zum Gespräch, wenn Sie mögen.

Ein altes Dauerproblem aller Projektförderung besteht in der Frage, wie sich das Risiko von Matthäus-Prinzip und Bevorzugung des *mainstream* so gering wie möglich halten lasse, wie man also mit dem Planungsparadox von Forschungsprojekten umgehen solle. Die DFG hat darauf zum Beispiel vor knapp einem Jahrzehnt mit dem Reinhart Koselleck-Programm zu reagieren versucht. Ob das ausreicht, bleibt zu diskutieren.

Etwas weniger ehrwürdig ist der sich durch fortschreitende Spezialisierung der Forschung freilich immer weiter verschärfende Umstand, dass Förderentscheidungen Anträge aus höchst unterschiedlichen Wissenschaftsbereichen miteinander vergleichen müssen. Nicht weil sie überzeugen würde, sondern aus purer Entscheidungsnot wird dabei die Illusion in Anspruch genommen, dass bibliometrische Indizes das eigentlich Unvergleichbare doch irgendwie vergleichbar machten. Davon war bereits die Rede, doch bleibt alle Kritik der Metrisierung fruchtlos, solange der Problemdruck fortbesteht, den sie bearbeitbar zu machen verspricht.

Eine dritte Herausforderung besteht für die DFG darin, auf den dramatischen Funktionswandel angemessen zu reagieren, dem Drittmittel unterliegen. Sie entwickeln sich nämlich von einer Zusatz- zu einer Ersatzfinanzierung, mit welcher der Mangel angemessener universitärer Grundausrüstung kompensiert wird. Und sie sind dabei zu einer „sekundären Währung“ im Wissenschaftssystem überhaupt geworden. Förderentscheidungen betreffen nicht allein die Forschungsfinanzierung selbst, sondern sie determinieren universitäre Strukturentwicklungen, akademische Durchsetzungsmacht und, ja: auch persönliche Reputation und Bezüge – und zwar, ohne dass dies im Entscheidungsakt systematisch berücksichtigt werden könnte oder die Forschung selbst bereits erfolgreich sein müsste. Diese regelmäßige Verwechslung von Antragserfolg und Forschungserfolg lässt Förderentscheidungen keineswegs unberührt.

Vieles, was hier zu berücksichtigen wäre, gehört zum Mikromanagement des Entscheidungssystems DFG. Es auszubuchstabieren ist weder Zeit noch Ort. Es beschäftigt uns alltäglich und ist doch eher nachrangig im Vergleich zu jenem wahrhaft besorgniserregenden Syndrom, das sich als eine Vertrauenskrise der Wissenschaft darstellt. Sie hat damit zu tun, dass und wie moderne Forschung die Welt umgestaltet sowie Macht und Lebenschancen umverteilt. Sie wird gewiss verschärft durch Laxheit, Fehler und Fehlverhalten, aber auch durch ein Übermaß an wissenschaftlichen Verheißungen, von denen doch offenkundig ist, dass ihre Erfüllung auf sich warten lassen wird.

Und zugleich wird diese Vertrauenskrise instrumentalisiert und angeheizt durch autokratische Wissenschaftsfeindlichkeit und populistischen Anti-Intellektualismus rund um den Globus. Er hat mit den „Eliten“, den „Experten“ und den Wissenschaften die Differenziertheit öffentlicher Diskurse und rationalen Streitens im Blick, zielt tatsächlich und zugleich aber auf die pluralistische Gesellschaft und die konstitutionelle Demokratie. Dies, so bin ich überzeugt, muss uns veranlassen, mehr noch als für die Rationalität wissenschaftsgeleiteter Forschungsfinanzierung für die aufgeklärte Vernunft selbst zu streiten.

2.

Über Forschung und Förderung

Zur Förderung Klinischer Forschung

Rede auf dem Medizinischen Fakultätentag, Frankfurt/Main,
16. August 2014

Seit es so etwas wie eine methodisch vorgehende Heilkunst gibt, genießen Ärzte besonderes gesellschaftliches Ansehen. Nicht weniger traditionsreich dürfte indes auch die Kehrseite einer solchen herausgehobenen gesellschaftlichen Position sein, die Ärzteschelte. „Ärzte“, so soll Voltaire gesagt haben, „geben Medikamente, von denen sie wenig wissen – in Menschenleiber, von denen sie noch weniger wissen – zur Behandlung von Krankheiten, von denen sie überhaupt nichts wissen.“

Das ist der scharfe Spott, mit dem sich Voltaire bis heute unvergessen gemacht hat. In seinem aufklärerischen Gestus steckt indes zugleich eine Wahrheit. Ärztliche Therapie ist hiernach nämlich nicht allein irgendeine Form erfahrungsgestützten Handelns. Sie wird mit anspruchsvollem medizinischen Wissen in Verbindung gebracht. In Voltaires Spott verbirgt sich ein epistemischer und Professionalitätsanspruch für therapeutisches Handeln, der auch im 18. Jahrhundert noch keineswegs allgemein durchgesetzt war, der uns heute freilich längst selbstverständlich scheint. Gute ärztliche Praxis beruht auf fundiertem medizinischen Wissen über den Menschen und seine körperlichen, psychischen und kognitiven Funktionen, auf spezialisiertem Wissen über seine Krankheiten und auf praktischem Wissen über die Formen, mit denen diese Krankheiten behandelt, ihre schädlichen Folgen gelindert oder sie geheilt werden können.

Ärztliches Handeln muss diese Wissensbereiche systematisch aufeinander beziehen und den je individuellen Krankheitsfall in sie einordnen können. Es setzt insofern eine wissenschaftliche Medizin voraus, die die Bestände medizinischen Wissens in der akademischen Lehre und ärztlichen Weiterbildung reproduziert und durch Forschung altes Wissen kritisiert sowie neues Wissen produziert, sodass die Qualität, Verlässlichkeit und Reichweite medizinischer Wissensbestände erweitert wird. Ärztliche Praxis setzt eine wissenschaftliche Medizin voraus, die durch klinische Forschung das Spektrum präventiver und kurativer Handlungsoptionen verfeinert und ausbaut.

Dass dies gelingen kann, ist an erhebliche Voraussetzungen gebunden, nämlich unter anderem an qualifiziertes Personal, das sehr gut ausgebildet ist (und

das meines Erachtens auch in Zukunft ohne Schaden sehr gebildetes Personal sein darf); an sehr gute infrastrukturelle und apparative Bedingungen; an pluralistisch verfasste Forschungssysteme, die auch den besonderen Wissensspezialisierungen in der modernen medizinischen Forschung gemäß sind; an Finanzierungs- und Fördersysteme nicht zuletzt, die nicht allein den Bedingungen von Krankenversorgung und Gesundheitsökonomie Rechnung tragen, sondern auch dem Eigensinn und den Dynamiken der lebenswissenschaftlich-medizinischen Erkenntnissuche.

Einige Aspekte dieser Ermöglichungsbedingungen einer leistungsfähigen medizinischen, zumal klinischen Forschung möchte ich im Folgenden ansprechen. Dabei komme ich auf die Förderfunktionen und das Förderhandeln der DFG erst im Schlussteil zu sprechen. Beginnen will ich mit einer Handvoll eher grundsätzlicher Erwägungen dazu, was ein leistungsfähiges Forschungssystem ausmacht. Das wird zu einigen Umständen führen, die klinische Forschung in Deutschland heute erschweren, sowie schließlich dann zu dem, was die DFG unter diesen Umständen zur Förderung der klinischen Forschung beitragen kann – und was nicht.

I.

Das deutsche Forschungssystem besitzt aufs Ganze betrachtet beachtliche Leistungsfähigkeit; und dies bei allen Herausforderungen, die verbunden sind mit seinen Basisprozessen der Expansion, der Differenzierung, der Akzeleration beinahe aller Prozesse und auch der Veralltäglicung von Wissenschaft in der modernen Wissenschaftsgesellschaft. Es integriert ein sehr breites Spektrum akademischer Disziplinen, Forschungsformen und Wissensbezirke, es ist geprägt durch eine prägnante Vielfalt der Institutionstypen und Organisationsformen, die ein hohes Maß an Arbeitsteiligkeit und funktionaler Komplementarität ermöglichen. Und angesichts der enormen finanziellen und infrastrukturellen Voraussetzungen in vielen Bereichen moderner Forschung ist das auch notwendig.

Eine der Leitunterscheidungen, mit denen man seit Langem die Vielfalt und Komplexität dieses Forschungssystems zu ordnen versucht, ist diejenige von Grundlagenforschung und anwendungsbezogener Forschung. Sie scheint unverwüstlich zu sein, obwohl schon lange klar ist, dass Innovationsprozesse in modernen Wissenschaften (in der Medizin wie anderweit) weder so linear noch so unidirektional verlaufen, wie diese Unterscheidung das voraussetzt. Die Erarbeitung, Erfindung, Entdeckung des wissenschaftlich Neuen vollzieht sich typischerweise viel eher in komplexen, vielsträngigen, rückkopplungs-, rekursions- und interferenzreichen Prozessen.

Ich möchte daher (und meine, der Medizinische Fakultätentag sei dafür denn doch kein unpassender Ort) eine doppelte Alternative zu erwägen ge-

ben: nämlich (1.) nicht zwischen Grundlagenforschung und anwendungsbezogener Forschung, sondern zwischen erkenntnisgeleiteter (neugiergetriebener) und programmorientierter Forschung zu unterscheiden. Diese Unterscheidung wäre sodann (2.) nicht auf den Forschungsprozess selbst zu beziehen. Dort führt sie nämlich leicht zu polemisch ausbeutbaren Missverständnissen, wie wenn zum Beispiel programmorientierte Forschung als solche weniger frei wäre als erkenntnisgeleitete oder wie wenn umgekehrt erkenntnisgeleitete Forschung ipso facto weniger relevant als programmorientierte, ja womöglich geradezu programmatisch irrelevant wäre. Und beides ist ja abwegig. Vielmehr wäre diese Unterscheidung zwischen erkenntnisgeleiteter und programmorientierter Forschung auf jene Entscheidungszusammenhänge zu beziehen, in denen Organisation und Finanzierung zukünftiger Forschungsprozesse festgelegt werden.

Erkenntnisgeleitetheit und Programmorientierung wären also Kategorien nicht der Forschung selbst, sondern von forschungspolitischen und -administrativen Entscheidungsprozessen, je nachdem nämlich, welche Kriterien in diesen Entscheidungen primär ausschlaggebend sind. Bei erkenntnisgeleiteter Forschung sind dies Kriterien der wissenschaftlichen Relevanz, der Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Wissens, der Neugier, der Welterkenntnis sowie auch des Selbstbezugs von Wissenschaft. Bei programmorientierter Forschung sind dies die Kriterien des Fremdbezugs von Wissenschaft, also Kriterien gesellschaftlicher, politischer, ökonomischer usw. Relevanz sowie Kriterien der Lösung gesellschaftlicher Problemvorgaben, also etwa der sogenannten großen Volkskrankheiten oder der Energiewende.

Und diese beiden Kriterienbündel sind selbstverständlich gleichermaßen legitim, auf beide sind moderne Wissenschaftsgesellschaften konstitutiv angewiesen. Sie haben einen vernünftigen Anspruch darauf, dass die Wissenschaften jene Fragen zu beantworten, jene Probleme zu lösen versuchen, die die Gesellschaft bedrängen. Sie müssen zugleich anerkennen, dass Gesellschaft von den Wissenschaften allein dann mit neuem Wissen ausgestattet werden kann, wenn Letztere nicht vollständig auf das festgelegt ist, was gesellschaftlich immer schon – und sei es in einer Frage oder Problemvorgabe – antizipiert wird: Das Neue ist das Nicht-Antizipierte, das emphatisch Neue, das Nicht-Antizipierbare.

Wenn man nun das deutsche Forschungssystem entlang dieser letztgenannten Leitunterscheidung sortieren möchte, dann sieht man, wie es im Prinzip organisatorisch schlüssig aufgebaut ist. Programmorientierte Forschung hat ihre institutionellen Orte in der Ressortforschung, bei Helmholtz sowie auch Leibniz-Gemeinschaft, und sie wird projektförmig zum Beispiel in den Förderprogrammen des BMBF finanziert. Erkenntnisgeleitete Forschung ist die Aufgabe zumal der Universitäten sowie der MPG, ihrer projektförmigen Förderung dient in Sonderheit das Förderhandeln der DFG. Dieses

Organisationsgefüge des Forschungssystems hat sich historisch in langwierigen und so windungs- wie auch konfliktreichen Prozessen herausgebildet und folgt doch in seinem gegenwärtigen Zuschnitt einem insoweit klaren Prinzip funktionaler Differenzierung, einem Prinzip der Arbeitsteiligkeit und Leistungskomplementarität. Und dies heißt dann allerdings auch, dass die Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems abhängig ist von der Leistungsfähigkeit aller seiner Teile und von der Produktivität der Operations- und Kooperationsbeziehungen zwischen ihnen. Es müssen in diesen Beziehungen also auch die Balancen zwischen den einzelnen Systemteilen, zwischen ihren verschiedenen funktionalen, rechtlichen, finanziellen, personellen und anderen Bedingungen gewahrt sein.

An der klinischen Forschung kann man sich das in besonderer Plastizität vor Augen führen. Ihr Fortschritt beruht ja gerade auf dem Zusammenspiel von lebenswissenschaftlichem Grundlagenwissen, Therapieansätzen, pharmakologischen Innovationen, neuen technischen oder chirurgischen Verfahren usw. Die Metapher „vom Labor zum Krankenbett“ vereinfacht über die Maßen, was dabei tatsächlich geschieht, wie auch die Erfahrung am Krankenbett ins Labor zurückwirkt, wie Ingenieurtechnik, medizinische Laborarbeit und ärztliche Praxis in verschiedenen Richtungen interferieren.

II.

Ich sprach vom Prinzip der funktionalen Strukturierung des Organisationsgefüges von Wissenschaft und Forschung in Deutschland. Die faktischen Realitäten sind freilich unklarer, es gibt Imbalancen, Asymmetrien, Unwuchten, welche die Funktions- und Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems empfindlich beeinträchtigen. Und auch dafür ist die Hochschulmedizin ein besonders eindrückliches Beispiel. Ich will das in dreierlei Hinsichten kurz skizzieren.

1. Strukturprobleme der klinischen Forschung

Sie alle wissen aus alltäglicher und sehr viel größerer Nähe als ich, dass der Einzug des Betriebswirtschaftlichen in die Krankenversorgung die Freiräume für Forschung in den Universitätsklinika ganz erheblich eingeschränkt hat. Dies zeigt sich etwa daran, dass Personalentscheidungen in den Klinika immer weniger nach Maßstäben wissenschaftlicher Qualität getroffen werden als vielmehr nach betriebspraktischen Kriterien. Dies zeigt sich auch an der zunehmenden Aufgabenverdichtung, der sich das forschen sollende – aber eben zunehmend nicht mehr forschende – Personal gegenübersteht, sowie selbst dort, wo geforscht wird, nämlich dann, wenn klinische Forschungsprojekte und Schwerpunktsetzungen weniger dem Kriterium wissenschaftlicher Relevanz folgen, als vielmehr im Hinblick auf ihr ökonomisches Potenzial gewählt werden. Hinzu kommen Defizite der Grundausrüstung, die mittlerweile bedenkliche Ausmaße angenommen haben. In den meisten Bundesländern

sind die Zuführungsbeträge für Forschung und Lehre kaum angestiegen, in einigen sind sie sogar gefallen, sodass Forschungsvorhaben immer seltener aus der Grundausrüstung finanzierbar sind und Geräteinvestitionen oder Baumaßnahmen entweder gar nicht realisiert werden können oder für klinische Forschung auf höchstem Niveau unzureichend sind.

Man muss freilich hinzufügen, dass die strukturelle Unterausstattung (und funktionale Überlastung) das Grundproblem des gesamten Hochschulwesens (ja des deutschen Wissenschaftssystems überhaupt) ist; daran, wie die Erfolgschancen von DFG-Antragstellern – bei wachsendem Budget! – seit Jahren sinken, lassen sich die Ausmaße dieses Problems ermessen. Wenn aber Forschungsmöglichkeiten an Hochschulen und in der Hochschulmedizin schrumpfen (wegen Unterfinanzierung wie wegen betriebswirtschaftlich gelenkten Strukturwandels – und beides hängt freilich eng zusammen), dann beeinträchtigt das unmittelbar die Ideenvielfalt, den Perspektivenreichtum, die Innovativität des Forschungssystems insgesamt. Und damit verbinden sich überdies sehr direkte (wenn auch nicht einfach bezifferbare) Folgen für die Leistungsfähigkeit dieses Systems und für seine gesellschaftliche, ökonomische, auch seine medizinische und gesundheitsökonomische Effektivität.

2. Erkenntnisgeleitete und programmorientierte Forschung

Mit den Erschwernissen der Forschung insbesondere auch in der Hochschulmedizin gehen – im Sinne einer weiteren Asymmetrie – Akzentverschiebungen einher zwischen dem, was ich in dem oben skizzierten Sinn einerseits erkenntnisgeleitete und andererseits programmorientierte Forschung nenne. Nicht erst durch die Einrichtung der Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung, durch sie aber mit erheblicher wissenschafts- und hochschulpolitischer Resonanz, haben sich die Bedingungen für programmorientierte Forschungsvorhaben deutlich verbessert. Das ist nicht nur nicht illegitim, es ist in vieler Hinsicht auch gut – solange es jedenfalls gelingt, zugleich die damit verbundenen Risiken zu vermeiden: die Risiken einer Konzentrierung und thematischen Engführung auf eine kleine Zahl „großer Volkskrankheiten“ hin und diejenigen eines gleichzeitigen Akzeptanzverlusts solcher Vorhaben, die andere, auch seltene Krankheitsprozesse und Behandlungsmöglichkeiten zu erforschen suchen. Es sind dies die Risiken sich verfestigender Limitierungseffekte und Pfadabhängigkeiten, welche den Raum für bisher gar nicht antizipierte Ansätze, Forschungsfragen und Themen immer weiter einschränken und so die Innovativität klinischer Forschung gefährden könnten.

3. Verheißungen und Glaubwürdigkeit

Ich deutete es soeben implizit an: Finanzierungsfragen sind auch Geltungsfragen. Finanzierungsansprüche müssen begründet werden, wobei Plausibilität und Durchschlagskraft solcher Begründungen keineswegs absolut sind,

sondern stets relativ zu gesellschaftlichen Legitimitätsannahmen und Relevanzhierarchien.

Ich komme damit auf einen Punkt, an dem – wenn Sie mir das so zu sagen erlauben – die Medizin in besonderer Weise gefährdet ist. Sie kann sich darauf verlassen, dass Gesundheit, Heilung von Verletzung oder Krankheit in beinahe jedem denkbaren Legitimitätsrahmen, beinahe jeder denkbaren Relevanzhierarchie einen obersten Platz einnimmt (obschon es freilich Ausnahmen gibt: Martyriumsgewisse *suicide bombers* haben womöglich andere Werteordnungen). Und damit geht die Versuchung einher, in Geltungs- und Verteilungskonkurrenzen mit anderen Wissenschaftsbereichen wie überhaupt mit anderen Gesellschaftsbereichen mit großen Verheißungen zu operieren. Wer zählt noch, wie oft der Krebs schon besiegt oder Diabetes heilbar gemacht wurde? Solche Verheißungen bergen nun aber die Gefahr struktureller Selbstüberforderung.

Verheißungen wecken Erwartungen, um nicht zu sagen Erlösungshoffnungen. Die muss man erfüllen, zumindest muss man die Nichterfüllung plausibilisieren können; dass Letzteres unter Umständen noch schwieriger sein kann als Ersteres, ließe sich zum Beispiel am theologischen Problem der Parusieverzögerung verdeutlichen. Misslingt allerdings beides, dann folgen Glaubwürdigkeitsprobleme. Aufmerksame Beobachter könnten den Eindruck haben, nicht lediglich die klinische Forschung, sondern das gesamte Wissenschaftssystem sei vor solchen Glaubwürdigkeitsproblemen keineswegs gefeit.

Verheißungen beeinflussen indes nicht nur die, an die sie gerichtet sind, sondern sie binden auch den, der sie gibt. Heilungsversprechen können daher den Charakter klinischer Forschung verändern. Ihrer Logik nach sind sie gerade nicht auf die Produktion von Grundlagenwissen hin orientiert, niemand würde ja versprechen, den Krebs lediglich erklären zu wollen, sondern sie stellen auf den konkreten und umfassenden Behandlungserfolg ab; für den Patienten soll der Krebs nicht erklärbar, sondern heilbar sein.

Und das wirft die Frage auf, ob es à la longue auch nur für die Therapieentwicklung gut ist, wenn dieserart nicht nur durch die Strukturprobleme der Hochschulmedizin, von denen ich sprach, sondern nun auch vermittels der Logik der Verheißung das Erklären (sagen wir: die medizinische Theorie, die Forschung) vom Heilen (sagen wir: der ärztlichen Praxis, der Krankenversorgung) dominiert wird. Ist es nicht das Konzept medizinischer Wissenschaft selbst, das dann prekär würde, wenn medizinische Theorie und ärztliche Praxis dieserart aus der Balance gerieten? Steckt nicht auch in manchem verheißungsvollen Versprechen auf baldige Heilbarkeit, auf den unmittelbar bevorstehenden therapeutischen Durchbruch das Risiko eines sozusagen en passant sich einstellenden Systemeffekts, nämlich der Schwächung, gar der gesellschaftlichen Abwertung der erkenntnisgeleiteten Forschung?

III.

Ich sprach unterschiedliche und unterschiedlich problematische Strukturebenen klinischer Forschung in Deutschland an. Das bleibt unvollständig und war vorsätzlich selektiv. Vielleicht konnte ich gleichwohl plausibilisieren, worauf es mir hier vor allem anderen ankommt: Es ist von konstitutiver Bedeutung für die Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems der Forschung überhaupt, der Hochschulmedizin im Besonderen, dass die Balancen zwischen programmorientierter und erkenntnisgeleiteter Forschung gewahrt und gesichert werden. Das aber erfordert die auskömmliche Grundfinanzierung der universitären medizinischen Forschung. Es erfordert mit adäquaten Mitteln ausgestattete Förderprogramme auch in der erkenntnisgeleiteten Forschung – Programme also, welche responsiv sind gegenüber den Erkenntnisdynamiken der Forschung selbst, welche flexibel auf die daraus sich ergebenden wissenschaftlichen Belange reagieren können und welche überraschenden Ansätzen und disruptiven Ideen, also auch dem nicht antizipierten und nicht antizipierbaren Neuen in der klinischen Forschung, Raum geben.

Solche Förderprogramme zu entwickeln und anzubieten, ich deutete es vorhin systematisch an, ist die spezifische Funktion der DFG. Deswegen fördert sie, was von den Forscherinnen und Forschern selbst als förderwürdig identifiziert wurde. Deswegen trifft sie Förderentscheidungen in streng wissenschaftsgeleiteten Verfahren nach Kriterien wissenschaftlicher Qualität der Forschungsvorhaben und nicht etwa unter gesellschaftlichen, politischen oder kommerziellen Relevanzaspekten und auch nicht, um Defizite der Grundfinanzierung zu kompensieren. In der klinischen Forschung können so Möglichkeitsräume entstehen für Vorhaben, die auf grundlegendes medizinisches Wissen abzielen, und zwar auch in Krankheitsbereichen, die womöglich wenig kommerzielle Verwertungspotenziale erwarten lassen.

Dass die Forschungsdynamiken, Methodiken und Erkenntnisinteressen speziell der klinischen Forschung eigener Förderangebote bedürfen, ist dabei mitbedacht. Über ihre allgemeinen Förderprogramme hinaus fördert die DFG die klinische Forschung deshalb in verschiedenen, spezifisch auf sie abstellenden Verfahren. Seit den späten 1980er-Jahren gibt es das Programm der Klinischen Forschergruppen, das den Aufbau forschungsorientierter Strukturen in Universitätskliniken fördern soll. Seit 2005 gibt es ein (gemeinsam mit dem BMBF aufgelegtes) spezielles Förderprogramm zu Klinischen Studien.

Heute, etwa zehn Jahre nach Beginn der ersten Förderperiode lässt sich sagen, dass es erfolgreich auf die klinische Forschung in Deutschland einwirkt; schon der Wettbewerbsrahmen des Programms als solchem hat die Vorbereitung Hypothesen testender Studien professionalisiert. Vor allem aber hat das Programm in einer ganzen Reihe von Universitätskliniken zur Herausbildung neuer produktiver Gelegenheitsstrukturen für klinische Studien geführt, die

auch im internationalen Vergleich bestehen können. Die DFG hat daher im Jahr 2013 entschieden, diese Finanzierung klinischer Studien im Rahmen ihres regulären Förderportfolios zu verstetigen. Von der Einzelförderung über medizinische Sonderforschungsbereiche und Schwerpunktprogramme bis hin zum Programm Klinischen Studien gibt es damit – so hoffen wir – ein sorgfältig abgestimmtes DFG-Angebot für klinische Forscherinnen und Forscher.

Wenn es richtig ist, dass sich die Gewichte systemisch zuungunsten der erkenntnisgeleiteten Forschung verlagern, dann liegen die Gründe dafür also eher nicht auf der Ebene der Förderstrukturen. Wohl aber liegen sie, jedenfalls auch, auf jener Ebene, die eine Drittmittelförderung zwingend voraussetzt und die sie selbst keineswegs kompensieren kann. Drittmittelförderung setzt eine verlässliche und auskömmliche Grundfinanzierung voraus, nicht zuletzt auch für Räumlichkeiten und Infrastrukturen der Forschung sowie für wissenschaftliches Personal, das über jene freie Zeit verfügt, ohne die es keine Forschung geben kann.

Tatsächlich aber erodieren diese Voraussetzungen produktiver wissenschaftlicher Forschung in der Klinik wie anderweit. Tatsächlich gerät die Drittmittelförderung zunehmend und immer häufiger in die paradoxe Funktion, das Fehlen ihrer eigenen Voraussetzungen kompensieren zu sollen. Das wird auf Dauer nicht gut gehen können. Das bringt auf lange Sicht nicht nur eine strukturelle Überlastung der DFG mit sich, die sich – gegen ihre Systemfunktion, gegen ihre Verfassung, gegen ihre Prozessprinzipien – immer mehr zum Grundfinanzier von Forschung entwickelt. Sondern es bedeutet aufs Ganze gesehen auch, dass die strukturellen Ermöglichungsbedingungen für beste erkenntnisgeleitete Forschung sich verschlechtern könnten.

Es besteht also drängender Handlungsbedarf bei der Grundfinanzierung der Universitäten, ihrer medizinischen Fakultäten und Klinika, beim Ausbau und Unterhalt leistungsfähiger universitärer Forschungsinfrastrukturen, beim Hochschul- und Klinikbau sowie bei Sicherung und Erweiterung der Forschungsmöglichkeiten für das medizinische Forschungspersonal.

Die Beschlüsse der Großen Koalition in Berlin vom 26. Mai 2014 weisen in die richtige Richtung. Geplant ist eine finanzielle Entlastung der Länder zu gunsten ihres Schul- und Hochschulwesens, die Aufhebung des sogenannten Kooperationsverbots für den Wissenschaftsbereich und die Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung der Hochschulen. Damit in der richtigen Richtung auch weit genug gegangen wird, wird es allerdings noch einiger Arbeit bedürfen – und zwar auch an Wegstücken, über deren Ausbau eigentlich weithin Konsens besteht; dazu gehören beispielsweise neue Finanzierungsmodalitäten für gemeinsame Bund-Länder-Bauvorhaben in der Hochschulmedizin, verbindliche Regelungen für die Verwendung des Zuführungsbetrags für Forschung und Lehre und vor allem auch ein Systemzuschlag für klinische

Leistungen, der den direkten Interdependenzen von Forschung, Lehre und Patientenversorgung in den Universitätskliniken gerecht wird.

Dieser Weg ist steinig und er wird sich vermutlich nicht schnurgerade hinziehen. Dass er aber gegangen wird, ist mitentscheidend dafür, dass Deutschland auf lange Sicht über eine sehr gute forschende Medizin verfügt, die die Wissensgrundlagen dafür schafft, dass Ärzte Medikamente und Therapien verabreichen, die sie so genau wie möglich kennen, an Menschen, die sie in ihren körperlichen und geistigen Eigenschaften und Eigenheiten sehr gut verstehen, zum Zweck der Behandlung von Krankheiten, über die sie immer besser Bescheid wissen.

Die pluralistische Universität

Festvortrag zum 50. Jahrestag der Universität Ulm,
Ulm, 24. Februar 2017

1.

50 Jahre Universität Ulm: Das wäre Gelegenheit, an die Gründungsgeschichte dieser doch eigentlich ziemlich unwahrscheinlichen Universität zu erinnern. Zu erzählen wäre vom „Arbeitskreis Universität Ulm“, von den Widerständen in Land und Politik, vor allem aber davon, wie sich die Ulmer Bevölkerung dennoch ihren großen Traum von einer eigenen Universität erfüllten.

Freilich gäbe es auch eine Alternative zu jener Vorgeschichte des 25. Februar 1967. Es ließe sich nämlich auch erzählen von den seither vergangenen Jahren und nicht allein von der Ulmer Universität, sondern auch davon, wie in diesem halben Jahrhundert der Institutionentyp der Universität sich ziemlich durchgreifend gewandelt hat – und zwar nicht allein in Deutschland, sondern weltweit. Im Zuge der Verwissenschaftlichung der Welt und der enormen Expansion höherer Bildung wurde nämlich aus einer Institution, die neben der gediegenen Pflege von Forschung und Lehre vor allem der Selbstreproduktion einer gesellschaftlichen Elite diente, eine Sozialisationsinstanz für stetig größer werdende Anteile der jeweiligen Generationen. Und gegen allen Kulturpessimismus, der im deutschen Wort „Vermassung“, stärker als im englischen *massification*, stets konnotiert sein kann, darf hierzu angemerkt werden: Dies ist zunächst einmal eine erstaunliche Erfolgsgeschichte. Und diese Erfolgsgeschichte hat gewiss damit zu tun, dass der organisatorische Typus der Universität entscheidende Veränderungsschübe der Gesellschaften und des Wissens nicht nur hervorbrachte (denken Sie allein an die bundesrepublikanische Geschichte in den ersten beiden Jahren der Ulmer Universität), sondern dass dieser Organisationstypus immer wieder mit beachtlicher Wandlungskapazität auch auf solche Veränderungen zu reagieren wusste.

Dabei sind zumal drei Basisprozesse eigens hervorzuheben, nämlich Differenzierung, Expansion und Veralltäglicung, die seit den Nachkriegsjahrzehnten Form und Funktion der Universität grundlegend transformiert haben: Immer weiter und immer schneller haben seither die Spezialisierungen und der Zuwachs wissenschaftlichen Wissens einander vorangetrieben. Immer mehr haben sich die Formen wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion

ausdifferenziert; immer komplexer und vielfach abstrakter, ja unzugänglicher ist das wissenschaftliche Wissen und immer vielschichtiger sind seine epistemischen Horizonte geworden, immer anspruchsvoller (und teurer in der Errichtung wie im Unterhalt) die infrastrukturellen Voraussetzungen moderner Wissenschaften; immer globaler die transnationalen Wissensräume, in die hinein sie sich entfalten; immer unterschiedlicher die Organisationsformen der Forschung; immer heterogener die Studierendenschaft und disparater die in ihr vertretenen Bildungs- und Ausbildungsansprüche; immer vielfältiger schließlich auch die Studiengänge und Studienformen, in denen das Wissen der modernen Wissenschaften an nachrückende Studierendengenerationen vermittelt wird.

Und mit diesen innerwissenschaftlichen Prozessen gingen und gehen nicht weniger tief greifende Veränderungen in den gesellschaftlichen Außenverhältnissen von Wissenschaft einher: Wissenschaftliche Bildung und Ausbildung immer weiterer Gesellschaftskreise sind Moment einer Verwissenschaftlichung moderner Lebenswirklichkeiten. Und diese Heraufkunft nicht einer Wissens-, sondern näherhin einer *Wissenschaftsgesellschaft* hat zur Folge, dass in immer weiteren Bereichen der Lebenswelt Überzeugungskraft und Geltung am ehesten zu gewinnen sind durch Berufung auf wissenschaftliche Erkenntnisse, durch Anwendung wissenschaftlicher Methodiken und Techniken; von der Rückseite dieser Selbstverständlichkeit wird sogleich zu sprechen sein.

Jedenfalls haben die Universitäten in der Geschichte der Bundesrepublik neben den ursprünglichen Funktionen von Forschung und Lehre immer weitere Aufgaben übernommen, die nun über das ganze Spektrum der Fächer und des Anspruchsniveaus hinweg bewältigt werden müssen. Solche Aufgaben reichen von Beiträgen zur Lösung verschiedenster gesamtgesellschaftlicher Probleme ökonomischer, ökologischer oder demografischer Art bis zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Sie reichen von der Sportförderung über eine Bereicherung lokaler Kulturszenen bis zur sozialen Integration von Migrantinnen oder sogenannten Senioren. Sie reichen vom „Innovationsinkubator“ für marktfähige Produkte und Dienstleistungen über die Funktionen einer Agentur für berufliche Weiterbildung bis hin zu dem, was im Klassifikationssystem der Krankenhäuser tatsächlich Supra-Maximalversorgung heißt.

Was ich mit diesen Wortkaskaden sagen möchte? Ich will einen Eindruck davon vermitteln, wie durchgreifend und rapide sich die moderne Forschungsuniversität in den wenigen Jahrzehnten seit der Ulmer Gründung gewandelt hat. Dieser Wandel dauert an. Und er führt in eine gesellschaftspolitische Lage, die wir uns noch vor wenigen Jahren nicht hätten vorstellen können und von der selbst bei einem Geburtstagsfest gesprochen werden muss.

2.

Schauen wir uns um: In nahezu allen europäischen Gesellschaften gewinnen reaktionäre und nationalistische Strömungen an Bedeutung, sind Ressentiment, Demokratieverachtung und Autoritarismus auch im öffentlichen Raum unüberhörbar geworden: Ein illiberaler Caesarismus macht sich nicht nur in der Türkei, in den Balkanstaaten oder Russland breit, sondern auch in den EU-Mitgliedsstaaten Ungarn und Polen. Xenophober Hass grundiert Politik und Gesellschaft auf anderen Kontinenten und an den Rändern Europas, aber auch in Deutschland, Österreich oder Frankreich. Der Glaube in die Legitimität der Europäischen Union, überhaupt das Vertrauen in übernationale Institutionen bröckeln – wie dramatisch, das hat das Brexit-Referendum ja vor Augen geführt. In besorgniserregendem Maße werden gesellschaftliche Klimata derzeit geprägt durch ein aggressives Beleidigtsein, das bei Putin oder Erdoğan, Trump oder Geert Wilders physiognomisch geradezu eingefroren ist; durch eine ressentimentgeladene Gereiztheit gegenüber allem Fremden, Anderen, Unvertrauten, gegenüber Pluralismus und Heterogenität moderner, ausdifferenzierter Gesellschaften und denen, die als ihre Eliten geschmäht werden; gegenüber der enormen Komplexität ihrer weltgesellschaftlichen Verflechtungen.

Ressentiment und Vulgarität des Stammtischs sind sozusagen selbst global geworden. Das Internet hat sich nicht zum Raum demokratischer Partizipativität entwickelt. Vielmehr funktionieren die, man muss sagen: a-sozialen Medien vor allem als Echokammern, die nicht meine Auseinandersetzung mit Unbekanntem befördern, sondern im Gegenteil die je eigenen Urteile und Vorurteile, Informationen und „alternativen Fakten“, Wutgefühle oder Verschwörungstheorien unterschiedslos verstärken und verdauern.

Und all diese algorithmischen und anderen Praktiken der Irritationsvermeidung machen sich in der gesamten westlichen Welt jene national-autoritären Populismen zunutze. Mit fehlgeleiteten und in die Irre führenden Vereinfachungen versprechen sie, die Komplexität der Wissenschaftsgesellschaft unterlaufen zu können, und befördern sie den Wahn, es wäre den Zumutungen der modernen Welt tatsächlich zu entkommen. Wenig überraschend daher, dass die Verächtlichmachung des sachlichen Diskurses, der methodischen Wahrheitssuche, der Begründungsbedürftigkeit von Wissensansprüchen zu diesen Populismen konstitutiv dazugehört. Und diese Wissenschaftsfeindlichkeit kann durchaus unterschiedlich auftreten, etwa in Form von Forschungsfeindlichkeit, wie sie sich als Leugnung des anthropogenen Klimawandels manifestiert oder als Polemik gegen die Gender-Forschung (hierzulande mittlerweile auch in organisierten Demonstrationen). Sie begegnet auch als Pseudowissenschaft, etwa des Neokreationismus oder des *intelligent design* in den USA, welche Grundprinzipien der wissenschaftlichen Methode gegen diese selbst richten, sich mit religiösem Fundamentalismus (etwa des ultraevangelikalischen *Discovery Institute*) verbünden und welche mit dem US-Vizepräsidenten Mike Pence

unterdessen auch das Weiße Haus zu kapern im Begriff sind; oder sie tritt auf als Experten-Bashing, wie im legendär gewordenen Fall jenes britischen Justizstaatssekretärs Michael Gove, welcher die vor dem Brexit warnende ökonomische Expertise zurückwies mit der Behauptung, das „Volk“ habe einfach „genug von Experten“.

3.

Ich deute hier gesellschaftliche Prozesse an, die rasant sind. Und besorgniserregend. Auch für Universität und Wissenschaft. Denn sie werden hier negiert! Nicht dass es immer schon um die personellen, finanziellen, administrativen oder organisatorischen Voraussetzungen universitärer Wissenschaft ginge. Oder im Einzelnen um ihre Problemdefinitionen, Methoden und Theorien, um die Ordnungen der Scientific Communities, der Infrastrukturen, der Kommunikationen und Medien von Wissenschaft. Wohl aber negieren die Populismen einen geistigen Habitus, ohne den sich Wissenschaft (wie wir sie kennen) nicht denken lässt und der daher auch in der akademischen Lehre kultiviert werden muss: eine wache Haltung der intellektuellen Neugier und Aufgeschlossenheit, der prinzipiellen Bereitschaft, sich durch die Welt und dasjenige, was andere über sie wissen, irritieren zu lassen.

Es ist konstitutiv für Universität und Wissenschaft, dass die Beobachtung der Welt nicht auf Wiedererkennungseffekte ausgerichtet ist, sondern auf die Durchbrechung unserer Erwartungen; dass wir bereit sind, die eigenen Annahmen über die Welt durch neue Phänomene, durch Neuebeobachtung bekannter Phänomene, durch konkurrierende Beobachtungen, Hypothesen, Theorien infrage stellen zu lassen; dass wir die Fähigkeit entwickeln, Vertrautes in Unvertrautes zu transformieren. Dass Äpfel nach unten fallen, ist nicht immer schon ein wissenschaftliches Problem, sondern erst seitdem Newton diesen trivialen Sachverhalt in eine komplizierte wissenschaftliche Denkaufgabe verwandelte. Es ist konstitutiv, dass wir Ungewissheiten und Fragen für wissenschaftlich belangvoller zu halten als Gewissheit und Antworten und dass wir wissen: Wissenschaftliches Wissen ist stets mit einem Zeit-, einem Ungewissheits- und daher einem Revisionsvorbehalt versehen; wie sollte anders die Suche nach neuem Wissen motiviert sein können. In der Wissenschaft gilt unser jeweiliges Wissen ganz grundsätzlich lediglich für jetzt und für uns. Und wir müssen stets damit rechnen, dass andere es jetzt schon oder wir selbst es künftig besser wissen können.

Auf diesen intellektuellen Habitus der Irritabilität zielt die moderne Forschungsuniversität. Ihn setzt sie voraus, ihn muss sie kultivieren, ihm muss sie Raum geben. Und *deswegen* muss sie streiten gegen die populistischen Vereinfacher und gegen gesellschaftliche Entwicklungen, bei denen intellektuelle Abweichung für illegitim erklärt wird und die Scheingewissheit grobschlächtiger Weltbilder an die Stelle höchst komplexer Wissensansprüche tritt; die die

Fähigkeit und Bereitschaft erodieren lassen, sich auf Unvertrautes einzulassen, Ungewissheit auszuhalten, mit Nichtwissen umzugehen. Sehr kurz ist der Weg von populistischer Ignoranz zu aggressiver Wissenschaftsfeindlichkeit. Wie kurz, das führen die *executive orders* des neuen US-Präsidenten oder die brutale „Säuberung“ der türkischen Universitäten überdeutlich vor Augen.

4.

Die Lage der Universität ist also komplex und herausfordernd. Und mit dem gegenwärtigen Wandel verändern sich zugleich auch ihre Verantwortlichkeiten. Die Frage ist nicht mehr allein: Was müssen Politik und Gesellschaft dafür tun, damit die Universität florieren kann? Es muss vielmehr auch in der umgekehrten Richtung gefragt werden: Wie können Universität und Wissenschaft für die pluralistisch verfasste Gesellschaft und den öffentlichen Gebrauch der Vernunft streiten? Was ist ihre Verantwortung? Und wie können sie ihr gerecht werden?

Diese Fragen sind schwierig. Denn es hülfe ja nichts, mit dem falschen Schlagwort vom „postfaktischen Zeitalter“ die gesellschaftliche Polarisierung weiter anzuhetzen, anstatt den Anspruch auf präzise Argumentativität aufrechtzuerhalten. Nutzlos auch, sozusagen mit dem Fuß aufzustampfen und zornig zu beteuern: Es *braucht* doch unsere Expertise! Es *gibt* aber Fakten! Der politische Einsatz von Lüge und Denunziation ließe sich dadurch ja kaum eindämmen.

Man muss also anders ansetzen. Wenn wir genau wüssten *wie*, dann müssten wir weniger beunruhigt sein. Zugleich dürfte die Erwartung einfacher Rezepte und definitiver Lösungen naiv sein. Konfliktlagen wie die populistische Aufheizung gesellschaftlicher Prozesse sind dafür bei Weitem zu komplex. Dennoch lassen sie sich bearbeiten. Und dabei gibt es auch für Wissenschaft und Universität Handlungschancen.

Sie zeichnen sich überall dort ab, wo die Wissenschaften selbstbewusst von dem Sachverhalt ausgehen dürfen, dass sie eine spezifische Indirektheit des Weltverhältnisses pflegen: Forschung nimmt Abstand von ihren Gegenständen, eben um sie erkennen zu können. Sie lässt sich durch die Welt und durch unzählige Weltausschnitte irritieren. Sie staunt, wie man an ihrem Beginn von ihrem Beginnen gesagt hat. Sie setzt einen prinzipiellen Abstand des Beobachters vom Beobachteten voraus. Und wo solcher Abstand nicht a priori gegeben ist, da wird er von der Wissenschaft methodisch hergestellt: Naturwissenschaft organisiert ihn durch standardisierte Beobachtung und experimentelle Wiederholbarkeit; mathematische Modelle erreichen ihn durch formale Abstraktion; quantitativ-empirische Forschung etwa durch Statistik; geistes- oder kulturwissenschaftliche Erkenntnis auf den Wegen der Hermeneutik – dadurch also, dass sie das Verstehen methodisch für unwahrscheinlicher halten als das Missverstehen.

Was sich also als geistiger Habitus der Irritabilität eigentlich ausprägt, ist das Prinzip der Wissenschaft, ein Modus kritischer Distanzsetzung zur Welt zu sein. So eröffnet sie die Räume, in denen sich individuelle wie gesellschaftliche Reflexionsfähigkeit, präzises Argumentieren und gelassene Urteilkraft bilden können. So schafft sie die Möglichkeit zur kritischen Überprüfung von Wissensansprüchen, zum Aufbrechen von Sachzwängen und zur Eröffnung von Handlungsalternativen.

Dabei bin ich durchaus nicht so naiv zu meinen, Wissenschaft selbst könne Populismen eindämmen oder verhindern; das muss die Bürgergesellschaft schon selbst machen. Wohl aber können Forschung und akademisches Studium ihren Teil dazu beitragen, eine Haltung der Offenheit gegenüber dem Unvertrauten einzuüben: die neugierige Bereitschaft, sich von fremdem Wissen produktiv irritieren zu lassen; jenen Gebrauch aufgeklärter Vernunft, der das Wichtigste ist, was sich den inhumanen Vereinfachern entgegensetzen lässt.

5.

Dies freilich bleibt an Voraussetzungen gebunden. Die vermutlich wichtigste ist dabei, dass in der Wissenschaft selbst der intellektuelle Pluralismus der Denkstile und Forschungspraxen, der Theoriehorizonte und Weltzugänge gewährleistet und gepflegt wird, der strukturelle Pluralismus einer disziplinär und modal vielfältigen Forschung. Der wichtigste Ort aber, den die Gesellschaft dafür hat, dafür also, den Einheits- und Schließungsphantasmen der Populismen die integrative Kraft des offenen Pluralismus entgegenzustellen, das ist die Universität. Anders als die auf je bestimmte Aufgaben spezialisierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen setzt die Universität die Wissenschaften in ihrer disziplinären und modalen Vielfalt miteinander ins Verhältnis; steht sie ein für den intellektuellen Pluralismus der Wissenschaften.

Was das heißen kann, will ich in viererlei Hinsicht kurz andeuten:

Von der Energiewende bis hin zur Digitalisierung, von Gesundheit und Welternährung bis zum Klimawandel – die Herausforderungen der globalisierten Welt sind immens. Universitäre Wissenschaft fasst diese Herausforderungen als Forschungsprobleme und entwickelt dafür technologische Bearbeitungsformen. Zugleich indes gibt es keine Instanz, die so konsequent wie sie mitreflektieren kann, dass diese *grand challenges* nicht ausschließlich auf naturwissenschaftlich-technische Fragen reduziert werden können, sondern dass sie aufs Engste mit Ökonomien und Lebensstilen, mit Machtfragen, Normativitäten und kulturellen Sinnkomplexen verquickt sind und dass jeder Versuch, ihre technischen und ihre sozialen Dimensionen gegeneinander auszuspielen, uns an diesen Herausforderungen wird scheitern lassen.

Ein zweiter Aspekt hängt hiermit direkt zusammen: Forschung und Studienprogramme der Universität reagieren auf jene technischen, ökonomischen, ökologischen, sozialen, medizinischen, demografischen, intellektuellen und andere Probleme, mit denen die Gesellschaft sich konfrontiert sieht. Sie sind insofern gesellschaftlich relevant. Und es gibt innerhalb der Universität wie mit Bezug auf ihre Institutionalisierung und Finanzierung Entscheidungszusammenhänge, in denen solche Relevanz ein wichtiges Kriterium ist. Zugleich muss die Universität allerdings darauf insistieren, dass es ihr nicht allein um die Relevanz derzeit aktueller und bekannter gesellschaftlicher Aufgabenstellungen gehen kann, sondern dass es ihr auch um jene künftigen Herausforderungen gehen muss, die man noch gar nicht kennen kann. Die Erfüllung direkter Leistungserwartungen ist nur die eine Seite der gesellschaftlichen Funktionalität von Universität. Die andere liegt in der Produktion eines Wissens, das tatsächlich neu ist im Sinne einer Nichtvorhersehbarkeit; in der Vorbereitung auf eine Zukunft, von der allein gewiss ist, dass sie gesellschaftliche Erwartungen durchbrechen wird. Diese Fähigkeit zur Innovation setzt stets auch eine gewisse Freiheit von außeruniversitären Zwecksetzungen voraus. Der Freiheitsanspruch der Universität ist funktional.

Diese paradoxe Spannung zwischen Freiheit und Leistungskraft, drittes Stichwort, muss in der Universität verwaltet werden. Das ist eine besonders komplexe Administrationsaufgabe. Diese hat es mit einer herausfordernden Vielfalt von Funktionen, Leistungserwartungen und Entscheidungskriterien zu tun, die sich – anders als in einer Wirtschaftsunternehmung – gerade nicht entlang eines einzelnen Parameters vereinheitlichen lassen. Der Reduktionismus von Zielindikatoren, Rankings und des Evaluationswesens, die Betrachtung der Universität als „Sanierungsfall für Unternehmensberater“ (Jürgen Mittelstrass) ist deswegen für ein angemessenes konzeptionelles Selbstverständnis der Universität riskant. Kluge Administration und weitsichtiges strategisches Handeln der Universität sind wichtig. Nicht ersetzen aber können sie den Diskurs darüber, welcher Idee von Universität dieses Handeln heute und in Zukunft folgen könne.

Ich habe anzudeuten versucht, dass für diese Idee der Universität meiner Auffassung nach das Prinzip der produktiven Irritation konstitutiv sei. Und das heißt, in der Universität muss verwaltet werden, was sich der Verwaltung, nämlich der Herstellung von Einheitlichkeit und Erwartungssicherheit, seinem Prinzip nach immer auch entziehen muss. Nicht aber allein vonseiten der Verwaltung kann der Habitus der Irritationsbereitschaft insofern unter Druck geraten. Es gibt auch Gefährdungen, die sich freilich bei uns erst in einzelnen Beispielen ankündigen, die sich aber etwa im amerikanischen *higher education sector* verbreitet manifestieren. Ich spreche von einem Zwangssystem verabsolutierter *political correctness*, das in Wahrheit einen Kult des Gekränktheits (Georg Seeßlen) etabliert und die Räume der intellektuellen Auseinandersetzung schließt: Mexikanische Hüte oder Indianerfedern als Halloween-

Verkleidung – an der Yale University Gegenstand erbitterter Universitätskämpfe; Seminarankündigungen, die nicht darauf hinweisen, dass selbst die Klassiker Texte hinterlassen haben, in denen Gewalt und Sexualität, Unterdrückung und Verachtung allgegenwärtig sind – an den meisten Universitäten längst ausgesprochen heikel; Lehrthemen, welche die Gefühle anderer verletzen könnten, und welches Thema könnte das nicht – am ehrwürdigen Oberlin College Gegenstand einer offiziellen Verbotsdirektive.

Hierbei, bei solchen *trigger warnings* vor vermeintlichen *micro aggressions* geht es längst nicht mehr um Rücksichtnahme und Dezenz. „Es geht um eine Zensur der missliebigen Wirklichkeit.“ (Jens Jessen) Ganze Studierendenkohorten erheben da den Anspruch auf ein Studium als Raum der Irritationsfreiheit. Hiergegen muss die Universität betonen, dass Forschung, Lehre und Studium ohne Irritationsbereitschaft nicht zu denken sind; dass Bildungsprozesse darin bestehen, dass ich meine Präferenzen, mein Weltverhältnis, mein Wissen gerade nicht bewahre, sondern dass sie sich verändern. In der Universität ist die Konfrontation und Auseinandersetzung mit dem Anderen, dem Unvertrauten, dem Irritierenden, dem Fremdem zumutbar. Ohne diese Zumutung gibt es sie gar nicht.

6.

Diese Zumutung ist nicht allein ein Prinzip der Universität. Sie ist zugleich ihre gesellschaftliche Verantwortung. Denn ohne diese Haltung reflektierter Irritationsbereitschaft ist nicht nur moderne Wissenschaft undenkbar, sondern ebenso die pluralistische Gesellschaft und ihr demokratisch-repräsentativer Verfassungsstaat. Für sie – und gegen das populistische „Beliebigkeitsdenken“ (Bernhard Pörksen) im Netz und auf der Straße – zu streiten, liegt im ureigsten Interesse der Wissenschaften: Einbringen können sie in diesen Streit ihr Eingeebtheit ins systematische aufgeklärte Denken und in den gelassenen Umgang mit Unvertrautem, mit Unbestimmtheit und Komplexität. Streiten aber müssen – und können! – sie für die pluralistische Gesellschaft und die konstitutionelle Demokratie, weil das zivilisierte, das kühl argumentierende und Alternativen anerkennende Streiten zum Wichtigsten gehört, was sich der populistischen Aufheizung des gesellschaftlichen Klimas entgegensetzen lässt. Dieses Streitenkönnen ist die unhintergehbare und ermutigende Zumutung moderner Wissenschaften, freier Gesellschaften und legitimer Politik.

Die Universität ist einer der besonders wichtigen Orte, an denen mit dieser Zumutung umgegangen wird zum Besten der Gesellschaft, die die Universität trägt. Sie war es hier in Ulm im zurückliegenden halben Jahrhundert. Und sie wird es auch in den kommenden 50 Jahren sein. Das jedenfalls ist der wichtigste Wunsch, den ich mir zum Universitätsgeburtstag denken kann. Dafür lohnt sich jede und aller Anstrengung.

Truth – Impact – Power

The Impact of the Humanities and Social Sciences – Discussing
Germany and Japan, Keynote, Tokyo, 13. November 2017

I. Exposition on Science – *The Endless Frontier*¹

Vannevar Bush's report from July 1945 entitled *Science – The Endless Frontier* is one of the most influential science policy paper ever written and it became the foundational text for the idea of "basic" research. Being tasked with drawing a blueprint for a nationwide US-research funding system, Bush succeeded in finding a compromise between active hostility on the part of the scientific community to the acceptance of federal support, stemming from unease about the control that such support might bring, and the political expectation that research funding should impact on the nation's welfare.

He found this compromise between scholarly autonomy claims and political impact claims by moving from the concept of pure science to the notion of basic science and thus temporalising the tensions between autonomy and impact. The metaphorical field of "purity" is substituted by an architectural metaphor: autonomy is the present basis for future impact.

Bush, as we see, employs the logic of "postdated utilitarianism"² or, what is tantamount, the "linear concept". He assumes that the discoveries made by basic research will by the time automatically turn into technological, medical or social progress. And thereby he seems to be able to satisfy both the scientific community's calls for "freedom of inquiry" and the socio-political need for impact and accountability in public spending.

II. Symptoms of a crisis

Daniel Sarewitz in his last year's article in *The New Atlantis* has shown quite nicely, that the argumentation Bush employs "provided a politically brilliant rationale for public spending with little public accountability. Politicians de-

1 Vannevar Bush: *Science – The Endless Frontier*. A report to the President on a Program for Postwar Scientific Research. Washington 1945.

2 Steven Shapin: *The Scientific Life. A Moral History of Late Modern Vocation*. Chicago 2008, p. 43.

livered taxpayer funding to scientists, but only scientists could evaluate the research they were doing.”³ The obvious matter Sarewitz is referring to is the idea that the freedom of inquiry is only justified if researchers act responsibly vis-à-vis the scientific community and society at large.

It is not surprising, then, that Sarewitz draws attention to a survey of researchers by *Nature*-journal from 2016 which “shows that 80 percent or more believe that scientific practice is being undermined by such factors as ‘selective reporting’ of data, publication pressure, poor statistical analysis, insufficient attention to replication, and inadequate peer review.”⁴

In fact, there are numerous examples and symptoms of dysfunctionalities within the research system (including those from fraud that plague modern science). To some degree, they have to do with individual misconduct, but at the same time, they have systemic dimensions.

In any case, losing the trustworthiness of research undermines public acceptance of the freedom of inquiry. What is at stake is nothing less than the credibility of the research system as a whole: a trust crisis.

Equally important for the relation between science and society is a second aspect. Researchers are (and the research system as a whole is) called upon to be critically reflective when expressing the extent to which science can help find truth and solve problems. It is not helpful to embellish, to exaggerate, or to raise expectations that cannot be met.

The desire to do so is all too understandable on the one hand: Society’s expectations of the impact of science and research are increasing rapidly while the trust put in them is not. Thus, the pressure grows to prove the direct and short-term societal impact of invested funds. And it’s only natural that the research system responds to this with promises of immediate practical benefits.

However, this leads into a spiral of one-upmanship between impact requirements and impact promises. But impact promises, that cannot be kept, produce credibility gaps. Credibility of and trust in scientific and scholarly knowledge and the methods of gathering it can only be gained if we also talk about the limits of knowledge claims. This, however, is something that the author of *Science – The Endless Frontier* neglected to address – at the expense of the system that he wanted to build up.

3 Daniel Sarewitz: Saving Science. In: The New Atlantis. Spring, Summer 2016, pp. 5–40 (p. 7).

4 Ibid., p. 20.

III. Truth and Power in the Age of Populism

Internally irresponsible research and externally exaggerated promises and unrealistic expectations: these are symptoms of dysfunctionalities *within* the research system and they threaten a healthy relationship between science and society.

This becomes all the more dramatic today, as we recognise an increasing tendency of politicians to provide easy answers to difficult questions in order to win the popular vote. This behaviour is what threatens a healthy relationship from *outside* the research system.

These politicians take science and research as an object of insinuation. They massively spread distrust towards the experts while deliberately hindering an open exchange of arguments, which has been the standard in liberal societies. It's the inversion of what the Frankfurt School called the *dialectics of enlightenment*: Sound arguments of educated people paradoxically lead to nothing than resentments against education and against a decent quality of reasoning (Karsten Fischer). I am speaking of what could be called populism. And what it leaves behind is the order of *alternative facts*. In such an order, validity does not derive from truth but from power.

To be certain, the problem with *alternative facts* is not that others interpret information differently than we do. This is the pluralism of modernity. Nor is the problem that a president's *war against the media* would obscure the distinction between truth and lies. On the contrary, this distinction is always presupposed; otherwise, the talk of *fake news* would be impossible.

The idea of a "post-truth era" is therefore not only misleading,⁵ but dangerous. It does not disclose the fact that terms like *fake news* and *alternative facts* are causing a substantial political shift: Instead of referring to an objective world as a legitimate source of understanding, populists and autocrats define the reference to power as the only legitimate source of understanding.

Truth becomes a function of power. It asserts, that those, who own power and those, who follow them, even own the truth; all the others are liars.

In response to this, however, one cannot simply inverse this logic; power must not become a function of truth. This would be the scientocratic fallacy – a stance that can be met, partly, in the context of the March for Science or extensively in books like Shawn Ottos 2016 volume *War on Science*. However, the scientocratic approach is not the right answer to the profound shift in the rela-

5 Cf. Ralph Keyes: *The Post-Truth Era. Dishonesty and Deception in Contemporary Life*. New York 2004.

tion of truth and power in the age of populism. Modern sciences are pluralistic in themselves. They do not provide certainty but instead generate methodologically reliable knowledge. The sciences and humanities tell us what the case *is* and what that means. They cannot tell us what the case *should be*.

Unaware of this, the scientocratic response, however, confuses unambiguous facts with ambivalent political consequences. It forgets that what is evident for me is by no means evident for everybody else. Most importantly, it does not see that political power is legitimated not through truth but through majorities and the constitution.

Scientocratic tendencies are simply mirroring the anti-pluralism of the worldwide populisms.

IV. Science and Society beyond the Bush-Narrative

If Vannevar Bush's ambition to institutionalise the "freedom of inquiry" can be embraced, then we should also recognise that the autonomy of researchers is nothing natural but hinges on a broader public consent.

And the best way to further this consent is an academic attitude of self-limitation and self-distance, by being honest and modest. This attitude is what matters likewise in an open and pluralistic society, in a constitutional democracy and in all areas of research.

The particularity, i.e. the pluralism of scientific and scholarly expertise, the principle of a method-based scepticism, the impossibility to derive normativity from factuality – this is what shapes the space of modern research. We should cultivate it for the best of societal trust in the scientific endeavour.

Society, researchers, and research managers all believed in the Bush narrative, however, as it was designed to please everyone. However, things may have changed. Dysfunctionalities within the research systems as well as exaggerated promises of economical, societal or medical impact come with the risk of corrupting both the research system and the socio-political perspective on it.

An indicator of this is the recent upsurge of anti-intellectualist and anti-scientific movements throughout the globe, ranging from the latest US presidential election and the developments since then, to debates around the Brexit referendum in the UK, to the parliamentary strength of national populist parties throughout Europe, or to President Erdoğan's purge of the Universities in Turkey.

If, in the age of populism, external pressure on the research system is increasing, then we should pay attention even more to the standards of good scientific practice and to exercising modesty when it comes to promising societal impact.

However, it is hard to build institutional research funding on a public consensus based on promises and expectations, which can always be disappointed. There is too much risk in such a rationale – a risk that Vannevar Bush was ignorant of. It is time for a new thinking on the multiple and complex relations between society and research.

V. Humanities and Society

Now: What has all this to do with the social sciences and humanities, one might ask. And a first answer to this question would be: A lot, insofar, as they are academic disciplines as all the other academic disciplines. Responsible research, adequate descriptions of their multiple and complex, yet often indirect and long term societal functionalities is as important in the humanities' field as it is for the natural sciences.

And this leads us to a second step, which has to be a criticism of current legitimizers for the humanities, which in most cases refer to a widespread thesis: namely that it is up to the humanities to intellectually compensate, what the sciences have produced (or perpetrated), and are still producing, in the process of modernising the world. The most well-known version of this functional description of the humanities, at least in Germany, is probably the so-called theory of compensation by philosopher Odo Marquardt⁶: "The more modern the modern world becomes," he wrote entirely without irony, "the more unavoidable the humanities become." He believes that their task is to "compensate for the damage done by modernisation".⁷

Not only is there something offensive about this thesis, because it frames the humanities as profiteers of crisis: "the bleaker the circumstances, the brighter the prospects."⁸ It also takes a semantically defensive stance from the outset: Who would want to be nothing more than unavoidable? Moreover, within the particular critical tradition of Germany's educated middle class, this thesis can hardly interpret modernisation in any other way than as a loss of culture. And

6 Initially in a lecture before what was then still the West German Rectors' Conference on 5 May 1985 in Bamberg, Marquardt spoke of the "unavoidability of the humanities." (Reprinted in: Odo Marquardt: *Apologie des Zufälligen*. Stuttgart 2001, pp. 98–116.) One would like to know whether the circumstances of the lecture included any signals of ironic speech. Unlike Marquardt's famous neologism "Inkompetenzkompensationskompetenz" (incompetence-compensation competence), which displays its ironic mode also linguistically by exploiting the power of alliteration and German compound formation, the written record of the expression "unavoidability of the humanities" lacks such signifiers of irony (at best, the statement "the humanities are *rather* [emphasis P.S.] irreplaceable" (ibid., p. 98) could support an ironic reading), and the situational contexts of the lecture are lost. Reason enough to take Marquardt's expression as it has been received at any rate.

7 Freely translated from Odo Marquardt: *Apologie des Zufälligen*. Stuttgart 2001, pp. 98–116.

8 Freely translated from Hans Magnus Enzensberger: *Macht und Geist. Ein deutsches Indianerspiel*. In: *DIE ZEIT*, No. 15 (1988).

in this sense, it puts the humanities in a position of systematic secondarity. They “are at risk of becoming relaxation disciplines, part of a culture industry that does not solve any knowledge problems, but rather distracts from them [...]”.⁹

And this is where the compensation thesis is ultimately also factually incorrect. For what can “modernisation” mean within its context? Obviously: disenchantment, rationalisation, objectification, capitalisation, bureaucratisation, scientification, technicalisation. – And then we have to say that the modern humanities are both a prerequisite and a result of such social modernisation processes.¹⁰ How then are societies supposed to modernise, both technically and socially, without complex forms of self-distancing and systematical self-observation, and without continuous reproduction of these forms?¹¹

In a trivialised, instrumentalist-reductionist form, we encounter this problematic notion of the relationship between modern society and the humanities wherever the latter are not engaged as compensators, but rather as agitators of scientific-technological modernisation processes. They are expected to promote, through a kind of didacticism of progress, the social enforcement of technological modernisation.

The commonality of the two notions regarding the relationship between humanities and society – identified by the keywords “compensation” and “acceptance” – is that they reduce modernisation (excluding its sociocultural dimensions) to science and technology, presuming a disjunction between science and technology on the one hand and society on the other, in order to then impute the bridging of this hiatus as a functional principle of the humanities. In this respect, they are systematically underchallenged.¹²

In contrast, the humanities and social sciences are systematically overchallenged when, as is often the case, they are conceived benevolently as orientation disciplines. Because, on the one hand, this commits them unilaterally to the reduction of complexity: “Can this – reducing complexity, creating order, providing orientation – really be a specific strength of the humanities?”¹³

9 Freely translated from Jürgen Mittelstrass (with Wolfgang Frühwald et al.): *Geisteswissenschaften heute. Eine Denkschrift*. Frankfurt/Main 1991, p. 33.

10 Cf. Peter Strohschneider: *Reden und Vorträge des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates 2006–2010. Eine Auswahl*. Cologne 2010, p. 114.

11 Cf. Hermann Lübbe: *Geschichtsbegriff und Geschichtsinteresse*. 2. Ausgabe, Basel 2012, especially ch. 21; *ibid.*: Helmut Schelsky als Soziologie universitärer Forschung: Pragmatien organisierter Interdisziplinarität. *ZiF Bielefeld* 2013, pp. 73–88.

12 Henceforth according to Mittelstrass: *Geisteswissenschaften heute*, p. 36f.

13 Freely translated from Hans Ulrich Gumbrecht: *Wie deutsch kann die Germanistik sein?* In: Harmut Kugler (ed.): *www.germanistik2001.de. Vorträge des Erlanger Germanistentags*. Two Vols., Vol. 1, Bielefeld 2002, pp. 23–40 (p. 31).

On the other hand, it must presume that the reconstruction of social structures and semantics as such already possesses self-regulative, normative, evaluative power. And this, firstly, ultimately mistakes what is (or what has been) for what ought to be, and secondly, it presupposes that the humanities produce something like indubitable knowledge about the world as a whole. But this would no longer be modern scholarship, which must always allow for the possibility that there are others who already know better, or that we will know better in the future (methodological scepticism).

This, by the way, is apart from the fact, that even the assumption is obviously self-contradictory, that the world could be modern and at the same time be oriented from a single vantage point (namely that of the humanities, if it existed at all).

This means, however: As orientation disciplines, the humanities are given a specifically *premodern* epistemic form, one that was able to integrate academic knowledge and practical guidance. At the very least, to put it in more cautious terms, the knowledge of the humanities is being mistaken for those epistemic orientation complexes (in religion, law, morality, philosophy or art) that they are tasked to explore historically and systematically. And the conditions that enable any orientation in the world are being mistaken for this (normative, regulative, etc.) orientation itself. In contrast, the humanities by no means answer the question of how we should live. They do, however, answer the question of how this question of a good and just life has been answered in the past or could be answered in the future. As specifically modern academic disciplines, they thus keep virulent this question, but not an answer that promises orientation for the knowledge society.

What follows from the critique of the conceptualisation of the humanities as compensatory, acceptance-promoting or orientation disciplines – then – is this: They cannot simply claim expectations or promises of an instrumental usefulness – unless they are prepared to give up their status as modern academic disciplines. Rather, they must insist on methodological and functional indirectness, on complex reflection claims, on selectivity and uncertainty of their academic knowledge, whereas society expects from the humanities, if anything, the creation of direct and concrete meaning.

So this intricate situation can be neither easily remedied in epistemic terms nor institutionally circumvented by simply ignoring the trends toward the socialisation of research and academia. But it seems to me that this intricate, tense constellation could be processed in a concept for which the term “sense of what is possible”, a “sense of possibility” may not be entirely inappropriate.

VI. Sense of Possibility

The humanities’ knowledge claims rarely have direct functional relationships to the *reality* of business and society. However, these knowledge claims

are functionally related to the *possibilities* in the social sphere. We can see this when we consider the practice of research and teaching in the humanities. Because no matter what they do, the humanities develop, test, reconstruct and reproduce ways of relating to and interpreting the world. And thereby they keep the historical, cultural, normative, aesthetic alternatives to that which exists available to the knowledge society: historically remote or persistent forms of society, power, war or love; modalities of relating to oneself and to the world that are or have become culturally foreign; options of creating order that are unrealised here, now and amongst us; dynamics of the imaginary; visions of fictional worlds and societies; aesthetic disruptions of order.

In this sense, the humanities supplement the dictate of direct realities with the indirectness of alternative possibilities. And by doing so, they indirectly help society to know more and different things about itself than “what it can only learn through opinion polls”¹⁴, that there is thus also knowledge of reality other than mere opinions (which, moreover, reinforce themselves in statistical recursions or the echo chambers of social media). And they likewise ensure that there is also knowledge of what is possible other than that which dreams, imagination, aesthetic productivity or religious belief incorporate into current realities.

This other “possibility knowledge” is a methodically formulated and rational knowledge of what (in terms of cultural regions) is otherwise the case, of what was once the case (temporally), or what could be the case (modally), or all of these simultaneously, when the humanities explore what did not really exist at a different time in a different place but which is capable of being thought or imagined.

From this perspective, the specific function of the humanities is not to reduce the complexity or to resolve the contingency of society, but rather to maintain or even increase it; and even more so in the age of anti-intellectual populisms and regressive atavistic autocrats.

They are a way of countering the narrowing of perspectives that goes along with any reduction in complexity, with any selection of options for action, and thus with any decision.

They expand the realms of possibility for subsequent options and operations by maintaining and increasing complexity and contingency in the very mode that the knowledge society favours for itself as the most important form of access to the world: in the mode of methodical, rational, intersubjectively communicable knowledge production.

14 Freely translated from Thomas Schmid: Die Form ist die Mutter der Freiheit: Politik als Streit und Konsens. Zum Tode des Politikwissenschaftlers Wilhelm Hennis. In: Die Welt, 13.11.2012.

Qua humanities, the knowledge society therefore possesses the academic knowledge that things are neither random nor by necessity as they are. And that they could therefore be different than they are. In this respect, I would like to cite the most succinct description of these disciplines, Robert Musil's famous phrase: "If there is a sense of reality, there must also be a sense of possibility."¹⁵

And that there *must* be such a sense of possibility is true not only in a general categorical sense, because the category "reality" cannot exist without the category "possibility."

It is also true in a concrete functional sense: Research and academia in the humanities are among the most important ways in which the knowledge society can acquire complexity – and thus increase its wealth of possibilities, its abundance of alternatives.

If we wanted to be emphatic, we could therefore add that there would be no freedom without the humanities' academic sense of possibility, because without it we would not be able to choose between different options.

We might call this the societal impact of the claims for truth, which the humanities produce and reproduce academically. It is a sort of impact that is probably not measurable. But it is untrue, that this would mean, it were of less importance to the wellbeing of liberal societies than the outcomes of other research endeavours; or that it could be ignored by those, who work for the legitimacy of power under the conditions of the democratic state.

My argument has not been developed in fight against the enemies of liberal constitutional democracy. But it seems to me, that their crisis – of which the populist as well as the scientocratic anti-pluralism is a concerning symptom – indicates the need for the cultivation of this "sense of what is possible", with which the humanities are in charge. Without their contribution one could hardly imagine how to newly balance science and society under the conditions of shifting relations between truth and power.

¹⁵ Freely translated from Robert Musil: *Der Mann ohne Eigenschaften*. Berlin 1930, p. 16.

Ein nicht vorhersehbarer Erfolg

Begrüßung zur Feier des 50-jährigen Jubiläums des Programms
Sonderforschungsbereiche der Deutschen Forschungsgemeinschaft,
Bonn, 22. November 2018

50 Jahre SFB-Programm, das ist für uns heute Abend ein Grund zum Feiern, und was wir dabei feiern, ist das bemerkenswerteste Forschungsförderprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik.

Und das, obwohl dieses Programm klein anfang, mit wenigen SFB in ausgesuchten Fächern und sicherlich nicht mit der Erwartung, ein halbes Jahrhundert tragfähig zu sein (und womöglich noch ein zweites). Und über alle Wandlungen der Forschung und der Hochschulorganisation hinweg!

Sein in Dauer und Umfang nicht vorhersehbarer Erfolg hatte dennoch Gründe, und diese Gründe findet man einerseits im vorausschauend-planenden Werk des Wissenschaftsrates (WR), dessen „Empfehlungen“ 1967 allererst zur Programmeinrichtung führten. Vergessen wir nicht, dass es sich zunächst um ein Programm des WR handelte, mit dessen Umsetzung (wie jetzt ExStra oder NFDI) man zwar die DFG betraute, dessen Förderentscheidungen jedoch noch bis zur Jahrtausendwende formal durch Zustimmung des WR erfolgten.

Neben der planenden Hand des WR bedurfte es jedoch auch eines behutsam-weitsichtigen Korrektivs, um das Programm über die Jahre und Jahrzehnte anzupassen an sich wandelnde wissenschaftliche Zusammenhänge und ihre konkreten, forschungsstrukturellen Erfordernisse. Wie vielleicht kein anderes Förderinstrument steht das SFB-Programm daher nicht nur für eine gute wissenschaftspolitische Idee, sondern ebenso für ihre hervorragende Umsetzung.

Dass es nicht verfehlt ist, dies so zu sagen, liegt vor allem daran, wie dieses Programm begleitet wurde von Ausschussmitgliedern und Zuwendungsgebern mit Sorgfalt, Wissen und Umsicht, von Gutachtern und Gutachterinnen mit großem intellektuellen Engagement und zeitlichem Einsatz. Ihnen allen gebührt Dank und Anerkennung!

Hierzu gehört auch, wie man das Programm verwaltete, anpasste und weiterentwickelte. Und deswegen ist es mir eine ganz besondere Freude, Sie, sehr verehrter Herr Streiter, heute aufs Herzlichste willkommen heißen zu dürfen.

Über mehr als zwei Jahrzehnte nahmen Sie das Programm unter die DFG-Fittiche und haben sich um dieses in außerordentlicher Weise verdient gemacht. Um nur einen Aspekt hervorzuheben: Ihrem Beitrag ist es vornehmlich zu verdanken, dass die Variante SFB-Transregio überhaupt eingeführt wurde. Und wer die Komplexität im Begriff „Strukturbildung“ durchschaut, weiß ja, was das bedeutet. Und was anfangs von vielen auch infragegestellt wurde, macht inzwischen mehr als 20 Prozent der bewilligten SFB aus. Fortgeführt wurde Ihre Arbeit zunächst von Frau Konze-Thomas und heute von Herrn Wehrberger, und auch Sie beide heiße ich herzlich willkommen!

Am heutigen Tag feiern wir also den 50. Geburtstag dieses vorzüglichen Förderprogramms und das ist Anlass genug, zurückzublicken auf das Ergebnis einer recht einmaligen Konstellation von Forschungsentwicklungen und wissenschaftspolitischen Analysen Ende der 1960er-Jahre und auf die folgende Eigendynamik eines Programms, an dem man beobachten kann, was moderne Forschung heute ist: nämlich pluralistisch.

Erlauben Sie mir daher zu beginnen mit dem keineswegs Selbstverständlichen. Denn: Was im heutigen Zeitalter von universitärer Strategiefähigkeit und Profilbildung erwartbar ist, harrte Ende der 1960er-Jahre noch seiner Erschließung als Denkmöglichkeit und Handlungsspielraum. Zum Differenzierungsparadigma moderner Wissenschaftsorganisation nämlich schrieb der WR 1967 nicht frei von Dramatisierung:

„Die Entwicklung der Wissenschaft hat aber jetzt einen Verlauf genommen, der die Unterschiedlichkeit der Hochschulen zwangsläufig und unausweichlich macht.“

Entsprechend ging es in der SFB-Frühphase weniger um die Förderung bestimmter Projektideen als vielmehr um Anerkennung der Spezialisierung wissenschaftlichen Wissens und seiner Praktiken sowie der Differenzierung der hiesigen Forschungs- und Universitätslandschaft.

Mit der anfänglichen Einrichtung des SFB-Programms wurden WR und DFG somit zu Agenten einer zeittypisch sozusagen kybernetischen Forschungsplanung. Im Top-down-Verfahren wurden die Hochschulen aufgefordert, sich um den einen SFB pro Disziplin zu bewerben: von der Mediävistik (SFB 6 Münster: meine eigene wissenschaftliche Genealogie) über die Bildungsforschung bis zur Biochemie. Und während heute die Bewilligung von drei SFB innerhalb einer Ausschusssitzung zur selben Thematik nicht ganz unüblich ist, verstand man das Programm in seiner Frühphase gerade als Mittel, um inhaltliche Überschneidungen von Fakultäts- und Universitätsprofilen abzubauen.

Neben der Profilbildung ging es also auch um Konzentration und Großforschung auf Universitätsniveau. Dass man damit auch zu Konflikten unter den Standorten und ihrem wissenschaftlichen Personal beitrug, vermag man sich

vorzustellen. Folgender Auszug aus einem internen Protokoll vom Dezember 1967 mag dies erhellen:

„Bei der Besprechung der Lateinamerikanistik ergab sich [...] eine unerwartete Schwierigkeit daraus, dass die anwesenden Gutachter [...] plötzlich auf die Idee kamen, auch ihrerseits Sonderforschungsbereiche anzumelden.“

Immerhin fand diese Besprechung wieder zurück in geordnete Verhältnisse, schließlich:

„Da in der weiteren Besprechung das [...] verfolgte Ziel [...] völlig verloren-ging, mussten sämtliche Vertreter – auch die [...] Gutachter – aus dem Saal geschickt werden, um überhaupt wieder zu einem ruhigen Gespräch zu kommen. Man kam zu einer einstimmigen Beschlussfassung, alle diese improvisierten Anträge abzulehnen.“

Trotz dieser Wirren der Anfangsjahre etablierte sich das SFB-Programm schnell und stellte bereits Anfang der 1970er-Jahre den größten Einzelposten im Gesamtetat der DFG. Doch veränderte sich bald nicht nur die schiere Größe seiner Ausstattung, sondern mehr noch seine inhaltliche Programmatik. In dem Maße nämlich, wie sich Forschungsbereiche immer weiter ausdifferenzieren, kann dem ein starres Kategoriensystem vermeintlich feststehender Disziplinen immer weniger genügen.

Deswegen kam es allmählich zu einer Preisgabe der kybernetischen Gesamtforschungsplanung, und deswegen ist es nur konsequent, dass SFB inzwischen längst nach einem Bottom-up-Prinzip beantragt werden (Responsivität). Es sind neue Fragestellungen an den immer wieder anderen Konfigurationen der Disziplinen und Fachrichtungen, die die Anträge heute steuern.

Darüber geben mehr als 1000 bewilligte SFB innerhalb der vergangenen 50 Jahre ausgiebig Aufschluss. Und sie geben auch Aufschluss über verschiedene Spezialisierungen in unterschiedlichen Forschungsbereichen – anders hätte man die 1000 Bewilligungen eben doch planen können.

So entsprachen die Profile der ersten geisteswissenschaftlichen SFB denen ihrer Disziplinen. Anstatt sich in der Folge aber einfach in Subdisziplinen ausdifferenzieren, geschah etwas anderes, das man vielleicht als „Verkulturwissenschaftlichung“ dieser Fächer bezeichnen kann (Spezialisierungsabbau). Statt „Südasienforschung“ (1968) hießen SFB bald „Ritualdynamik“ (2002) und „Institutionalität und Geschichtlichkeit“ (1997); Titel also, deren Namen kaum Aufschluss geben über die beteiligten Fächer.

In anderen Forschungsbereichen handelt es sich vielleicht eher um Spezialisierungen im engeren Sinn: So von der „Meeresforschung“ (1971) zu „Umwelt-

veränderungen im nördlichen Nordatlantik“ (1985); von „Produktionstechnik und Automatisierung“ (1969) zu „Rechnergestützten Konstruktionsmodellen im Maschinenwesen“ (1982); von der „Theoretischen Mathematik“ (1969) zu „Nichtlinearen partiellen Differentialgleichungen“ (1987).

In wieder anderen Fällen scheinen aber weniger Spezialisierungen vorzuliegen als vielmehr Abstraktionen. So von der „Molekularen Biologie“ (1971) über die „Molekulare Bioenergetik“ (1997) zu „Kräften in biomolekularen Systemen“ (2010). Oder: von der „Genetik“ (1970) über die „Genexpression in Vertebraten-Zellen“ (1984) zum „Modularen Aufbau des genetischen Materials“ (1989), von der „Radioastronomie“ (1974) zur „Astro-Teilchenphysik“ (1995). Und schließlich: von den „Pathogenitätsmechanismen von Viren“ (1968) zur „Immunpathogenese“ (1985).

Eine Vielfalt an Entwicklungen in Forschungsbereichen spiegelt sich also in der SFB-Geschichte. SFB bilden solche Forschungsdynamiken nicht bloß ab, sie prägen sie mit, zuweilen initiieren sie sie sogar, auch dies ist „Strukturbildung“. Mit Freude und Zuversicht darf man jedenfalls darauf gespannt sein, welche künftigen Verschiebungen und Paradigmenwechsel, welche epistemischen Umbrüche und Fächerrekonfigurationen durch die SFB ermöglicht, befördert und institutionalisiert werden.

Das Förderinstrument der SFB, so will ich sagen, ist auch nach 50 Jahren kein bisschen in die Jahre gekommen: Allein in den letzten zehn Jahren hat der zuständige Bewilligungsausschuss Hochschulen landauf, landab zusätzliche Forschungen in Höhe von mehr als 5 Milliarden Euro ermöglicht und wie nur selten zuvor Methodenpluralismus gestärkt und Themenvielfalt akzentuiert.

Vielleicht ist es daher gar nicht so erstaunlich, dass das SFB-Instrument in der Vergangenheit nicht nur die Einführung anderer Programme erlebt hat – denken Sie an DFG-Forschungszentren oder Exzellenzcluster –, sondern dass es diesen Einführungen zum Trotz Stellung und Reputation hat behaupten können.

3.

Über Europa
und die Wissenschaften

Societal Challenges and Innovative Capacity: Future Perspectives on European Research and Innovation Funding

Keynote, Science Europe High-Level Workshop 2016,
Oslo, 3. Mai 2016

To provide further food for discussion, let me put forward three general arguments here on the future of European Research and Innovation funding.

1.

My first point: I think we should be very cautious with basing our funding policies in Europe on a narrow, economistic, and reductionist concept of Europe. Beyond academia, we can already see how much of a detrimental effect such a reductionist vision of Europe has on the process of European integration.

Just think of Europe's difficulties to work out a common responsibility and response to the refugee crisis and to develop a broader vision of European co-operation – difficulties that have created a severe crisis of legitimacy for Europe.

Or think of the return of national populisms and new forms of xenophobia across our societies. They apparently try to fill (by wrong concepts of course) the vacuum of rich cultural meanings that a purely economistic version of Europe leaves behind – and thereby puts the very idea of a broader, pluralistic, and integrative European union in danger.

Now, you might think that European research funding may be a completely different issue. And yet, here as well, we have to ask ourselves what kind of Europe we want.

Do we want a Europe which bases its research funding on the concept of an economistic reductionism and therefore limits its researchers to just finding “real solutions” to “real problems”, as Commissioner Carlos Moedas put it in a speech a few weeks ago?¹

1 Carlos Moedas: The future of market-creating research and innovation in Europe. 13. April 2016, Centre for European Economic Research (ZEW), Mannheim.

Do we want a Europe which pits impact-oriented research against curiosity-driven research rather than seeing both of them as essential and interrelated components of our research and innovation systems?

And so, do we really want a Europe which so dramatically *underestimates* the diverse and enormous social, economic, and cultural functionalities that research and science serve across our continent?

Well, it is up to us, the member organisations of Science Europe, to shape the Europe we want. And it is therefore vital and imperative for us not to underestimate the power and the importance of those principles and values that have been at the core of Europe's innovativeness for the last few decades: the pluralism of research horizons, methods, topics, and approaches that we have in Europe, as well as the balance between direct problem-solving and our commitment towards curiosity-driven research which is essential for that pluralism, and let's not forget, the freedom of our researchers to address questions of direct societal challenges, but also to ask those questions, about whose relevance society does know nothing yet and to choose their topics free of any direct economic, political, social or ideological stipulation.

Those principles are not (as commissioner Moedas put it) a "traditional constraint" towards fostering scientific innovations, economic growth, and European prosperity. Right to the contrary, they are the basis for the very success of this mission.

I am deeply convinced, therefore, that we should have a great interest not to reduce the functions of modern research to notions of an economic reductionism. Real innovation is not only about solving those problems we already know, it is also about detecting those problems we do not see yet. (Who would know anything about climate change without curiosity driven research?) It is also about coming up with ideas and approaches nobody expected and anticipated.

And so, we should take a great interest in fostering and nurturing the richness and plurality of approaches, of disciplines, of research fields, and of possible insights that research has to offer across Europe.

2.

Now, my second point is closely related to what I just said: in speaking about building more innovative capacity in Europe, we should not inflate the concept of impact.

With respect to scientific and scholarly knowledge, impact is a category in hindsight rather than with foresight; it is an *ex post*, not an *ex ante* category.

We can rarely anticipate how research projects are going to evolve, they may change focus, and they may come up with completely different results.

To be sure: It is legitimate and important to base funding decisions on criteria of impact where researchers set out to find direct solutions to direct societal problems. But we also have to acknowledge that there are wide areas of research where making expectations of future impact a category for funding decisions would impinge massively on the success of research, its performance, and its diverse and enormous social functionalities.

Perhaps, you allow me to share here the German experience. Today, Germany is undeniably doing well economically. Exports are up, as are tax revenues. Quite a few medium-sized companies are global leaders in innovation-triggered industries. But how do we foster a culture of innovation? The answer is simple: by having a significant segment of our research system where expected impact does not count in as a funding criterion at all.

Only about one third of Germany's public research expenditures goes into problem-, and impact-oriented research programmes determined by the government or into dedicated extra-university research institutes such as the Helmholtz or the Fraunhofer Institutes.

Two thirds go into the direct funding of university research, which, because freedom of research is anchored in Germany's Legal constitution, is then spent entirely according to the interest of the various researchers. And they go into the funding of organisations dedicated to fundamental, curiosity-driven research like the Max Planck Institutes or my own organisation, the DFG.

So, my point is: research in Germany does have such a societal impact, precisely because in very large sectors of our science and research system we do not use categories such as future societal impact or applicability as criteria for funding decisions.

And for European research and innovation funding, then, this might have two important consequences: First, we should not inflate the concept of impact beyond the field of programmed and applied research. And second, we should not underrate the importance of a climate for opportunities, the freedom to try new ideas which might sound unconvincing to others but still lead to major new insights and scientific breakthroughs.

3.

The very basis for such a climate of opportunity, I believe, is the diversity of Europe: the pluralism of the funding instruments that we have on a national, a bilateral, and a European level, their interrelationships, the possibility and variety of choice that they open for individual researchers.

Which leads me to my third and final point: To create a strong and competitive European area of innovation, we have to assure and strengthen the pluralism of our funding schemes and instruments across Europe. And this means, above all: In terms of research funding, we need balanced and pluralistic decision-making systems on a national level, but also on a European level. So, on each level, national and European, we not only need funding systems that base their funding decisions on criteria of social, economic, or political usefulness and future impact; we also need funding systems that make decisions by following criteria of academic novelty and scientific or scholarly relevancy.

And in addition to that, to assure pluralism, we also need a healthy balance between funding and research financing on a national as well as on a European level; and we need smart balances and interconnections on the level of bilateral funding collaborations and instruments.

It's those balances and interconnections, which create the climate of opportunities that our researchers need. They create the diversity in research styles that makes our continent flourish. And so, that's the Europe we should work for. It is also the principle for national-European level interaction.

Binnenspannungen und Zentrifugalkräfte in Europa

Rede auf der Festveranstaltung im Rahmen der Jahresversammlung 2016 der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Mainz, 5. Juli 2016

Europa wandelt sich. Und die Turbulenzen dieses Wandels sind dergestalt, dass sich die ganz großen Fragen kaum umgehen lassen: Wie wird es weitergehen mit Europa? In welchem Europa wollen wir Wissenschaft betreiben? In welchen europäischen Bildungs- und Forschungsräumen?

Wie und – wenn ja – was kann die Wissenschaft dazu beitragen, die Integration Europas zu einem weltoffenen, toleranten, friedlichen Kontinent zu befördern, der seine kulturelle Vielfalt als Voraussetzung von Lebensqualität, Legitimität und bürgerlichen Freiheiten versteht? Und als Voraussetzung sehr guter, produktiver Forschung! In welcher Gesellschaft also wollen wir leben?

Die meisten von uns, verehrte Gäste, entstammen einer Zeit, da Antworten auf diese Fragen vielleicht nicht unstrittig, aber doch klar waren. Zwei Weltkriege und die Erfahrungen von Shoa und industriellem Massenmord hatten die Gründerväter – und die wenigen Gründermütter – der alten Bundesrepublik davon überzeugt, dass die Gesellschaft als demokratischer Rechtsstaat geordnet werden müsse, fundiert und legitimiert durch das Grundgesetz und alsbald eingebettet in Strukturen des europäischen Zusammenwirkens, die auf Ausweitung und Verdichtung hin angelegt waren.

Die Tragfähigkeit dieser Ordnung erwies sich nicht allein über alle Zäsuren der bundesrepublikanischen Geschichte hinweg bis hin zur Wiedervereinigung und in die größer gewordene europäische Union hinein. Sie bewährte sich auch an der historischen Erfahrung fortschreitender Differenzierung und Pluralisierung der Gesellschaft.

Das International-, dann das Globalwerden vieler ökonomischer, technischer, sozialer, politischer und kultureller Bezugsordnungen öffnete die Gesellschaft nach außen und machte sie auch im Innern immer komplexer; deutliche Beispiele sind die Migrationspolitik und die großen Einwanderungsströme seit den 1950er-Jahren, noch mehr vielleicht die Expansion, enorme Differenzierung und auch Internationalisierung der Wissenschaften, die tief greifend zur gesellschaftlichen Modernisierung beitragen und das Gemeinwesen längst in eine Wissenschaftsgesellschaft transformiert haben.

Moderne Wissenschaftsgesellschaften sind pluralistische Gesellschaften. Sie sind durch eine unübersichtliche Vielzahl von Teilsystemen, Soziallagen, Wissensordnungen oder Sinnwelten gekennzeichnet. Und zwar in wachsendem Maße, sodass in diesem Pluralismus für die Einzelnen immer auch eine Zumutung stecken kann. Man muss einsehen – und zwar nicht erst in fremden Welten, sondern bereits im eigenen sozialen Nahbereich –, dass andere andere Weltverhältnisse pflegen; dass eigene kulturelle Selbstverständlichkeiten von anderen nicht geteilt werden oder ihnen fremd sind; dass wissenschaftliche und nicht wissenschaftliche Wissensformen miteinander konkurrieren; und dass die Wissenschaften ihrerseits eine sich hochgradig ausspezialisierende, sehr heterogene und vielstimmige Ordnung sind.

Pluralisierung geht also einher mit der Zumutung einer, wie Navid Kermani das einmal nannte, „Einübung ins Fremde“¹. Unentwegt sind dabei Irritationen, Ungewissheit, Unkenntnis zu verarbeiten. Das ist anstrengend und kostet soziale, intellektuelle, psychische Energie. Doch eine freie und friedliche Gesellschaft – und erst recht eine moderne Wissenschaftsgesellschaft – ist nicht zu haben ohne diese anstrengende Zumutung, die ihrerseits eine der großen zivilisatorischen Errungenschaften des modernen Europa darstellt.

Diese Errungenschaft ist in jahrhundertelangen, windungs- und opferreichen Kämpfen erstritten worden. Wir waren versucht, sie für selbstverständlich zu halten. In Wahrheit muss sie unentwegt neu verteidigt werden, gegenwärtig ganz besonders: Überall in Europa machen sich neue Nationalismen in einer Weise breit, die noch vor wenigen Jahren nur schwer vorstellbar gewesen wäre.

Quer durch die europäischen Gesellschaften gewinnen rechtsradikale und europafeindliche Parteien an Gewicht, prägen Xenophobie und ein längst überwunden geglaubter Ethnizismus die öffentliche Stimmungslage, während nicht nur in der Türkei oder in Russland, sondern auch mitten in der Europäischen Union, in Ungarn oder Polen, ein populistisch autoritärer Caesarismus die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen zu kapern trachtet und an der Erosion demokratischer Verfassungsstaatlichkeit arbeitet. Und es wäre gewiss naiv anzunehmen, dass etwa die Gesellschaft der Bundesrepublik gegenüber solchen Bestrebungen gefeit sei.

Und wie auf nationaler, so auf europäischer Ebene: Die Binnenspannungen sind unübersehbar, die Zentrifugalkräfte werden stärker. Das Brexit-Referendum ist ja lediglich der schockierende (bisherige) Höhepunkt der Krise. Die Legitimitätsschwäche der Europäischen Union ist unverkennbar, und ihre Handlungsschwäche auch. Man tut sich überaus schwer damit, seine Verantwortung für die Flüchtlingskrise zu definieren und eine gemeinsame Antwort

1 Navid Kermani: Einübung ins Fremde. In: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 269 (19.11.2013), S. 41.

auf sie zu finden; die Staatsschuldenkrise ist unterdessen keineswegs wie von selbst verschwunden. Gegenüber der Idee einer breit legitimierten, pluralistischen, integrativen Union dominiert zusehends ein reduktionistisches, ein bloß ökonomistisches Konzept dessen, was das vereinte Europa sei. Und in das Vakuum an kulturell gehaltvollen Bedeutungen, welches diese blasse Technokratie hinterlässt, stoßen über den gesamten Kontinent hinweg jene Populismen vor, welche – mit fehlgeleiteten und in die Irre führenden Simplifikationen – die Komplexität der modernen wissenschaftlichen Zivilisation unterlaufen und ihren Zumutungen aus dem Wege gehen wollen.

Zunehmend dominant wird im öffentlichen Raum das Ressentiment – gegenüber fremdem Aussehen, fremdem Wissen und fremder Religion, gegen Eliten und Experten (auch die der Wissenschaft), gegen die umständlichen Legitimierungsverfahren der repräsentativen Demokratie. Indem nämlich die Populismen erstens „Volk“ nicht als *demos*, sondern als *ethnos*, also als ethnische oder religiöse, gar (wie neuerdings der türkische Staatspräsident) als Einheit des Blutes vorstellen, jedenfalls – gegen jede Evidenz – als eine homogene Größe, und indem sie zweitens (der Kampf ums polnische Verfassungsgericht ist nur das nächstliegende Beispiel) diesen *ethnos* als Quelle einer Legitimität beanspruchen, die *über* Verfassung und Gesetz stehe, – indem sie so operieren, entkoppeln die Populismen Souveränität und verfassungsmäßige Ordnung. Konstitutionelle Demokratie droht zu einer Art von Ethnokratie pervertiert zu werden, einem Herrschaftstyp, dem die Instanzen des demokratischen Verfassungsstaats – wie in Rhetoriken der späten Weimarer Republik – nichts mehr sind als eben „herrschendes System“, „Altparteien“ oder „Lügenpresse“. Demagogie kann ziemlich direkt in Verfassungskrisen umschlagen. Wie direkt, das steht seit dem Brexit-Referendum wieder deutlich vor Augen.

Der Wandel von Kulturverhältnissen, den ich hier lediglich auf wenige Stichworte zuspitze, ist rasant. Und er ist erschreckend. Es lohnt also jede Anstrengung, ihm die Offenheit republikanischer Verfassungsordnung und die europäische Kraft der gesellschaftlichen Vielfalt entgegenzusetzen.

Was aber – so mögen Sie fragen – haben der technokratische Reduktionismus, was der die Verfassungskrise in Kauf nehmende Populismus mit der Wissenschaft zu tun? Ich meine: Geradezu alles! Denn sie negieren sie.

Ohne Neugier auf das, was ich noch nicht kenne oder weiß, ohne die Erwartung, dass neue Entdeckungen oder überraschende Einsichten meine Erwartungen durchbrechen würden, sind die Prozesse wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion nicht denkbar. Forschung setzt Aufgeschlossenheit gegenüber dem Neuen, dem Anderen, dem Unvertrauten voraus. Sie ist geradezu programmatisch darauf angelegt, infrage zu stellen, was wir über die natürliche wie über die kulturelle Welt zu wissen meinen. Wie anders sollte neues Wissen, sollte wahrhaft innovative Erkenntnis in die Welt kommen können? Nur eine

Gesellschaft, die bereit ist, sich durch das Andere, Unbekannte, ja Fremde irritieren zu lassen, kann und darf von Wissenschaft und Forschung die stete Erneuerung ihres Wissens erwarten – also: Innovationen. Eben deswegen sind, umgekehrt, Wissenschaft und Forschung pluralistische Veranstaltungen. Eben deswegen sind technokratische Uniformität und autoritär populistische Schließungen von Gesellschaft eine Gefährdung guter Wissenschaft; wie unmittelbar diese Gefährdung ist, das zeigen derzeit besonders eindringlich die Verfolgung Tausender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Türkei oder die Unruhen an den indischen Universitäten.

Wie sollte wissenschaftliches Forschen denn gut gelingen können in sozialen Kontexten, da intellektuelle Abweichung zum Vergehen erklärt wird, und die Scheingewissheit grobschlächtiger Weltbilder an die Stelle höchst komplexer Wissensansprüche tritt?

Sehr kurz ist der Weg von populistischer Ignoranz zu aggressiver Wissenschaftsfeindlichkeit, drapiere diese sich auch (wie bei Silvio Berlusconi oder Donald Trump) mit den jeweils neuesten technischen *gadgets*.

Die Fragen der Gesellschaft – nichts weiter wollte ich hier sagen – sind in der modernen technischen Zivilisation höchst direkt zugleich Fragen der Wissenschaft, ihrer Freiheit und ihrer Produktivität. Als normative Fragen lassen sie sich freilich wissenschaftlich nicht entscheiden. Dass sie für die Wissenschaft belanglos wären, heißt das allerdings keineswegs.

Dabei bin ich durchaus nicht so naiv zu meinen, Wissenschaft selbst könne Populismen eindämmen oder verhindern; dass muss die Bürgergesellschaft schon selbst machen. Wohl aber können Forschung und akademisches Studium als in der Wissenschaftsgesellschaft sich ausbreitende Praxis ihren Teil dazu beitragen, eine Haltung der Offenheit gegenüber dem Unvertrauten einzuüben, die neugierige Bereitschaft, sich von fremdem Wissen produktiv irritieren zu lassen.

Das ist vielleicht nicht viel, nichts aber ist es nicht. Es ist jenes unabschließbare Programm, das einmal den stolzen Namen „Aufklärung“ trug.

Mit ihm ist indes die Idee moderner Wissenschaft noch immer verbunden. Nur mit neugieriger Offenheit kann sie neue Einsichten über die und Handlungsoptionen in der Welt produzieren. Nur so kann sie dazu beitragen, dass die Gesellschaft mehr und anderes über sich, über ihre Herkunft wie ihre Zukunft weiß als jene Ressentiments, die sich in den Endlosschleifen der Talkshows oder den Erregungswellen der Social Media unentwegt selbst bestätigen: Was wüssten wir ohne moderne Wissenschaft schon über Voraussetzungen und Funktionieren unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens? Was über den Klimawandel? Wie sollte unsere Gesellschaft ohne Wissenschaft überhaupt mit

den Zumutungen ihres strukturellen Pluralismus und den Anforderungen einer immer komplexer werdenden Welt umgehen können?

Des enormen Gewichts moderner Wissenschaften sind wir gewiss. Freilich: Sie bleiben an Voraussetzungen gebunden, die sich keineswegs von selbst verstehen. Die vermutlich entscheidende ist dabei, dass auch auf der Ebene der Forschungs- und Wissenschaftssysteme selbst der strukturelle Pluralismus der Institutionalisierungs- und Finanzierungsformen von Wissenschaft ebenso gewährleistet und gepflegt wird wie der intellektuelle Pluralismus der Denkstile, der Problem- und Theoriehorizonte, der Erkenntnistraditionen und Forschungspraxen.

Neues Wissen, also die *Umordnung* der gegebenen Wissensbestände, setzt immer auch kognitive Unordnung voraus. Und die entwickelt sich am besten in pluralistischen Forschungssystemen. Keine gute Forschung ohne wissenschaftskulturelle Diversität! Und dies führt uns nun zum Schluss wieder nach Europa und zu seiner aktuellen Wissenschaftspolitik. Diese setzt nämlich auf ein gänzlich utilitaristisches Konzept der Vereinheitlichung. Sie schränkt Forschung immer stärker auf „real solutions“ für „real problems“ ein, wie der zuständige Kommissar Moedas² das formulierte, und sie bereitet so den Boden dafür, dass sich auch in den Institutionen der europäischen Wissenschaft und Forschung jener ökonomistische Reduktionismus einnisten kann, von dem ich vorhin sprach.

So droht diese Politik jene Prinzipien preiszugeben, welche sie für „traditional constraints“ hält, welche indes in den zurückliegenden Jahrzehnten tatsächlich Europas wissenschaftliche Leistungskraft und Innovationsfähigkeit gerade begründet hatten: den Pluralismus der wissenschaftlichen Horizonte, Methoden, Themen und Ansätze, die Spannung von Wahrheits- und Nützlichkeitsbezug der Forschung, die Unabhängigkeit gegenüber direkten wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen oder ideologischen Vorgaben.

Tut die europäische Forschungspolitik wirklich gut daran, *impact*-orientierte Forschung gegen wissenschaftliche Neugier auszuspielen und so die vielfältigen und enormen gesellschaftlichen Funktionen von Wissenschaft dramatisch zu unterschätzen? *Impact* in der Forschungspolitik: Das ist in der Regel ja nichts anderes als (unsichere) *impact*-Erwartung.

Sie ist legitim und wichtig, wo Forschung auf klar definierte gesellschaftliche Problemvorgaben hin direkte Lösungen zu erarbeiten sucht. Doch diese Erwartung zum Kriterium der Forschungsförderung überhaupt zu hypostasieren,

2 Carlos Moedas: The future of market-creating research and innovation in Europe. 13. April 2016, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim.

würde die gesellschaftliche Leistungsfähigkeit moderner Wissenschaft massiv beschränken.

Nicht weniger falsch wäre es, europäische Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung auf technologische Innovativitätssubventionierung und regionale Strukturpolitik engzuführen. Vielmehr käme gerade in unserer gegenwärtigen Lage alles darauf an, auch in Wissenschaft und Forschung den kulturellen und intellektuellen Reichtum der europäischen Gesellschaften zur Geltung zu bringen und eben auf diese Weise die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Funktionalitäten moderner Wissenschaft zu entfalten.

Dies setzt sodann allerdings voraus, dass, auch in der Wissenschafts- und Forschungspolitik, die Europäische Union gegenüber den nationalen Ordnungen subsidiär ist (und bleibt) – nicht umgekehrt.

Und ganz konkret: Fördersysteme sollen wohl Qualitätsstandards teilen, nicht aber die Offenheit wissenschaftlicher Erkenntnisprozesse einschränken; sie müssen auf nationaler wie auf europäischer Ebene – und im Verhältnis der beiden zueinander – klug ausbalanciert sein; sie haben der Idee eines gemeinsamen europäischen Forschungsraums zu folgen, welcher nicht die Schließung von wissenschafts- und forschungskulturellen Optionen und Erkenntnisorientierungen in Kauf nimmt, sondern vielmehr die Wirkungskraft und den Wirkungsreichtum moderner Forschung zu steigern ermöglicht.

Worum es also geht, das ist die Idee eines Europas, das auch in der Forschungsförderung auf die integrative „Kraft des Pluralismus“³ setzt, auf die intellektuelle und wissenschaftskulturelle Vielfalt Europas, ohne welche die wahrhaft weltumgestaltende Kraft europäischer Wissenschaft undenkbar wäre.

An einer solchen Europäisierung der Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung sollten wir arbeiten. Sie wäre nicht zuletzt ein Beitrag dazu, jene Legitimationsschwäche zu beheben, die in der aktuellen Krise Europas unübersehbar geworden ist.

Eingangs hatte ich danach gefragt, in welcher europäischen Gesellschaft wir Wissenschaft betreiben wollen. Diese Frage ist freilich nach wie vor offen. Immerhin erinnert sie daran, dass der friedliche Zusammenhalt Europas, dass der demokratische Verfassungsstaat, dass neugierige Offenheit gegenüber der unabsehbaren Vielfalt von Weltsachverhalten und dass schließlich der „strukturelle Pluralismus“⁴ der europäischen Wissenschaftskulturen, dass all dies

3 Rudolf Stichweh: „Probleme einfach undefiniert“. In: DUZ Magazin, Nr. 5/2016, S. 24–26.

4 Vgl. Hans-Georg Soeffner: Fragiler Pluralismus. In: Ders., Thea Boldt (Hrsg.): Fragiler Pluralismus. Wiesbaden 2014, S. 207–225.

weder voneinander zu trennen wäre noch von selbst sich versteht. Vielmehr muss es unentwegt reproduziert und zäh verteidigt werden – zum Besten einer freien und aufregenden Wissenschaft und Forschung sowie zum Besten einer offenen Gesellschaft, die diese Wissenschaft zu ihrem eigenen Wohle unterhält.

Poland, Germany and the Future of Research in Europe

Keynote, First German-Polish Science Meeting (GPSM),
München, 15. Mai 2017

If there is one thing we can learn from our common Polish-German history, which has always been everything but easy, then it most likely culminates in Szczepan Twardoch's recent novel *Drach*, published in 2014. In this award-winning epic, the reader perceives the events of the 20th century from the perspective of the soil, hence from an indifferent perspective.

By digging into the book, the reader is immersed in the substance on the surface of the Earth, where plants grow, where all blood spilled runs to, where bodies lay down for their final rest. Moreover, and not quite beside the point for Twardoch, where miners go to work. However, none of this matters to the soil, although in reading *Drach* one comes to realise just how much all this matters for us human beings. In this regard, *Drach* is a multigenerational and panoptic view of what matters so much to our modest human existence. At the same time, it tells a lot about our Polish-German history, the story being located in the area of Upper Silesia, close to Gliwice, where the villages changed their names almost every decade at the beginning of the last century. Obviously, the question raised by Twardoch is the question of identity: Who are we and where do we belong? What are the threats of identity that we should avoid and what are the challenges that we must face?

According to Twardoch, the tragedy of identity is that people do not generally regard their identity as being in conflict with that of others, but often suppose that others do so. Violence is therefore shown to consist in a vicious circle of fear and distrust where supposed identities at the end of the day are unimportant – at least seen from the perspective of an all-swallowing soil. For the killing on the battlefields and in civil war, however, supposed identities are all that counts, as Twardoch lays out in its entire absurdity.

Let me state quite clearly: Our grown cultural identities, in their plurality, they are also what makes Europe a special place. However, there is still something to learn from Twardoch's novel, namely that what is happening nowadays – the populist call for identity in the name of an ethnically homogenous community defined by origin and mindset – is nothing natural. So the basic contradiction that Twardoch presents is precisely that which exists between

one natural identity and plural cultural identities, and what he tells us is this: there is no natural identity; there are only identities that have developed over time and continue to do so. This ongoing development is unthinkable without individual freedom, and freedom itself is unthinkable within a naturally given identity. Because there is no such thing as a naturally given identity, we are, as Sartre already put it, condemned to be free.

If the question of our identity and the question of our freedom are linked together, then we are responsible for our identities. We are, every single one of us, responsible for the relationship towards another. Populists, on the other hand, do not understand the people as the socially constituted *demos* but as *ethnos*, that is as an ethnic or as a religious unity or even (as the Turkish president recently expressed it) as a unity of blood. Furthermore, they claim that this *ethnos* is supreme to law and constitution. However, as liberal democrats we cannot believe that. We cannot, as populists do, separate the question of our social and political identity from our responsibility. Populists tell an easy story. They say there is a natural identity and this natural identity tells us this and that. However, there is not.

If we are responsible, then we have to respond to the urgent questions that concern our Polish-German friendship, that affect us as Europeans and that we as the research community have to deal with in an environment that is becoming more and more hostile towards the conditions of research. The questions we have to face are therefore: What lies ahead for Europe? What kind of Europe is a place suitable for doing research? And more concretely: What kind of European research framework do we want to build?

Conversely: What kind of research do we need to make the best out of Europe? How do we need to think of research to make it contribute to the project of European integration? How can research contribute to a tolerant and peaceful continent? This leads to the last and most basic question: In what kind of society do we want to live?

After the experience of two world wars, the Shoah, the industrial mass murder, the unspeakable crime against human rights by any standard, the founding fathers of the old German Federal Republic had but one way of forming a legitimate political order: to build a society based on a strong constitution. This meant safeguarding on a very high level a vast variety of guaranteed rights such as freedom of the press, freedom of speech and the autonomy of research. Additionally, the idea was to integrate this constitutional state more and more into constitutionalised European structures.

This concept grew ever more powerful vis-à-vis the defining moments in recent German history such as the political unification and the enlargement of the European Union. The constitutional state also proved to be a strong tool to

deal with internal developments, namely the pluralisation of social actors. As the Federal Republic integrated firstly in international patterns and then into global ones, a legion of its economic, political and socio-cultural identities reformed in order to endure.

This enriched our society but it also made it more complex.

Now, the complexities of modern societies do not make life easier, either on the level of political governance or on the level of personal self-identity.

I cannot elaborate here on the difficulty of how to integrate psychologically the challenges of social complexity but just refer to one protagonist in Twardoch's *Drach*, called Nikodem, who, as a contemporary character, stands for a lot that may be familiar to many of us. These psychological difficulties can only arise because a functionally differentiated society demands many decisions.

Where do I want to work, why this job and not another?

Whom do I want to love, why this person and not another?

This typically modern freedom to choose does not make it easy to find the right answers. What it amounts to, is to choose thoughtfully.

Let me highlight the fact that social complexity also shapes the space in which research takes place in our times. Still, this is only half of the story, because research defines itself by a confusing plurality of subsystems, social dynamics, orders of knowledge, and unforeseeably shifting paradigms. These tendencies are not likely to diminish but rather to augment. Therefore, research is not only located passively in the environment of social complexity; it also contributes actively to that complexity. Moreover, scholarly knowledge contrasts with common forms of knowledge such as tradition, everyday experience, or the intuitions of political action, which, again, makes matters more complicated.

Plurality, to cut a long story short, is a troublesome imposition: it is irritating – it requires us to deal with the different, the strange. It means investing plenty of energy socially, emotionally and intellectually. However, a free and peaceful society is impossible without the challenge of pluralism, which is especially true when it comes to research. Above all, let's not forget that it is a great civilising benchmark for modern Europe.

After centuries of fighting to establish and maintain this extraordinary quality, there is a high risk that we will take it for granted. However, recent events call for a new defense of our most cherished values. This is even more so given that:

All over the continent, new nationalisms are unfolding in a way that would have been unimaginable just a few years ago. New radical right-wing parties are gathering momentum in their hostility towards Europe. They promote xenophobia and force an ethnic discourse upon the public space. At the same time, a populist authoritarian account of politics is taking place not only in Turkey or in Russia but also in the middle of the European Union, in Hungary for instance. These forces attempt to do away with democratic constitutional order by capturing social and state-run institutions.

Let me add, frankly, that it would be naïve to think that none of this is happening in Germany or in Poland as well. In Germany, the populist party *Alternative für Deutschland* (AfD) is nourishing xenophobic resentments and even ethnic fantasies instead of weakening them by rational refusal. This emotionally driven sort of political behavior was also seen in the Brexit debate and it poses a challenge to our essentially deliberative model of democracy. Once we pay too much attention to what defines an apparent kernel of our identity, problems will surely arise. From this perspective, it would be disturbing indeed if the German newspaper *Der Tagesspiegel* were correct in its claim that the former head of the Polish Institute in Berlin, Katarzyna Wielga-Skolimowska, was forced to quit her job because of her allegedly too self-critical approach to Polish history. The same has happened in Germany, recently, as a member of *Alternative für Deutschland* called for a move from a self-critical to a self-confident way of commemorating the nation's history.

So much for what is worrisome on the national level. Similarities can unfortunately be seen on the European level: internal tensions are arising; centrifugal forces are on the rise. The legitimization crisis of the European Union is all too apparent, as well as its inability to act which is most obvious when it comes to defining shared responsibilities in light of the refugee crisis. Incidentally the sovereign debt crisis is still going on. The Brexit vote is just the tip of the iceberg and it is not only the result that is bad but also the shift in the way majorities were forged, namely by emotionalising deliberation. Finally, instead of following a more broadly defined pluralistic and integrative account of our political union, an economic reductionist approach is predominating.

Throughout the continent, populist voices are increasing in the vacuum left behind by feeble technocrats. Resentments are gaining ground, be they directed against different appearances, foreign knowledges and religions, against the elites, the experts, scientific and scholarly expertise, or the complex procedures of political legitimization in representative democracies. Populists separate sovereignty and constitutional order via an ethnocratic perversion of democracy, as I pointed out at the beginning. Unfortunately, this practice has just been resurrected by Victor Orbán's implementation of the "Lex CEU", which is nothing less than the annihilation of the political conditions of a free and peaceful society which research needs in order to prosper.

You may wonder: Why does all this matter so much for research? The answer is straightforward: The principle of research concerns truth and innovation. Hence, researchers need a space where new ideas can be developed, tested and worked out all over again. Research, therefore, intrinsically calls into question what we believe we know about the natural and cultural world. Research itself presupposes the highest degree in discursive openness. That is why universities are, at least in this regard, realised utopias. This is also the reason why autocratic regimes react in an aggressive manner against universities and researchers, as they are naturally the enemy of autocratic stipulation. We can see this happening all too clearly in Russia, in Turkey and in Hungary.

What must thus be said is that the questions of society are at the same time questions of research, of their freedom and of their productivity. As normative questions they cannot, however, be decided within the boundaries of scholarly knowledge. Nevertheless, this does not mean that they are irrelevant to the area of this knowledge.

It would be naïve to think that the work of researchers could diminish populism or make it disappear. This obviously is part of the duty of civil society itself. What research and academic studies can do is to promote their attitude of openness in light of the unknown, their curiosity-driven stance of allowing themselves to be surprised by unexpected knowledge claims.

Perhaps research understood as a force that shapes society is not a game-changer, but it is surely something. It comes down to the unfinished and unfinishable programme that once bore the proud name of “Aufklärung” (“enlightenment”).

The idea of modern research, moreover, is still indebted to that programme. Only intellectual openness can produce new insights about the world and the options for action that we have in it. In doing so, research can contribute to a society that comes to a better understanding of itself, its origins and its future, and it can help to avoid the repetitions of those resentments that reaffirm themselves viciously in talk shows or on social media.

To put the same idea the other way around: What would we know about, say, climate change without modern science? How would it be possible at all to deal with the challenges of plurality and an increasingly complex world without the backup of research?

The importance of modern research is beyond question; its conditions, however, cannot be taken for granted. Among them the following, perhaps, are crucial: a structural plurality of institutions of research activity and of funding systems, an intellectual plurality of ways of reasoning, of theoretical and issue-oriented horizons as well as epistemic traditions and research procedures.

We can understand new knowledge as the reshaping of intellectual order. This is only possible through a primary change of cognitive infrastructures. For this, a pluralistic research system is the most important ingredient. There cannot be good research without diversity of research cultures.

This brings us back to European research policy. Unfortunately, what is going on here is the predominance of an entirely utilitarian concept of unification of the European research space. As commissioner Moedas puts it, research should deliver “real solutions” for “real problems”.¹ This, however, accelerates the increase of the economistic reductionism that I mentioned earlier. By following the idea of freeing research from its “traditional constraints” (to use Moedas’ words), such a policy is actually destroying those factors that rendered possible Europe’s research productiveness in the first place, namely: the pluralism of research horizons, methods, topics and approaches. The tension between the questions of truth and those of usefulness. The independence of research vis-à-vis external demands, be they economic, political, societal or ideological.

This gives rise to the following questions: Is it really in the interest of science and the humanities to play off *impact*-oriented research against scholarly curiosity? Furthermore, *impact* as a policy factor, what else is this but an insecure expectation of *impact*? Such an expectation is legitimate whenever research aims at providing solutions for sufficiently defined and definable issues of general importance. However, making impact orientation an overall imperative for research funding clearly turns the logic of innovation upside down.

Similarly, it is a mistake to believe that research policy and research funding can be replaced by subsidies for technology innovations or funding for regional development. To the contrary, it is vital for a healthy research system to maintain the rich cultural and intellectual diversity of European societies and to develop the different functionalities of research, be they social, economic or cultural.

The research policy of the EU must therefore remain subsidiary to national infrastructures: a good balance is all we need. However, this is exactly what is threatened: The European Commission is on the brink of turning around the principle of subsidiarity by claiming that national research funding should be limited to what cannot be done on the European level. This is bizarre. What we should unify, instead, are standards of quality without limiting in the same breath the epistemic openness of research itself that would be the result of a perverted order of subsidiarity. The idea of a common European framework for research should always serve the fascinating and productive diversity of modern research practices.

1 Carlos Moedas: The future of market-creating research and innovation in Europe. 13. April 2016, Centre for European Economic Research (ZEW), Mannheim.

What I therefore propose is an idea of Europe that, in its research policy, trusts the force of pluralism and endorses intellectual diversity in terms of different research cultures. This would seem to be an appropriate answer to the crisis of Europe, namely to remember that research has always had that binding force for the European people, too. Continuing such a European project is good for both research and democracy.

At the beginning, I asked in what kind of European society we want to do research. I was posing this as a genuinely open question and I still do. My aim was to show that certain elementary factors cannot be taken for granted, nor should they be torn apart. I can only call attention to their precious existence. Among them I count the peaceful cohesion of Europe, the democratic constitutional state, the curious intellectual openness towards the unimaginable plurality of what the case is, and finally the structural plurality of research cultures in Europe.

These treasures of our societies and the ways of life we share are threatened by what can be called the naturalistic misunderstanding of identity. What populist autocrats fail to acknowledge is the indifference of nature itself towards our social identities. They naturalise what, ultimately, cannot be naturalised: our responsibility for one another. They try to delegitimise those who care for one another beyond geopolitical borders. But the lesson we learn from Twardoch is that the soil on which we walk is politically indifferent, that for whom we care is all our business, our responsibility.

It is our duty not to follow the naturalistic misunderstanding of identity. We as researchers and research funding organisations have a special interest in defending the minority, the scarcely known, the marginal. We know that research cannot exist without calling into question what appears to be normal or natural. That is the reason why we are responsible in particular for the relationship we have to everything that is irritating, that is different, that is other.

And what else is Europe but a conglomeration of that which is different?

The German Clusters of Excellence Programme

Keynote, Science Europe High-Level Workshop 2019,
Helsinki, 10. September 2019

Thank you very much for the invitation to give a talk on the German Clusters of Excellence – elements of a long term German public funding programme, which, in fact, just recently led to new decisions on both fifty-seven Excellence Clusters in September last year and eleven Excellence Universities this July.

For reasons of time limit and clarity of arguments, I will neither go into the technical details of numbers or topics, nor will I try to elaborate on the intricacies of the different stages of decision making.

Instead, I will focus on the framework of the Excellence Initiative and the following Excellence Strategy, in particular on the political point of view, and the scope of action for funding organisations, as well as on general effects on the entire research ecosystem.

1.

Let me, first of all, briefly outline, what is usually considered a Cluster of Excellence *within* that framework.

A Cluster of Excellence is a large research group, or institutionalised network of groups, run and supported by one or more committed high research profile universities, open to riskfull scientific or scholarly thinking, leading to new developments in internationally competitive research fields, promoting young researchers in outstanding environments, and collaboration with other institutions. Clusters of Excellence have their own management responsibility. Funding is for seven years with any amount between 3 and 10 m € annually.

While this description will sound quite familiar, I would like to turn to the very conception of the “Excellence Initiative”.

Back in the years around 2005, the peculiar notion of “excellence” was able to connect political currencies with established procedures of the research funding system.

Politically that was not too surprising, although egalitarian tendencies prevailed in higher education discourses at the time. Yet, the then social democratic German government opted for a neoliberal turn and consequently implemented reformistic agendas emphasising competition, if not the logic of markets, and direct responsibility. In terms of research policies, elitist positions became fashionable again and, hence, the new funding programme was coined “Excellence Initiative”.

From the point of view of research administration “excellence” was an underdetermined notion. Peers distinguish good research from better research and an original idea from a less original idea. They relate to differences in degree. They were not used to the rather digital, all-or-nothing notion of excellence, but they learned to label “excellent” the highest quality rank. What they assessed, in any case, was quality of research.

In other words, the political will to invest additionally into the research system (under elitist assumptions) could boost productivity, *insofar* as it was linked to intrinsically research-driven procedures of quality assessment and quality enhancement.

Let me try to tell *how* that linkage was established in the process bearing in mind three interdependent aspects, the behaviour of politics, the acting of the funding organisation, and the creativity of the universities and their researchers.

2.

The original aim of the Excellence Initiative “boost” was to identify those universities, which were internationally somewhat competitive and attractive with the potential to become so-called elite universities. Although Germany was definitely not a research desert, universities with in important aspects problematic financial and institutional structures could profit from a political framework that favored strategic profile building.

The “boost”, in fact, was substantial both financially and structurally. The entire national university system reacted by developing institutional profiles and research agendas, by creating new ideas on the establishment of academic structures and the required infrastructure, new professorships and liaisons with partners, both domestic and international.

In a word, universities changed in the process not by reinventing themselves but by discovering strengths they already had.

Now, even those candidates, who did not succeed in the competition, though being disappointed, did not doubt the integrity of the decisions. They could also have complained about the effectiveness of the long, tedious and multiple

staged procedure, like what could be expected from the current criticism of peer review – namely, that it is not cost effective, and that it favours “mainstream” research.

Nevertheless: The effects and results of the Excellence Initiative tell a different story. Unknown creativity appeared through extrinsic and intrinsic motivation of the universities and unrestricted freedom. New formats of self-governance within the universities and large improvements of research conditions (staff, recruitment policies, infrastructures etc.) emerged.

And subsequently the greatest benefit of all: an increase of scientific performance – new knowledge, new findings, high ranking publications, international placements.

It is not unfair to say, that the Excellence Initiative initiated a paradigm shift in the German academic system with its commitment to vertical differentiation among higher education institutions according to their capabilities, especially in research performance, but also in institutional strategies.

3.

These achievements, however, were never guaranteed from the beginning, but the result of a contingent process. It was realised eventually – thanks to a few particularly important aspects which also have to do with the self-understanding of the involved actors.

First, politics: Hitherto, there had been basically two forms of governmental research funding: general core funding of universities and programmes according to political priorities. Yet, the Clusters of Excellence, though they are sometimes called a programme as well, are breaking new ground. They deliver long-term funding on a large scale without being dependent on political research priorities or promises of direct societal impact.

Second, research funding organisations: In organising the review process, the DFG could rely on experiences and established practices from those on former DFG Research Centers. Yet, the proposals for Excellence Clusters did not have to follow any particular criteria other than originality and a promising scientific or scholarly future.

The DFG therefore, like universities and politics each in a different manner, was challenged to adapt to this new openness by adjusting existing instruments.

Together with the representatives of research and higher education politics in Germany the reviewers and the members of the decision bodies prepared and drew funding decisions, of which I will only point to three structural implications:

- 1) broadening the range of subject areas and disciplines at the Cluster level and thus strengthening disciplinary pluralism;
- 2) softening regional polarity in German academia without planning for regional balance;
- 3) and as a side effect: increasing competition in the second funding line of Excellence Universities.

The case also shows that this eminent endeavour has led to an output that fundamentally strengthens research in Europe through a deliberate national effort.

4.

The political commitment to provide a large amount of additional funds for a generous time horizon in the entire academic spectrum of sciences, the humanities, engineering and clinical research allowed the successful applicants to create the basis for new scientific, scholarly and institutional developments.

Yet, the challenges and burdens of such a competition should not be underestimated: The Excellence Strategy demands enormous efforts on the part of the research system – think only of the highly complex political negotiations of the competition rules and the budgetary framework, and the intellectual and institutional capacities, that are demanded by preparation of proposals as well as scientific reviews and funding decisions.

Not surprising then, that some aspects were viewed skeptically: the risk of funding of “more of the same” (Matthew Principle) and of high concentration of funds; the risk of quantitative aspects dominating qualitative criteria in the review and decision making processes; the constant workload and time pressure on applicants, probably detracting them from their academic core responsibilities; the tension between project funding and institutional funding of university research.

Such issues came along with the Excellence Initiative from their very inception, and they were taken into consideration, when its continuation in the Excellence Strategy since 2016 tried to clarify the relations of the competition goals and funding instruments, procedures and finances, political legitimacy of funding decisions and their acceptability within the scientific communities.

5.

As a *Leitmotiv*, public German discourse postulates, that smart and successful science policy should be realised through a research ecosystem, that is structurally pluralistic, strong research organisations and foremost in a close and trust-

ful cooperation between academia and politics, respecting each others distinct functions and independencies in joint responsibility.

As a role model indeed for a diligent process management between academia and politics, the Excellence Strategy was not designed to deliver short-term effects in terms of political expectations nor were there any attempts to reclaim them.

On the contrary, politics did not give any thematic or other criterial conditions such as societal relevance at any stage of the process. They rather enabled a thoroughly science-led evaluation process, which is quite remarkable for this type of large scale funding of long-term big research structures at universities. In fact, the German Excellence Initiative/Strategy is in itself a remarkable case for a carefully designed process of academic governance.

Finally, and to come back to the question of how to stimulate excellence within the research system, let me conclude: It was the process itself, respectively, the convergence of the actors, each one as required.

Politics – in exploring and maintaining the trust in research and its logics.

The DFG – in relying on expertise in the organisation of a highly intricate peer review.

The reviewers and decision-making bodies – in exclusively quality based peer reviewing.

The researchers and their universities – in remarkable scientific creativity.

4.

Über Wissenschaft
und Gesellschaft

Gebildete Wissenschaft in Zeiten des Populismus

Festvortrag anlässlich der Preisverleihungen der Studienstiftung des deutschen Volkes, Berlin, 19. Juni 2017

1.

So wohlhabend und so friedlich wir in der Bundesrepublik leben: Dass die Zeiten einfach seien, wird man kaum sagen wollen. Unsere eigene Gesellschaft und die Gesellschaften um uns herum – und also auf der ganzen Welt – wandeln sich in einer Weise tief greifend und schnell, die vor Kurzem noch unvorstellbar gewesen wäre. Alte Sicherheiten, Selbstverständlichkeiten und Gewissheiten erodieren und sie tun es nicht nur in der Gesellschaft überhaupt, sondern speziell auch im Hinblick auf Wissenschaft und Universität.

Das gesellschaftliche Vertrauen, dessen sie bedürfen, ist – so zeigt sich – keine Gegebenheit, sondern eine ziemlich herausfordernde Aufgabe; vermehrt sind Wissenschaftsfeindlichkeit und Anti-Intellektualismus zu beobachten; der funktional bestens begründete Anspruch auf akademische Unabhängigkeit und auf Freiräume zur Entfaltung des Eigensinns wissenschaftlicher Weltzugänge wird ebenso wie der notwendige strukturelle Pluralismus des Wissenschaftssystems immer häufiger zur Disposition gestellt. Und zwar von technokratischen Durchgriffsideologien ebenso wie von den Regressionsphantasmen erstaunlich schnell sich ausbreitender Nationalpopulismen und neuer Formen eines autokratischen Caesarismus.

Und nicht selten kommt dieses beides auch zusammen. Nur ein einzelnes Beispiel dafür ist der (unverhohlen antisemitisch grundierte) Versuch des ungarischen Ministerpräsidenten Victor Orbán, mitten in der Europäischen Union eine Privatuniversität bis zur Schließung hin legalistisch zu kujonieren, weil deren Stifter ihm missliebig scheint. Die Central European University in Budapest ist gewiss eine der besten und interessantesten Hochschulen in Mitteleuropa. Für viele in den Transformationsgesellschaften jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs, nicht zuletzt für zahlreiche ukrainische Studierende, wurde sie zum Versprechen guter Wissenschaft in einer friedfertigen und pluralistischen Gesellschaft. Der Angriff auf sie ist ein Angriff auf unseren europäischen Hochschul- und Forschungsraum und dessen Prinzipien.

Doch ist er kein Zufall: Oft sind ja Universitäten erste und wichtige Orte des politischen Protests. Wissenschaft muss der populistischen Vereinfachung und dem Konzept einer „illiberalen Demokratie“ (Victor Orbán) widerstreiten. Sie muss sich der autoritären Anmaßung entziehen, Wahrheitsfragen und Machtfragen zu verwechseln, und ebenso der nationalistischen Kappung ihrer ausgreifenden sozialen und intellektuellen Bezugsordnungen.

Und sie muss dies weniger um ihrer selbst, als vielmehr um der Gesellschaft willen tun, für die sie da ist. Es ist deswegen kaum überraschend, dass unterdessen nicht nur die gesellschaftliche, sondern auch die wirtschaftliche Erneuerungskraft Ungarns schrumpft.¹ Die von Orbán offiziell verfolgte sogenannte Innovationsstrategie übersieht nämlich, dass wirtschaftlicher Fortschritt mehr voraussetzt als eine monetäre „Investition in die Zukunft“. Er hängt auch von intellektuellen Möglichkeitsbedingungen ab, und die gehen verloren, wenn, wie in Ungarn, versucht wird, das Universitätssystem als Ganzes auf allein marktorientierte und anwendungsbezogene Gleichförmigkeit zu trimmen;² wenn also eben jene Prinzipien preisgegeben werden, welche in den zurückliegenden Jahrzehnten Europas wissenschaftliche Leistungskraft und Innovationsfähigkeit gerade begründet hatten: der Pluralismus der Horizonte, Methoden, Themen und Ansätze von Forschung und Studium, die ausbalancierte Spannung von Wahrheits- und Nützlichkeitsbezug der Forschung, Unabhängigkeit gegenüber direkten wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen oder ideologischen Vorgaben.

2.

Diesem ungarischen ließen sich zahlreiche andere Beispiele für technokratisch-ökonomistischen Reduktionismus, für populistische Wissenschaftsfeindlichkeit und illiberalen Anti-Intellektualismus zur Seite stellen; in Europa, wie anderweit. Auch bei einem Fest wie diesem muss man also sagen: Die Situation ist schwierig. Sie ist es auch deswegen, weil wir als Studenten oder Wissenschaftlerinnen nicht schon klar sehen, wie in dieser Situation *für* die Wissenschaft und zugleich für eine pluralistische Gesellschaft und den demokratischen Verfassungsstaat zu streiten wäre.

Ich weiß es auch nicht. Und so bleibt mir wenig übrig, als statt einer klaren Antwort bloß eine Einstellung zu Wissenschaft zu beschreiben. Von ihr meine ich allerdings, dass sie für die Wissenschaft selbst notwendig sei und zugleich förderlich für eine freie und demokratische Gesellschaft. Zu diesem Zweck greife ich auf den Begriff „Bildung“ zurück, spezifiziere ich also Wissenschaft als „gebildete Wissenschaft“ – und dies in der Hoffnung, Ihnen zeigen zu können,

1 Angela Lindner: Tristesse in Ungarn. In: DUZ Magazin, Nr. 5/2017, S. 19.

2 Ebd.

dass es sich nicht um bloß die Erinnerung an eine neu-humanistische Leitvokabel handelt, sondern dass sich „Bildung“ als ein Strukturbegriff verstehen lässt, der etwas anderes meint als „Sozialisation“, „Instruktion“ oder auch die Einübung in eine konkrete wissenschaftliche Praxis.

Also: Forschung, Lehre und Gesellschaftsbezug der modernen Wissenschaften wandeln sich durchgreifend und rapide. Und damit ändern sich die Kontexte des akademischen Studiums und der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Fachliche Kompetenz ist zentral notwendig, aber hinreichend ist sie allein nicht. Die Zeiten, in denen man sich ganz auf den Erwerb fachwissenschaftlichen oder auch disziplinübergreifenden Wissens und Könnens konzentrieren konnte, scheinen vorüber zu sein. Studentin zu sein, Wissenschaftler zu werden, das heißt unter den Bedingungen unserer Wissenschaftsgesellschaft vielmehr, in höchst komplexen, höchst dynamischen, höchst spannungsreichen Kontexten sich bewegen zu können.

Und es heißt auch, den Ort der je eigenen wissenschaftlichen Spezialisierung bestimmen zu können, sich der eigenen Erkenntnisleidenschaft hinzugeben, ohne ihr völlig ausgeliefert zu sein, und von der Bedeutung des eigenen wissenschaftlichen Tuns überzeugt zu bleiben gerade unter Beachtung seiner Grenzen.

All dies ist anspruchsvoll und spannungsreich. Es zu können, setzt fachwissenschaftliches Wissen und Vermögen voraus, ist aber nicht mit ihm identisch. Es ist auch sehr viel mehr als jene sogenannten Soft Skills, mit denen man hier und da die Hohlräume der Curricula ausstopft. Es geht vielmehr darum, die Leidenschaftlichkeit und Intensität, die Genauigkeit und Präzision wissenschaftlicher Weltzuwendung zu verbinden mit der Fähigkeit, von ihr zugleich auch Abstand nehmen zu können.

Und eben für dieses Vermögen, das mir für Forschung, Lehre und gesellschaftliches Engagement gleichermaßen bedeutsam scheint, würde ich den Ausdruck „gebildete Wissenschaft“ gerne reservieren. Lassen Sie mich ein wenig ausführen, wie ich das meine.

Wenn die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses beginnt, dann liegen die Einführungen in die allgemeinen Grundlagen und in die grundlegenden Allgemeinheiten der Wissenschaften überhaupt oder einer einzelnen Disziplin schon länger zurück. Sie haben ihren Ort am Anfang des Studiums. Wer hingegen Nachwuchs ist, versucht vielmehr tief einzudringen in eine wissenschaftliche Fragestellung und er kann dies allein in dem Maße, in dem es sich um eine Spezialfrage handelt. Man widmet sich ihr auf der Grundlage von Expertenwissen und vermittelt hoch spezialisierter Methoden. Spezialisierung erlaubt es, Einzelphänomene gewissermaßen in immer höherer Auflösung zu analysieren und eben so bislang ungekannte Sachverhalte sichtbar zu machen oder etabliertes Expertenwissen zu modifizieren, wo nicht durch

neues zu ersetzen. Nachwuchs sein heißt, sich für etwas Bestimmtes spezialisieren – einerseits.

Andererseits: Selbst in meinem engeren Fachgebiet spezialisieren sich andere an anderen Stellen mit anderen Methoden, als ich es tue. Und dies bedeutet, dass Wissenschaft nicht allein mit dem Risiko einhergeht, die Welt überhaupt aus dem Blick zu verlieren; von diesem Risiko wissen wir, seit die thrakische Magd den Thales von Milet verspottete, weil er, in die Beobachtung der Sterne versunken, in den Brunnen gefallen war.³ Dass alle sich bei ihrer wissenschaftlichen Arbeit fortschreitend spezialisieren, das bedeutet vielmehr in einem expandierenden Wissenschaftssystem zudem, dass die Distanz und Differenz zwischen meinem Spezialwissen und dem, was man in den Wissenschaften überhaupt wissen kann, immer dramatischer wird.

Nun gibt es freilich wissenschaftliche Probleme, die mit solchem Partikularwissen nicht in den Griff zu bekommen sind. Zu diesen gehören – nur zum Beispiel – auch jene sogenannten *grand challenges*, die zunächst vor allem in jenem qualitativen Sinne zu „groß“ sind, dass sie sich als solche gerade nicht beforschen lassen und dass sie a priori die Grenzen allen Partikularwissens überschreiten. Zum Gegenstand von Forschung kann der Klimawandel allein werden, indem man ihn in eine unabsehbare Zahl natur-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher, aber auch technischer oder kulturwissenschaftlicher Forschungsfragen auseinanderlegt, die oft äußerst spezialisiert sind. Und zwischen den erdsystemischen und soziokulturellen, den technologischen und ökonomisch-politischen Sachverhalten, die dann in den Blick treten, herrschen derart vielschichtige, komplexe und auch kontingente Relationen und Rekursionen, dass sie sich weder durch einfache Addition jeweiligen Spezialwissens verstehen lassen noch durch simple Reduktion auf eine vermeintliche Leitexpertise.

Der Fortschritt von Wissenschaft beruht in solchen – ziemlich zahlreichen Fällen – gerade auf der Differenz zwischen vielfältigen wissenschaftlichen Spezialisierungen. Man muss die Bedeutung dieser Differenzen also anerkennen, und daraus ergibt sich: Die Förderung der Studierenden und des Nachwuchses muss auf wissenschaftliche Spezialisierungen gehen und *zugleich* ein Bewusstsein davon entwickeln, dass sie sich eben in spezieller Weise auf Spezielles beziehen und nicht generell auf Allgemeines; dass andere in anderen Bereichen der Wissenschaft anderes Partikularwissen pflegen als wir und dass es darauf nicht weniger ankommt als auf das unsrige; dass, was ich oder meine Gruppe wissen, nicht mit dem zu verwechseln ist, was die Wissenschaften überhaupt wissen.

Fortgeschrittenes Studium und Nachwuchsbildung – würde ich sagen – ist also reflexive Spezialisierung: Sie ist sich ihrer Differenz zu anderen Spezi-

3 Platon, Theaitetos 174a.

sierungen bewusst und sie schätzt die Differenz der Spezialisierungen selbst als Produktionsmoment von Wissenschaft überhaupt.

Oder viel einfacher: Sie ist nicht borniert, sie bleibt offen und neugierig für die Leistungskraft anderer Spezialisierungen.

Was ich hier zu umschreiben suche, ist also weder ein positives Sachwissen noch eine abprüfbare praktische Fertigkeit. Eher handelt es sich um eine intellektuelle Haltung. Eine solche Haltung wird auch getragen von dem, was ich Erkenntnisleidenschaft nennen möchte: jenes Fasziniertsein durch Sachverhalte der sei es natürlichen, sei es kulturellen Welt, auf das wissenschaftliche Forschung sozusagen antwortet. Was damit gemeint ist, hat Max Weber vor knapp einhundert Jahren in seiner längst kanonisch gewordenen Rede „Wissenschaft als Beruf“ an einem mir selbst fachlich besonders naheliegenden Beispiel, aber in verallgemeinerbarer Weise so beschrieben:

„Und wer also nicht die Fähigkeit besitzt, sich einmal sozusagen Scheuklappen anzuziehen und sich hineinzusteigern in die Vorstellung, daß das Schicksal seiner Seele davon abhängt: ob er diese, gerade diese Konjektur an dieser Stelle der Handschrift richtig macht, der bleibe der Wissenschaft nur ja fern. Niemals wird er in sich das durchmachen, was man das ‚Erlebnis‘ der Wissenschaft nennen kann. Ohne diesen seltsamen, von jedem Draußenstehenden belächelten Rausch, diese Leidenschaft [...] hat einer den Beruf zur Wissenschaft nicht und tue etwas anderes.“⁴

Was für Handschriftenkonjekturen gilt, mag für die Aufklärung zellulärer Mechanismen, die Riemann'sche Vermutung oder Higgs Bosonen in entsprechender Weise gelten. Weber spricht über Wissenschaft als Beruf und Berufung zugleich und verbindet mit Letzterer ein konstitutives Moment der Leidenschaft, der Erlebnisintensität.

Ich glaube, dass er recht hat: dass es ohne solche Erkenntnisleidenschaft Forschung, gute Forschung jedenfalls kaum geben wird und dass man sich ohne sie auch schwerlich dem „Hasard“⁵ wissenschaftlicher Karrierewege aussetzen würde.

Zugleich muss man indes die Scheuklappen auch wieder ablegen können – und zwar nicht allein, wie gesagt, im Hinblick auf konkurrierende wissenschaftliche Spezialisierungen, sondern auch hinsichtlich der Geltung von wissenschaftlichem Wissen. Denn was ich mit aller Intensität zu wissen suche und mit aller Leidenschaft weiß, das bleibt doch ein Wissen, das im Rahmen

4 Max Weber: Wissenschaft als Beruf. Stuttgart 1995, S. 12.

5 Ebd., S. 7.

moderner Wissenschaft allein im Modus der Selbstinfragestellung behauptet werden kann. Und so stets mit einem Zeit-, einem Ungewissheits- und daher einem Revisionsvorbehalt versehen; anders wäre die Möglichkeit von Innovation gar nicht begründbar.

In der Wissenschaft gilt unser jeweiliges Wissen ganz grundsätzlich lediglich für jetzt und für uns. Und wir müssen stets damit rechnen, dass andere es jetzt schon oder wir es künftig besser wissen können.

Die hier zu beobachtende Spannung gleicht derjenigen, die zwischen notwendiger wissenschaftlicher Spezialisierung und dem gleichzeitigen Bezug auf die Spezialisierungen anderer besteht. Auch Forschungspraxis und Erkenntnistheorie, auch Leidenschaft und kühle Distanz zu den Erkenntnissen, zu denen es ohne Leidenschaft nicht hätte kommen können, bilden eine solche Spannungskonstellation. Man muss in der Wissenschaft die Scheuklappen, von denen Max Weber sprach, gewissermaßen zugleich auf- und abgesetzt haben. Wie dieses Widersprüchliche sich aber vereinen lässt, wie man Erkenntnisleidenschaft zulassen und zugleich Erkenntniszweifel pflegen kann, das lässt sich nicht in curricularen Einheiten lehren. Das muss sich vielmehr entwickeln können in Prozessen eben des Studiums und der Bildung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Ich will diese Erfahrung und Einsicht schließlich auch noch in einer dritten Dimension kurz ansprechen, die mit der Bedeutsamkeit von Wissenschaft in unserer Gesellschaft zusammenhängt. Dieses Gewicht ist schwerlich zu überschätzen. Wir alle sind in so gut wie allen Formen und Fragen des Daseins – von der Industrie über unser kulturelles Gedächtnis bis zur Körperhygiene, von unseren Kommunikationsmedien über unsere Rechtsverhältnisse oder die Stadtplanung bis zur Ernährung – sehr weitgehend von wissenschaftlichem Wissen abhängig. Diese außerordentliche Bedeutsamkeit von Wissenschaft wird gesellschaftlich auch anerkannt; nicht zuletzt manifestiert sie sich in einem Trend zur Vergesellschaftung von Wissenschaft: Der Elfenbeinturm ist ihm eine Denunziationsmetapher; *impact*, Anwendung, Translation, Lösungen oder Kompetenzorientierung lauten vielmehr seine Fahnenwörter.

Und institutionelle Vertreter des Wissenschaftssystems (so wie ich) sind sehr geübt darin, mit dieser Bedeutsamkeit finanzielle, politische oder rechtliche Ansprüche zu begründen. Aber auch wer lehrt oder forscht wird getragen von der Überzeugung, dass dem besondere Bedeutsamkeit zukomme. Diese Überzeugung geht mit dem einher, was vorhin Erkenntnisleidenschaft hieß, und sie scheint mir gleichermaßen konstitutiv für Wissenschaft zu sein. Wer würde sich auch diesen exzentrischen Lebens- und Arbeitsformen hingeben, wenn er nicht von der Bedeutsamkeit von Wissenschaft überzeugt wäre?

Aber wiederum: So wenig die Bedeutsamkeit der Wissenschaften überschätzt werden könnte, so wenig ist sie doch grenzenlos. Es gibt nicht allein finanzielle, rechtliche, politische und ethische Schranken wissenschaftlicher Forschung und womöglich auch Grenzen des Systemwachstums. Es gibt auch Nicht-Wissenschaft, also Natur oder Politik, Wirtschaft oder Alltag, Religion oder Kunst, und es gibt nicht-wissenschaftliches Wissen.

Anders kann es gar nicht sein, schon weil, was die Wissenschaften über die Welt wissen, prinzipiell unter einem Ungewissheitsvorbehalt steht (wir sprechen davon) und weil es stets unvollständig bleibt.

Solches nicht-wissenschaftliche Wissen kann durchaus Wissen eigenen Rechts sein. Es mag dann – in Traditionsbeständen, individuellen Erfahrungen oder religiösen Überzeugungen – andere Geltungsgründe haben, als methodische Forschung sie bereitstellt, und auch andere Funktionen.

Teils steht dieses Wissen unverbunden neben wissenschaftlicher Erkenntnis oder ihren technischen Manifestationen; wer einmal versucht hat, bei der Luft-hansa einen Sitz in Reihe 13 zu buchen, oder wer die Niels-Bohr-Anekdote kennt, wonach ein Hufeisen über der Tür auch dann Glück bringt, wenn man nicht daran glaubt, der weiß, wovon ich spreche.

Teils konkurrieren nicht-wissenschaftliche mit wissenschaftlichen Wissensformen – so fordern kreationistische „Intelligent Design“-Konzepte etwa die Evolutionstheorie heraus.

Teils sind sie auch komplementär zueinander, wie etwa im Fall von Wert- und Normbeständen. Denn Forschung kann zwar sagen, was der Fall ist und was dahintersteckt (Niklas Luhmann), aber nicht, was der Fall sein *soll*.

Es gibt also Nicht-Wissenschaft. Es gibt näherhin auch ein notwendiges und legitimes Wissen, das kein wissenschaftliches Wissen ist. Und auch daraus folgt eine Spannungslage für diejenigen, die in der Wissenschaft arbeiten. Die intellektuellen wie praktischen Herausforderungen ihres Tuns erfordern eine tiefe Überzeugung von dessen Bedeutsamkeit, die vielschichtigen sozialen Kontexte verlangen demgegenüber danach, die Begrenztheit dieses Tuns wie der Wissenschaften überhaupt stets mitdenken zu können. Wiederum haben wir also diese Spannung gegenstrebigler Orientierungen und Ansprüche, die koordinieren zu können uns ein bestimmendes Merkmal wissenschaftlicher Bildung zu sein scheint.

Was ich zu skizzieren suchte, wäre nicht leicht in Merksätzen abzuspeichern. Es entzieht sich der Quantifizierung ebenso wie formaler Kontrollierung, vielleicht sogar der organisatorischen Objektivierung. Gleichwohl: *I know it when I see it!* Es geht um eine Qualität, die sich als eine intellektuelle,

wissenschaftliche Haltung ausprägen kann und die – ihrer Schwerbestimmbarkeit ungeachtet – gleichwohl von außerordentlichem Belang ist für die Wissenschaft in Forschung und Lehre und für die Erfüllung ihrer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Funktionen.

Diese Eindringlichkeit und Distanz verbindende Haltung ist noch keineswegs erworben mit den die Debatte beherrschenden Soft Skills des Recherchierens, der PowerPoint-Präsentation, des Verfassens von Finanzierungsanträgen oder der didaktisch vernünftigen Strukturierung einer akademischen Lehreinheit. Auch hat man diese Haltung nicht schon, wenn man fachlich exzelliert. Womöglich hat man sie niemals als einen festen Besitz, sondern ist sie ein unabschließbarer Vorgang; wer wollte schon behaupten, er sei gefeit gegen den Rückfall ins Fachidiotentum, in *nerdige* Weltvergessenheit oder in die borierte Verabsolutierung der je eigenen Interessen und Präferenzen.

Es ist ja im Gegenteil einer der häufigsten Fehler, die jedenfalls in der Wissenschaft und ihrer Selbstverwaltung gemacht werden, dass man die jeweiligen Partikularerfahrungen für die Regeln des Ganzen hält.

Ich spreche also von der Fähigkeit, immer wieder Distanz nehmen zu können zu dem, was man hoch spezialisiert, mit leidenschaftlicher Eindringlichkeit im Bewusstsein seiner außerordentlichen Bedeutsamkeit wissenschaftlich tut. Ich spreche von einer wachen Haltung der vorbehaltlichen Bereitschaft, sich durch andere und ihr anderes Wissen über die Welt produktiv irritieren zu lassen, von der reflexiven Verbindung von Eindringlichkeit und Distanz.

Auch darum, scheint mir, lässt sich für diese Haltung der Ausdruck „gebildete Wissenschaft“ einsetzen; denn in der Tradition hatte gerade hier eine Pointe des Bildungsbegriffs gelegen.

3.

Auf diese Haltung einer produktiven Irritationsbereitschaft und Vorbehaltlichkeit kommt es in den Wissenschaften an. Aber in eigener Weise – um zum Anfang dieses Referats zurückzulenken – auch in der offenen, pluralistischen Gesellschaft und in der konstitutionellen Demokratie. Auch dort müssen das eigene Wissen, die eigenen Positionen und Ansprüche in ein reflexives Verhältnis zu denjenigen vielfältiger, unterschiedlicher anderer gesetzt werden können; stehen sie unter dem Vorbehalt pluraler Alternativen; erfordert der Selbstbezug stets zugleich den Fremdbezug.

Erst beider Zusammenspiel gewährt Freiheit – ohne dass sich ein simpler Mechanismus angeben ließe, der einem das Problem abnähme, dass beides, dass der Selbst- und der Fremdbezug unentwegt neu aufeinander abgestimmt werden müssen.

Ich sage dies nicht zuletzt mit Blick auf die – in Ungarn wie anderweit – grassierenden Populismen. Deren national-identitäre Logiken der ethnischen Homogenität und der Exkludierung alles Fremden stecken in dem fest, was Amartya Sen einmal die „Identitätsfalle“ genannt hatte,⁶ und sie kommen deswegen schwerlich umhin, angesichts der Komplexität moderner Gesellschaften die Unterscheidung von Wahrheit und Lüge nicht auf Sachfragen zu beziehen, sondern auf Machtfragen zu reduzieren.

So wird jeder zum Lügner, der den populistischen Deutungsanspruch kritisiert. Dann vergiftet die Rede von *alternative facts*, *fake news* oder *post truth* den bürgerschaftlichen Diskurs und zerstört sie jene pluralistische Öffentlichkeit, derer die liberale Demokratie bedarf.

Darüber ist in den letzten Monaten viel gesagt worden, was ich hier nicht wiederholen muss. Nur hinzufügen will ich zum Abschluss, was in diesem Zusammenhang aus unseren Überlegungen zu gebildeter Wissenschaft folgt.

Es ist dies: Der populistischen Diskursivitätsverweigerung lässt sich nicht mit einer primitiv-positivistischen Diskursivitätsverweigerung begegnen. Diese droht indes dort (und zum Beispiel im Umfeld des March for Science gab es hier und da Anlass zu entsprechender Sorge), wo die eigene Spezialisierung mit dem Ganzen von Wissenschaft verwechselt wird, aus der methodischen Verlässlichkeit wissenschaftlichen Wissens so etwas wie absolute Gewissheit wird und wo aus dem, was der Fall ist, ohne Weiteres und ohne Alternative folgen soll, was der Fall zu sein habe.

Die Zeiten einer vormodernen Wissenschaft, in welcher Sein und Sollen noch metaphysisch verkoppelt werden konnten, sind indes vorüber. Der Verzicht auf den Vorbehalt von Partikularexpertise, methodischer Skepsis und Handlungsalternativen muss als Szientokratie kritisiert werden. Diese allerdings ist nur eine Rückseite des Populismus und sie teilt mit ihm den Anti-Pluralismus ihrer Alteritäts- und Alternativenignoranz; negiert eben jene Fähigkeit zur Distanznahme, zum Abgleich von Selbst- und Fremdbezügen, zur reflexiven Vorbehaltlichkeit und Irritationsbereitschaft, für die ich hier eben die Formel von der „gebildeten Wissenschaft“ ins Spiel zu bringen versucht habe.

6 Amartya Sen: Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt. München 2010.

Über Wissenschaft in Zeiten des Populismus

Rede auf der Festveranstaltung im Rahmen der Jahresversammlung 2017 der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Halle an der Saale, 4. Juli 2017

1.

„Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“

So steht es in Art. 5 Abs. 3 Satz 1 unseres Grundgesetzes. So unzweideutig auch hat die Rechtswissenschaftlerin und Bundesverfassungsrichterin Susanne Baer diesen Satz im Jahr 2015 bei der Festveranstaltung der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bochum zitiert.¹ Und sie hat gezeigt, dass, was sich wie eine Naturgegebenheit ausnimmt, vielmehr eine Aufgabe ist: Wissenschaftsfreiheit entsteht aus jener Verantwortung, die wir für sie zu übernehmen bereit sind.

2.

Wie hat sich seit Frau Baers Rede die Welt verändert! Schwerlich hätten wir uns ausmalen können, in welchem Maße in diesen zwei Jahren zu einer drängenden Herausforderung geworden ist, was hierzulande als Grundrecht gewährleistet ist. Wer meinen mochte, Wissenschaftsfeindlichkeit und populistischer Anti-Intellektualismus liefen eben als Rauschen öffentlicher Kommunikation nebenher mit und Leugnung des menschengemachten Klimawandels oder Furcht vor dem Impfen werde kaum über konventikelhafte Zirkel hinausgreifen, der sieht sich längst eines Schlechteren belehrt. Wahn und Lüge, vulgärer Zynismus, nacktes Machtkalkül und unverantwortliche Simplifizierung beweisen erneut ihre Geschichtsmächtigkeit – auch gegenüber der Freiheit der Wissenschaft.

Ein halbes Jahr nach Amtsantritt ist deutlich, dass von einer Zivilisierung des neuen US-Präsidenten im Regierungsalltag keine Rede sein kann. Ein Kreativist als Vizepräsident, ein Öl-Lobbyist in der Umweltbehörde, Maulkorberlasse

¹ Susanne Baer: Verantwortung für die Wissenschaftsfreiheit. Festvortrag zur Jahrestagung der DFG, Bochum, 1. Juli 2015, erschienen in: Wissenschaftsrecht (WissR), Jahrgang 48 (2015), S. 3–13.

für NIH-Direktoren, Drohungen gegen liberale Universitäten: Das Wort vom „Politikwechsel“, hier ist es tatsächlich angebracht.

In der Türkei geht mit dem Zusammenbruch des Rechtsstaats in den vergangenen zwölf Monaten die Kriminalisierung aller kritischen Intelligenz einher und eine, man muss sagen „Säuberung“ der Universitäten – die, so meinten wir zu wissen, doch Teil des europäischen Hochschulraums sind.

Und in Ungarn versucht der Ministerpräsident, unverhohlen antisemitisch grundiert, eine Privatuniversität mitten in der Europäischen Union in die Schließung zu treiben, weil deren Stifter ihm missliebig scheint. Es verbietet sich, wie Herr Bundespräsident Steinmeier sagte, zu schweigen, „wenn der Zivilgesellschaft, selbst der Wissenschaft [...] die Luft zum Atmen genommen wird.“²

Den Autokraten und Populisten, auch in der Bundesrepublik, wird freie Wissenschaft zum Objekt von Insinuation und Verdächtigmachung. Massiv verbreiten sie Expertenmisstrauen, der Austausch von Argumenten als Verständigungsbasis offener Gesellschaften wird aufgekündigt. An seine Stelle tritt jene neue Form einer Dialektik der Aufklärung, dass gute Argumente gebildeter Personen zu Ressentiments gegen Bildung und gute Argumente führen.³ Populistische Vereinfachungen und autokratische Durchgriffsideologien verheißen, den Zumutungen der modernen Welt schadlos entkommen zu können. Deswegen machen sie den sachlichen Diskurs ebenso verächtlich wie die methodische Wahrheitssuche und die Begründungsbedürftigkeit von Geltungsansprüchen. Übrig bliebe dann die Ordnung der *alternative facts*. Was in ihr gälte, wäre bloß noch vom Herrschaftswillen des jeweiligen Machthabers abhängig.

Gegen solche tektonischen Verschiebungen der politischen Kommunikation und für die Freiheit von Forschung und Lehre in pluralistischen Gesellschaften organisierte sich Ende April dieses Jahres der March for Science; viele haben teilgenommen, ich auch. Es war ein bemerkenswertes Ereignis, und doch nur ein einzelner Schritt.

Es wird nämlich auch in Zukunft für aufgeklärte Gesellschaften gestritten werden müssen. Und dabei können die Wissenschaften nur erfolgreich sein, wenn sie ihren eigenen Prinzipien folgen. Und das heißt zunächst, es muss präzise geklärt sein, worum es geht. Und worum nicht.

2 Bundespräsident Steinmeier am 4. April 2017 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg.

3 Karsten Fischer, Peter Strohschneider: Kulturen des Vorbehalts. Über Demokratie und Wissenschaft in Zeiten des Populismus. (U.d.T. „Dafür gehen wir meilenweit“) In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 93 (21.4.2017), S. 12.

Nicht dass andere anderes für wahr halten als wir selbst, ist das eigentliche Problem (was sonst sollte der Pluralismus der Moderne sein?) und auch nicht, dass Donald Trumps *war against the media* etwa die Unterscheidbarkeit von Wahrheit und Lüge beseitigen würde.⁴ Er setzt sie im Gegenteil gerade voraus; anders wäre von *fake news* gar nicht zu sprechen.

Die verbreitete Rede vom Postfaktizismus verfehlt also die Sachlage. Mehr noch, sie verstellt den Blick darauf, dass die Denunziationsvokabeln von „Lügenpresse“, „Expertengeschwätz“ oder „Lügenwissenschaft“ eine Verschiebung versuchen. An die Stelle des Sachverhaltsbezugs rücken sie einen Machtbezug: Wer sich dem Machtanspruch beugt, sage die Wahrheit, alle andern seien Lügner. Wahrheit wird zur Funktion von Macht.

Hiergegen lässt sich allerdings nicht wirksam streiten, indem man umgekehrt die Legitimität von Macht als eine Funktion von Wahrheit zu bestimmen sucht. Moderne Forschung ist pluralistisch. Sie erzeugt keine Gewissheiten, sondern methodisch verlässliches Wissen. Sie sagt, was der Fall ist und was dahintersteckt (Niklas Luhmann). Sie kann nicht sagen, was alternativlos der Fall sein *sollte*.

So sehr daher Demokratie in praktisch jeder Hinsicht wissenschaftlicher Informierung bedarf, so sehr ist sie mehr als bloß die Exekution von Forschungsergebnissen. Schon Hannah Arendt wusste, dass „vom Standpunkt der Politik aus gesehen“ der technokratische Sachzwang „despotisch“ ist.

Freilich: Im Widerspruch gegen populistische Wissenschaftsfeindlichkeit – auch dies war beim March for Science zu beobachten – profiliert sich derzeit eine Auffassung neu, welche die demokratischen Prinzipien unterläuft. Ihre Parole lautet: „Für alternativlose Fakten, für wissenschaftliche Evidenz, für Wahrheit in der Politik.“⁵

Das ist die Parole der Szientokratie. Sie verwechselt unzweideutige Fakten mit ambivalenten politischen Folgerungen. Sie verkennet, dass keineswegs für alle dasselbe evident ist. Sie sieht politische Macht durch Wahrheit anstatt durch Mehrheit und Verfassung legitimiert. Und gleich den Autokraten und Populisten, gegen die sie sich wenden will, ist sie „ihrer inneren Logik nach antipluralistisch“⁶.

Doch in den Streit *für* die pluralistische Moderne und *gegen* vulgäre Forschungsfeinde eintreten können Studenten, Wissenschaftlerinnen, Forscher

4 Peter Strohschneider: Haltet den Lügner! In: Der Spiegel, Nr. 16 (15.4.2017), S. 109.

5 Kathrin Zinkant: „Auf die Barrikaden!“ In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 35 (11./12.2.2017).

6 Jan-Werner Müller: Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin 2016, S. 115.

allein dann, wenn sie sich nicht als Instanz des Wahrheitsbesitzes verstehen, sondern als diejenige der rationalen, methodischen *Suche* nach Wahrheit. Unser Wissen steht unter Revisionsvorbehalt – allein dann ist ja an Erkenntnisfortschritte zu denken; wir müssen kollektiv bindende Entscheidungen zwar informieren, können sie aber nicht selbst treffen. Und allein wenn wir uns in dieser Weise ernst nehmen, können wir unser Teil dazu beitragen, dass die Unterscheidung von Wahrheit und Lüge auch in Zukunft auf Sachfragen bezogen wird anstatt auf Machtfragen.

3.

An dieser Stelle liegt eine entscheidende Verantwortung moderner Wissenschaften. Ihr können sie allein gerecht werden, wenn sie auch mit sich selbst verantwortlich umgehen.

Damit ist ein sehr weites Feld angesprochen – von der Qualität des Studiums bis zur Chancengleichheit, die ein wichtiges Thema auch dieser Jahresversammlung ist. Ich will mich allerdings auf zwei Aspekte verantwortlicher Wissenschaft konzentrieren: die Seriösität der Erkenntnisgewinnung und die Seriösität unserer Leistungsversprechungen gegenüber der Gesellschaft.

Gute wissenschaftliche Praxis: Dies ist der Titel für ein komplexes Problem-bündel heutiger Wissenschaft. Zu ihm gehören Plagiat und Fälschung, Autorschafts- und Zitierungsfragen, aber auch laxe und überhastete Forschungsweisen und zudem all das, was derzeit als Krise der Replizierbarkeit empirischer Forschung mit breiter, auch öffentlicher Aufmerksamkeit intensiv diskutiert wird.

Dabei geht es um Standards wie um Anstand: Was sich von selbst verstehen sollte, ohne es doch immer zu tun, wird formal reguliert und prozeduralisiert. Das ist notwendig und aller Anstrengung wert. Es eröffnet indes – unhintergehbare Paradoxie jeder Formalisierung – zugleich neue Felder persönlicher Auseinandersetzung: Der Anonymitätsschutz des Whistleblowing ist wichtig, weil er Hierarchieschranken zu durchbrechen erlaubt. Aber gegen den Missbrauch für Insinuation und Denunziation ist er nicht gefeit. Und so kann es unter dem taktisch gezielten Einsatz von Zeitdruck und Publizität auch dahin kommen, dass Personen oder Organisationen in die Lage geraten, so oder so allein noch falsch handeln zu können.

So befand sich die DFG, als sie im März die Verleihung des Leibniz-Preises an Frau Nestler aussetzte. Das war eine schwere Entscheidung, und sie war auch für Frau Nestler schwer zu ertragen. Gleichwohl hoffe ich, dass Sie sie, wenn schon womöglich nicht billigen, so doch nachvollziehen können. Jedenfalls freut es mich sehr von Herzen, dass wir vorhin die Preisverleihung haben nachholen können.

Dennoch muss der Vorgang zu denken geben. Denn auch die Erhebung ungerechtfertigter Vorwürfe in der Art und Weise, wie sie Frau Nestler widerfahren ist, gehört in die Symptomatologie jener Dysfunktionen von Wissenschaft, von denen ich hier spreche. Diese Dysfunktionen haben stets eine persönliche Ebene, und im Fehlverhaltensfall muss dann auch individuell sanktioniert werden. Aber sind wir denn gewiss, dass solche Konflikte sich nicht besorgniserregend häufen und dass angesichts dessen nicht auch Entwicklungstrends des Wissenschaftssystems selbstkritisch zu bedenken sind?

Der Senat hat gestern über eine Stellungnahme der DFG hierzu diskutiert. Sie versucht differenziert deutlich zu machen, dass Nicht-Replizierbarkeit eines Resultats dieses weder widerlegt noch schon in jedem Fall schlechte Wissenschaft beweist; dass sehr wohl allerdings, was unterdessen „Reproduktionskrise“ heißt, auch dann zu ernster Sorge Anlass gibt, wenn es „auf eine Mehrzahl von Ursachen zurückzuführen“ ist.

Es ist hier ein „Qualitätsproblem von Forschung“ angezeigt, und für dieses gibt es „neben individuellem Fehlverhalten [...] strukturelle Gründe“.⁷ Auch über sie ist zu sprechen. Also etwa über das viel zu große Gewicht „von quantitativ parametrisierenden Steuerungs-, Bewertungs- und Gratifikationssystemen“, das sich längst „auf die Forschung als gestiegener (und weiter steigender) Wettbewerbs- und Beschleunigungsdruck aus[wirkt].“ Auch werden Trennlinien zwischen wissenschaftlichem Ideenwettbewerb, Konkurrenz um Finanzmittel und dem Marketing von Wissenschaftseinrichtungen zunehmend unscharf. „Die notwendige skrupulöse Sorgfalt“ in der Forschung „muss eher gegen diesen Wettbewerbs- und Beschleunigungsdruck durchgesetzt werden, als dass sie von ihm befördert würde.“ Und dies muss uns allen zu denken geben, die wir für die Wissenschaften Verantwortung tragen: im Publikationswesen, bei Personalfragen und auch – ich sage dies durchaus in meiner Amtsfunktion – bei Finanzierungsentscheidungen.

Ich fürchte, das hier angedeutete Qualitätsproblem der Forschung ist gravierend. Es ist zugleich ein Vertrauensproblem moderner Wissenschaft überhaupt. Diese aber kann ohne die Glaubwürdigkeit der Forscherinnen und Forscher und ohne die Vertrauenswürdigkeit des Wissenschaftssystems insgesamt nicht funktionieren – zu komplex ist ihr Wissen, zu weltverändernd seine Kraft.

Das populistische Experten-Bashing untergräbt dieses Vertrauen gezielt. Deswegen muss es zurückgewiesen werden. Doch haben wir uns auch einzugestehen, dass wir es ihm in mancher Hinsicht auch zu leicht machen – wegen Fällen

7 Hiernach und im Folgenden: Replizierbarkeit von Forschungsergebnissen. Eine Stellungnahme der DFG. April 2017.

kritikwürdiger Forschungspraxis, aber auch, weil wir aufs Ganze gesehen mehr verheißen, als wir erfüllen können.

Diese Vollmundigkeit liegt freilich nahe: Ansprüche an die direkte und kurzfristige Effektivität wissenschaftlichen Wissens wachsen ebenso wie die Härte der Verteilungskämpfe, und dies lädt geradewegs dazu ein, immer Größeres zu versprechen und die Nebenwirkungen kleinzureden. Allzu oft wurde die Energiefrage schon abschließend technisch gelöst, und der Segen individualisierter Medizin wird so beredt beschrieben, wie die sozioökonomischen Verteilungsprobleme beschwiegen werden, mit denen sie einhergehen wird. Solche Verheißungen sind riskant. Sie bergen die Gefahr struktureller Selbstüberforderung von Wissenschaft. Sie wecken Erlösungshoffnungen, die jedenfalls kurzfristig eher enttäuscht werden.

So wird das gesellschaftliche Ansehen von Wissenschaft jedoch nicht gesteigert, sondern gemindert: Unerfüllte, gar unerfüllbare Verheißungen erzeugen Glaubwürdigkeitslücken. Vertrauen aber erhalten und gewinnen wir allein, wenn auch die Voraussetzungen und Grenzen jedes Wissensanspruchs offengelegt werden, wenn die Differenzen zwischen sorgfältiger Forschungspraxis und alltäglichem Handeln deutlich gezogen werden und wenn die Leistungsversprechungen der Forschung seriös sind – weniger ist hier mehr.

Meine zwei Beispiele – verkürzt, wie ich sie darstellte – sind Aspekte einer kritischen Diagnose unseres Wissenschaftssystems. Ich fürchte, dass wir uns ihr ernsthaft stellen müssen, und ich glaube, dass wir das in reflektiertem Selbstbewusstsein auch können. Und wenn die angedeutete Diagnose wenigstens in die richtige Richtung weisen sollte, dann ist sie individuell ebenso zu bedenken wie bei der institutionellen Gestaltung des Wissenschaftssystems.

Wissenschaft – befasst mit dem Noch-Nicht-Gewussten und mit der Störung etablierten Wissens durch neue Erkenntnisse – kann nicht funktionieren ohne die Redlichkeit derer, die sie betreiben.

Diese Redlichkeit ergibt sich als Verpflichtung auf die Integrität von Forschung aus der Freiheit, die ihr garantiert ist; und sie verbindet sich mit einer wissenschaftlichen Haltung, die entscheidend durch Selbstdistanz geprägt ist.

Wer heute nämlich Wissenschaft betreibt, der tut dies in höchst komplexen, höchst dynamischen, höchst spannungsreichen Kontexten. Und das kann allein gelingen, wenn man den Ort der je eigenen wissenschaftlichen Spezialisierung zu bestimmen vermag, wenn man der eigenen Erkenntnisleidenschaft nicht völlig ausgeliefert ist und wenn man von der Bedeutung des eigenen wissenschaftlichen Tuns überzeugt bleibt, gerade unter Beachtung seiner Grenzen. Dies erfordert eine Haltung offener Ehrlichkeit und der wachen Irritierbarkeit durch die Welt und das, was andere über sie wissen, sowie die Fähigkeit, von

sich selbst auch Abstand nehmen zu können, also die eigene Expertise nicht schon für das Ganze von Wissenschaft zu halten, die methodische Verlässlichkeit wissenschaftlichen Wissens nicht mit so etwas wie absoluter Gewissheit zu verwechseln, und zu wissen, dass Forschung zwar über gesellschaftliche und politische Diskurse informieren muss, aber nicht an ihre Stelle treten kann.

Szientokratie, wie ich sie vorhin kritisch kommentiert habe, wäre übrigens gerade der Kollaps dieser Fähigkeit zur Distanznahme.

Daneben braucht es freilich auch Bedingungen, die solche Sorgfalt und Redlichkeit, diese Haltung der Irritationsbereitschaft und Selbstdistanzierung begünstigen. Damit sind wir bei der sozialen Organisation der Wissenschaften. Und leicht ließen sich viele praktische und selbst politische Fragen auch auf die angesprochene Diagnose beziehen.

An der Grundfinanzierung der Universitäten hängt ja auch die Frage, ob es hier – wie in der außeruniversitären Forschung auch – Räume gewährten Vertrauens gibt, die im Interesse bester Forschung vom steten Finanzierungswettbewerb und von ununterbrochener individueller *accountability* (die sich ja längst zu einer Form institutionalisierten Misstrauens entwickelt hat) freigehalten sind.

Viele Instrumente der Beobachtung und Steuerung von Wissenschaft haben den durchaus unerwünschten Nebeneffekt, dass das Tempo von Forschungsprozessen und die Größe von Forschungseinheiten geradezu systematisch mit der Qualität von Forschung verwechselt werden.

Und womöglich hat solches auch mit einer Art von Überproduktionskrise von Wissenschaft zu tun. Jedenfalls – um es polemisch zuzuspitzen – hat doch das Publizieren als wichtigstes Ziel von Forschung eine derartige Dominanz erlangt, dass wir uns anscheinend allein noch mit der Verfeinerung jener Techniken zu behelfen wissen – vom Abstract bis zum Review-Artikel, von der Bibliometrie bis hin zum *text mining* –, die die Lektüre dessen gerade ersparen, was da publiziert wurde.

Ich führe dies nicht weiter aus, um stattdessen lediglich zu sagen, dass auch die DFG hier Verantwortung trägt. Ihre Projektförderung hilft auch dabei, Redlichkeit und skrupulöse Sorgfalt der Forschung zu begünstigen; allmählich aus den Aporien der Überproduktionskrise auch wieder herauszuführen; Qualität von Forschung (und Projektplanung) wichtiger zu nehmen als Tempo, Größe oder den Publikationsort, der ja kein Sach-, sondern (wie in der vormodernen Wissenschaft) ein Autoritätsargument ist.

Manches wäre in diesem Zusammenhang zu nennen: etwa die rigide Begrenzung der Zahl der Literaturangaben in Projektanträgen (als eine der wichtigsten

Weichenstellungen der DFG im zurückliegenden Jahrzehnt); die Zeit für inhaltliche Diskussion in den Entscheidungsgremien der DFG; die Neugestaltung des Auswahlprozesses im Gottfried Wilhelm Leibniz-Verfahren ist dafür beispielgebend; die Unterstützung verschiedener Fachgemeinschaften bei der Entwicklung spezifischer Standards für die Reproduktion von Forschungsergebnissen; die Frage der Förderung von Reproduktions- und Metastudien; von unserem weiteren Engagement im Ombudssystem, bei der Dual-use-Problematik und manch anderem für diesmal abgesehen.

4.

Gerecht werden können die Wissenschaften dem Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung nach meiner festen Überzeugung gerade in Zeiten des populistischen Anti-Intellektualismus und autokratischer Wissenschaftsfeindschaft nur mit sorgfältiger Selbstbegrenzung und Selbstdistanz – wenn Sie mögen: mit Ehrlichkeit und Bescheidenheit. Auf diese Haltung kommt es, wie in der offenen, pluralistischen Gesellschaft und in der konstitutionellen Demokratie, auch in den Wissenschaften an. Die Partikularität und also Pluralität jeder wissenschaftlichen Expertise, das Prinzip methodischer Skepsis, die Unmöglichkeit, vom Sein einfach aufs Sollen zu schließen: All dies verlangt uns eine Zurückhaltung ab, ohne die sich bei erhöhtem Außendruck die Herausforderungen guter wissenschaftlicher Praxis und die Seriosität von Leistungsverprechungen nicht werden bestehen lassen.

Was in diesem Zusammenhang an der DFG liegt, ist klar: Als Selbstverwaltungsorganisation und als Fördereinrichtung, die einen gewichtigen Bereich des wissenschaftlichen Wettbewerbs maßgeblich gestaltet, steht und arbeitet sie für eine Forschung, die großes gesellschaftliches und politisches Vertrauen tatsächlich verdient; und fördert sie die Unabhängigkeit der Forschenden – ohne die jene die Verantwortung für ihre Forschung gar nicht tragen könnten.

Deswegen ist es alles andere als ein Organisationsegoismus, wenn ich Sie bitte, auch künftig der Deutschen Forschungsgemeinschaft kritisch und engagiert zugewandt zu bleiben.

Urteilkraft

Rede auf der Festveranstaltung im Rahmen der Jahresversammlung
2018 der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn, 3. Juli 2018

Wissenschaft und Gesellschaft, Wahrheit und Macht, Fakten und Vertrauen: Dies sind Konzepte und Konstellationen, die wir lange für stabil halten durften. Doch wandeln sie sich auf beunruhigende Weise. Stürmisch verändern Forschung und Technologie unsere wirtschaftlichen und gesellschaftlichen, unsere politischen und kulturellen Verhältnisse. Und damit gehen enorme Chancen einher und keineswegs geringere Risiken: Dabei gibt es Perspektiven, in denen unbegrenzter wissenschaftlich-technischer Fortschritt auch als Gefahr erscheint, und nicht immer sind diese Perspektiven so irrational wie bei der Ver-teufelung des Impfens. In der Gegenrichtung ist unübersehbar, dass die Krise des pluralistischen Gesellschaftsmodells und der liberalen Demokratie (deren Symptome unsere Nachrichten aus dem In- wie dem Ausland beherrschen) das Verhältnis der Gesellschaft zur Wissenschaft keineswegs unberührt lässt. Deren intellektueller Eigensinn und Freiheit sind schließlich eine Provokation auto-kratischer Machtansprüche.

Über all dies ist in den zurückliegenden ein, zwei Jahren viel gesprochen worden: in Parlamenten und Forschungsinstituten, auf der Straße (beim March for Science etwa) wie in Sachverständigenrunden. Auch ich selbst habe wiederholt öffentlich gefragt, was denn in Zeiten populistischer Intellektualitäts-verachtung und autokratischer Wissenschaftsfeindlichkeit die Sache der Wissenschaften sei. Daran schließe ich heute in gewisser Weise an, wenn ich Ihnen vorschlage, das Wissenschaftliche und das Gesellschaftliche in den folgenden Minuten einmal nicht im Außenverhältnis, sondern im Binnenverhältnis der Wissenschaften zu bedenken.

Die Wissenschaft und alle ihre Domänen, also die Wissenschaften, sind immer zugleich Wissensordnungen und Sozialordnungen. Und das Verhältnis dieser beiden Seiten zueinander ist keineswegs einfach harmonisch. Wo es um die Ordnungen des wissenschaftlichen Wissens geht, da stehen dessen Produktion, Prüfung und Kritik, schließlich die Revision bisherigen Wissens im Vordergrund. Dabei kann man experimentieren, irren, vorläufige Hypothesen bilden, skeptisch bleiben, Fragen auch einstweilen offen lassen oder Antworten in der Schwebe. Auf der Seite der Sozialordnungen von Wissenschaft ist dies durch-aus anders. Hier geht es nämlich insbesondere um bindende Entscheidungen.

Entschieden werden muss unentwegt – über Personen und Berufswege, über Finanz-, Rechts- und Organisationsverhältnisse, über Forschungsprogramme, Projektpläne und Strukturprioritäten, über Infrastrukturen, nationale und internationale Kooperationen usw. Und überall fallen solche Entscheidungen an: in der Wissenschaftspolitik und in den Ministerien, in Universitäten und Forschungseinrichtungen, in Akademien oder Beratungsgremien. Und nicht zuletzt in den Organisationen der Forschungsförderung, also zum Beispiel auch in der DFG. Ja, man könnte Förderorganisationen geradezu als Entscheidungsmaschinen auffassen. Und zwar selbst dann, wenn sie Förderung von Forschung durchaus emphatisch verstehen; wenn es ihnen nicht allein um Mittelvergabe geht, sondern zugleich auch um die Beratung der Forscher und Antragstellerinnen, um Beobachtung wissenschaftlicher Felder und Beiträge zu deren strategischer Entwicklung, um wissenschaftspolitische Positionierung, um das öffentliche Werben für die besonderen Voraussetzungen und Belange guter Forschung und um die Rechtfertigung der Aufwendungen, mit denen sie öffentlich finanziert wird.

Und all dies setzt, ebenso wie die gut 20 000 Förderentscheidungen, die wir bei der DFG derzeit im Jahr treffen, vor allem die nötigen Ressourcen voraus. Deren wichtigste aber ist nicht allein das Geld – wovon ich heute nun allenfalls indirekt sprechen will –, sondern auch wissenschaftliche Urteilskraft. Im Kern, so möchte ich sagen, und vor allem anderen organisiert die Deutsche Forschungsgemeinschaft Urteilskraft.

Wie macht sie das aber? Zunächst kann man einfach sagen: Sie entwickelt, verwaltet und pflegt Verfahren der fachlichen Begutachtung, der vergleichenden Bewertung, der öffentlich legitimierbaren wissenschaftsgeleiteten Entscheidung über Vorschläge zur Finanzierung von Forschungsprojekten.

Und dabei bringt die DFG vielfältigste fachliche Spezialexpertise und weiten Blick zusammen, Aufmerksamkeit fürs Besondere – denn Spezialisierung ist eine Grundbewegung moderner Forschung – wie Aufmerksamkeit fürs Allgemeine – denn Spezialisierung darf nicht zum bornierten Desinteresse an anderen Spezialisierungen und an übergeordneten Problemstellungen verkommen. Wir organisieren also Diversität der Perspektiven im gesamten Spektrum akademischer Disziplinen und rigide Qualitätsansprüche und Fairness und Offenheit fürs Riskante, fürs Überraschende, für den Sprung ins Neue. Dies setzt Bereitschaft zum Diskurs und die Fähigkeit voraus, sich Argumenten zu stellen und das bessere anzuerkennen. Also Urteilskraft: das vernünftige Vermögen – mit einer Formulierung von Immanuel Kant –, zu einem Besonderen das Allgemeine zu finden.

Und gelingen kann all dies allein, weil jedes Jahr Tausende von Gutachterinnen und Gremienmitgliedern unentwegt und unverdrossen bereit sind, viel kostbare Zeit und Urteilskraft zur Verfügung zu stellen. Und zwar intrinsisch

motiviert. Sie tun das nämlich ehrenamtlich und in einem Umfang, der nicht aus jedem Blickwinkel plausibel wirkt; so holen wir zum Beispiel regelmäßig mindestens zwei Gutachten ein, was der Bundesrechnungshof einmal unverhältnismäßig aufwendig (und teuer) gefunden hat.

Gleichwohl und trotz alledem ist dieses anspruchsvolle Organisationssystem der Forschungsförderung, für das die DFG steht, nicht absolut perfekt. Bei aller Zeit und intellektuellen Energie, die in es investiert wird, schließt es menschliche Subjektivität und Irrtum keineswegs aus. Im Gegenteil setzt es gerade auf die Individualität und Urteilstkraft der vielen Einzelnen. Und deswegen ist es ganz unvermeidlich, dass *biases*, Fachegoismen, Partikularinteressen ausnahmsweise eine Rolle spielen können, so sehr wir mit äußerster Sorgfalt jeden Anschein auch nur von Befangenheit auszuschließen suchen. Es ist ganz unvermeidlich, dass auch erfahrenste Gutachterinnen Antragstellerreputation, Themenrelevanz, Antragsgüte und Forschungsqualität einmal miteinander verwechseln; dass an den Grenzen quantitativer Entscheidungslast und sachlicher Entscheidungsschwierigkeiten auch sekundäre Leistungsindikatoren wie diejenigen der Bibliometrie angewandt werden, und zwar obwohl solche Parameter bloß Autoritätsargumente bereitstellen, wie in der mittelalterlichen Wissenschaft, denn sie halten ja eine wissenschaftliche Aussage für wichtig, nicht weil sie in der Sache richtig wäre, sondern weil sie am wichtigen Ort, eben in einem vielbenützten Journal, geäußert wurde.

Und unvermeidlicherweise muss auch kontinuierlich gegen ein Risiko gearbeitet werden, welches aller Projektförderung inhärent ist, dass man nämlich im Zweifel versucht sein mag, dem Konventionellen gegenüber dem irritierend Neuen den Vorzug zu geben.

All dies muss bedacht sein. Und gerade weil es mit großer Sorgfalt unentwegt bedacht wird, meine selbst ich in meiner Rolle als Präsident sagen zu dürfen: Was ihre Güte, Fairness, Forschungsadäquatheit und Effizienz anbelangt, so suchen die Beurteilungsverfahren der DFG in der Projektförderung national wie international ihresgleichen. Dennoch handelt es sich um Menschenwerk. Man kann es aus einem Gesichtspunkt betrachten, aus dem diese Organisation wissenschaftlicher Urteilstkraft langsam und fehleranfällig zu sein scheint, gar: zu langsam und fehleranfällig!

Lässt es sich also nicht längst anders machen: schneller, objektiver, irrtums- und fehlerfreier, kostengünstiger?

Diese Frage ist womöglich nicht völlig abwegig. Wir leben ja in einer Welt, die mit dem Digitalen, mit Algorithmen, mit *text and data mining*, mit *machine learning* und Künstlicher Intelligenz nicht allein die Faszination (und zuweilen die Schrecknisse) unvordenklicher Möglichkeiten überhaupt verbindet. Es gibt zumal auch Stimmen, die dem Digitalen die angeblich lang ersehnte Verhei-

ßung zuschreiben, alles soziale Geschehen lasse sich nun beschleunigen, objektivieren und effizienzsteigernd perfektionieren; und Förderentscheidungen sind ja soziales Geschehen.

Sollten wir bei der DFG also nicht die mühsame und von Subjektivität niemals freie Urteilsbildung der wissenschaftlichen *peers*, die Zeit brauchen und irren können, durch automatisierte Verfahren ersetzen? Sollten wir nicht Algorithmen entwickeln (lassen), die schnell, umfassend, objektiv, fehlerfrei und unbeirrbar Projektanträge ranken und so Förderentscheidungen erzeugen, die für sich selbst zu sprechen scheinen und die daher dann auch nicht mehr kritisiert werden könnten?

Die Vorteile lägen auf der Hand: Umfangreiche Gutachten und lange Gremiensitzungen könnten dann entfallen. Die *peers* würden unbeschwert von der Forschungsbewertung zur Forschung selbst zurückkehren können. Die Bearbeitungsdauer der Anträge könnte auf ein, zwei Tage zusammenschnurren. Statt einer Geschäftsstelle mit vielen höchst qualifizierten Mitarbeiterinnen bräuchten wir bloß eine kleine Sachbearbeitung und vor allem eine *IT support group*. Sollten wir also nicht tatsächlich den Maschinen die Macht übergeben über die Verteilung der Projektmittel? Selbst etwas so unvergleichlich viel Komplexeres wie die Liebesbegegnung – glauben wir bloß der Werbung – lässt sich ja algorithmisch verbessern: „Alle 11 Minuten verliebt sich ein Single über Parship.“ Noch viel schneller könnten wir die Algorithmen Förderentscheidungen treffen lassen.

Doch diese Verheißung, so bin ich überzeugt, täuscht.

Gewiss, nicht Weniges kann in der Tat – und sollte dann auch – automatisiert werden: die formale Vorprüfung von Antragsberechtigung und Antragsvollständigkeit etwa, Hinweise auf mögliche Gutachterbefangenheiten, viele Aspekte der Informationsaufbereitung oder detaillierter statistischer Übersichten, wie sie die DFG jetzt wieder in Gestalt des neuen Förderatlas zur Verfügung stellt. Dann ermöglicht Automatisierung Verbesserungen – jedenfalls solange nicht übersehen wird, dass es wenigstens in einer Hinsicht bei der Forschungsförderung nicht anders ist als bei *expected goals*, dem modernsten Statistikmodell im Profifußball: Rechnerische Trefferwahrscheinlichkeiten und tatsächliche Spielverläufe (ohne dass wir der verletzten Fußballseele zu nahe treten wollten) sind eben zweierlei; nur höchst unerfahrene Clubs würden einen Spieler allein wegen guter statistischer Werte verpflichten.

Automatisieren darf man also nur, was sich automatisieren lässt. Wissenschaftliche Urteilskraft gehört nicht dazu. Vor allem drei Überlegungen sind es, die dies deutlich werden lassen.

Das erste dieser Argumente stellt auf die eigentliche Funktion der Forschung selbst ab. Sie besteht ja darin, nicht einfach beliebiges Neues her-

vortreten zu lassen, sondern neue Forschungsergebnisse zu erarbeiten, das heißt: methodisch verlässliches und daher begründungsfähiges wissenschaftliches Wissen. Automatisierte Förderentscheidungen wären demgegenüber eine Einladung an die Antragsteller, ihrerseits Anträge durch algorithmische Verfahren „optimieren“ zu lassen. Am Ende würden dann automatisch generierte Anträge von einem Entscheidungsalgorithmus klassifiziert. Begründetes Neues, Kontingentes, Paradigmenwechsel wären derart ziemlich zuverlässig ausgeschlossen in einer Weise, welche der Logik moderner Wissenschaft direkt entgegenstünde. Dass ein solches abwegiges Szenario, in dem der Dataismus zum Dadaismus wird, durchaus nicht unrealistisch ist, wissen alle, die das Programm *SCIgen* kennen, das erfolgreich sinnfreie Fake-Artikel produzierte, die es auf allerlei reputierliche Publikationsplätze geschafft haben.

Hinzu kommt eine zweite Überlegung: Ihre vollständige Automatisierung übersähe, dass Förderentscheidungen mehr sind als ein Finanzverteilungsmechanismus. Bildung und Austausch von Urteilen in wissenschaftsgeleiteten Entscheidungsprozessen stellen vielmehr selbst ein konstitutives Moment des Forschungsdiskurses dar. Vermutlich kann man dabei vereinzelt Ideenklau niemals vollständig ausschließen. Vor allem aber sind Begehungsgruppen, Gutachterpanels wie jetzt in der Exzellenzstrategie, sind Fachkollegien oder Entscheidungsgremien immer auch lehrreiche, produktive Umschlagplätze für Informationen, Forschungsansätze und Frageperspektiven. Schon deswegen könnte das Forschungssystem schwerlich auf sie verzichten.

Schließlich führt der Umstand, dass wir von der öffentlichen Finanzierung wissenschaftlicher Diskurse sprechen, auf eine dritte Überlegung: Förderentscheidungen müssen (im Hinblick auf die Verausgabung öffentlicher Mittel) legitim sein und sie müssen (im Hinblick auf das Funktionieren von Wissenschaft) die Möglichkeit der Anerkennung eröffnen – und zwar nicht nur bei den Geförderten (das kriegen wir immer hin; sehr selten werden Fördermittel zurückgewiesen), sondern mehr noch die Anerkennung derjenigen, die mit ihrem Förderantrag nicht erfolgreich waren.

Und darin liegt ein kompliziertes theoretisches Problem mit praktisch alltäglichen Konsequenzen vor. Treten wir also für den Augenblick einen Schritt zurück: Eine Entscheidung, so sehen wir dann, die vollständig determiniert wäre oder technokratisch „Alternativlosigkeit“ für sich in Anspruch nähme, wäre gar keine. Sie wäre ohne Rest aus ihren Voraussetzungen abzuleiten, wie es bei der Befolgung einer Rechenvorschrift der Fall ist, und ihr fehlte daher das entscheidungstheoretisch entscheidende dezisionistische Moment. Das Entscheiden verbinden wir nämlich damit, dass sein Ergebnis zwar gut begründet sei, aber weder zwingend notwendig noch beliebig zufällig, sondern vielmehr – wie man seit Gottfried Wilhelm Leibniz dafür sagen kann – kontingent.

Zwischen der strikten Befolgung von Rechenregeln und dem Würfeln steht das Entscheiden als ein Drittes. Und eben daran hängt die Legitimität und Akzeptabilität von Entscheidungen, auch von Förderentscheidungen. Dem blinden Zufall und der Notwendigkeit können wir uns bloß unterwerfen. Das Entscheiden hingegen, so wie unter anderem wir es im Förderhandeln der DFG institutionalisieren, zielt auf Anerkennung. Selbst dort, wo wir ohne eine Feststellung von Mehrheiten dann doch nicht auskommen, selbst dort folgt unser Entscheiden Gründen, die man rechtfertigen kann – und gerade deswegen auch vernünftig kritisieren und anerkennen.

Eben dies vermögen statistische Mustererkennung, algorithmisch abgeleitete Notwendigkeiten oder blanker Zufall nicht zu leisten. Insofern – und so lange wir uns im Raum dessen bewegen, was wir als „Wissenschaft“ und als „Legitimität“ konzipieren – sind Förderentscheidungen nicht automatisierbar. Sie setzen vielmehr voraus, was wir wissenschaftliche Urteilskraft genannt haben.

Detaillierte Sachkunde gehört selbstverständlich zu ihr und eine gewisse Erfahrung. Doch wären das nur notwendige, nicht auch schon hinreichende Bedingungen. Mit der Spezialexpertise muss sich nämlich die Aufmerksamkeit fürs Übergreifende verbinden, für den Pluralismus der Wissenschaften ebenso wie für die Vielfältigkeit ihrer gesellschaftlichen Funktionen und Leistungen. Hinzukommen muss die Bereitschaft, die eigene Position einem rigiden Begründungszwang auszusetzen, allein dem Sachargument Überzeugungskraft zuzumessen (und nicht Hierarchiepositionen oder rhetorischer Virtuosität). Und es braucht Fähigkeit zur Selbstdistanz: die Souveränität, von der eigenen Interessenlage, auch von der eigenen Position im Erkenntniswettstreit abzusehen und mit der Möglichkeit zu rechnen, dass man selbst im Irrtum sei. Schließlich ist jene Gelassenheit vonnöten, die auch im harten finanziellen Wettbewerb dem Unkonventionellen, dem Riskanten, dem gedanklich Provozierenden Raum zur Entfaltung lassen kann. Und zwar ohne dass dabei anspruchsvollste Qualitätsstandards kompromittiert würden.

Es ist in diesem Sinne, dass ich vorhin davon sprach, es sei gewissermaßen der institutionelle Kern der DFG, bei der Beurteilung von Vorschlägen zur Forschungsförderung Urteilskraft zu organisieren.

Damit will ich keineswegs sagen, dass avancierteste Formen von Digitalität nicht hilfreiche und wichtige Instrumente sein können bei der Vorbereitung von Förderentscheidungen, bei der Verwaltung von Forschungsprojekten, bei der Unterstützung von Urteilskraft. Man darf sie nur nicht mit dieser verwechseln.

Ebensowenig soll die Betonung der zentralen Rolle wissenschaftlicher Urteilskraft für Funktion und Leistung der DFG im Forschungssystem und in der Forschungspolitik besagen, es sei etwa allein die Wissenschaft, in welcher es auf

Urteilstkraft ankomme. Das wäre fahrlässig. Vernünftige und gelassene Urteilstkraft braucht es auch im Umgang mit den Krisensymptomen unserer unübersichtlichen Gesellschaft, auf deren Zumutungen nicht wenige mit merklicher Gereiztheit reagieren, ja mit einer Haltung des aggressiven Beleidigtseins und mit schlichten Ausgrenzungsphantasmen. Gleichermäßen ist vernünftige Urteilstkraft vonnöten bei der Pflege der Institutionen unserer Demokratie, die politische Machtkämpfe einhegen müssen und daher nicht selbst als Waffe in ihnen missbraucht werden dürfen. Und wir leben in Zeiten, in denen hinzugefügt werden muss, dass zu diesen Institutionen auch das Ansehen des Parlaments gehört, die Kompetenz und Würde hoher Staatsämter, die Religionsneutralität des Staates oder das Menschenrecht auf Asyl. Ohne Urteilstkraft können sie nicht bestehen. Und ohne Anstand auch nicht.

Aber ich wollte ja heute tatsächlich vor allem von der DFG sprechen. Lassen Sie mich deswegen mit dieser Schlussfolgerung aus meinen Überlegungen schließen: Wir sind auf wissenschaftliche Urteilstkraft nicht nur angewiesen, um irgendwie zu vertretbaren Entscheidungen bei der Verteilung von Projektmitteln zu kommen. Das freilich auch. Weit darüber hinaus kommt es indes auf diese vernünftige Urteilstkraft an, weil wir ohne sie das Wissenswerte keineswegs unterscheiden könnten vom unabgrenzbaren Gemenge dessen, was man überhaupt zu wissen meinen kann. Wir wären ohne Urteilstkraft ganz außerstande, darüber Rechenschaft abzulegen, was wir womöglich wissenschaftlich und technologisch tun können und was wir keinesfalls tun dürften oder tun sollten. Schließlich wüssten wir ohne sie kaum von den Grenzen der Wissenschaft und von dem kategorialen Unterschied, der sie von den pseudoreligiösen Allmachts- und Erlösungsfantasien eines technoiden Transhumanismus trennt.

Urteilstkraft also: Sie ist alles andere als ein abgelebtes Überbleibsel aus den längst verschwundenen Zeiten vor unseren heutigen Technologiesprüngen. Im Gegenteil: Moderne Wissenschaft hätte ohne sie gar keine Zukunft. Denn Urteilstkraft ist jenes Band, das die Wissenschaften in Beziehung hält mit einem aufgeklärten Wissen von den Umständen des menschlichen In-der-Welt-Seins und einer freien Gesellschaft.

Darüber werden wir weiter und intensiv sprechen müssen. Tun wir es hier und heute bei unserem Jahresempfang, tun Sie es auch andernorts. Und bleiben Sie uns gewogen – weil es hier vernünftig zugeht.

Wissen – Nichtwissen

Rede auf der Festveranstaltung im Rahmen der Jahresversammlung 2019 der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Rostock, 2. Juli 2019

1.

Das Deutsche ist eine Sprache mit reichen Wortbildungsmöglichkeiten. Bei „Forschungsgemeinschaft“, „Zuhörerschaft“ oder „Präsidentschaft“ zum Beispiel liegt offenbar etwas ganz anderes vor als beim „Säulenschaft“, nämlich nicht ein Kompositum zweier Substantive, sondern ein Suffix „-schaft“, das die Beschaffenheit eines Sachverhalts akzentuiert, eines Präsidentenamtes zum Beispiel, oder das ein Kollektiv benennt, die Gemeinschaft der Zuhörer. Und obwohl dieses Suffix mit dem produktiven „Schaffen“ etymologisch allenfalls weitläufig zusammenhängt, stiftet es doch eine eigene Evidenz: In der „Wissenschaft“ geht es um die Schaffung von Wissen.

Dafür günstige Möglichkeiten zu eröffnen, das ist die Aufgabe der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Es freut mich sehr, dass Sie alle das Gewicht dieser Aufgabe – und den Qualitätsanspruch, mit dem wir ihr gerecht zu werden uns bemühen – anerkennen und betonen, indem Sie uns hier produktive Möglichkeiten schaffen für das Schaffen wissenschaftlichen Wissens: Dafür braucht es die Sachkunde und Urteilkraft all der vielen Gutachterinnen und Gremienmitglieder und Experten in der Geschäftsstelle, die in und für die DFG Förderentscheidungen vorbereiten, fällen und administrieren. Dafür braucht es überdies den gesellschaftlich verantworteten Rückhalt der Politik.

In welch außerordentlichem Maße wir in Deutschland solchen Rückhalt genießen, das haben die Beschlüsse bewiesen, die die Bundeskanzlerin jüngst mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zu den Wissenschaftspakten getroffen haben. Ich will in aller Ausdrücklichkeit sagen: Wir – und damit meine ich die DFG, mehr noch indes die Forschenden in den Universitäten, als deren Sachwalterin zumal die DFG sich versteht –, wir sind sehr dankbar für diese Entscheidungen, für den in ihnen sich artikulierenden gesellschaftlichen Rückhalt und für die Verlässlichkeit und finanzielle Planungssicherheit, die sie gewähren.

Und wir verstehen sie als Verpflichtung zur verantwortlichen Weiterentwicklung von Forschung und Wissenschaft in Zeiten, da die internationalen

Kontexte der Forschung konfliktreicher werden, da rund um den Globus Autokraten sich der Forschung zu bemächtigen und ihre Freiheit einzuschränken suchen und da irrationale und intellektualitätsfeindliche Aversionen gegen sie an Resonanz gewinnen.

Das Gewicht dieser wissenschaftlichen Verantwortung wird überdies dadurch bestimmt, dass Forschung in vielen Bereichen, von Künstlicher Intelligenz bis zur Biotechnologie, ein atemberaubendes Tempo vorlegt und dass wir zugleich besorgniserregenden Entwicklungen in ihr entgegenzusteuern haben – indem wir uns kümmern um die Beförderung guter wissenschaftlicher Praxis, um ein strikt qualitätsorientiertes Publikationsverhalten, um die Sicherung ethischer Forschungsgrenzen, um Leistungsversprechen, die wirklich seriös sind. Seit Sokrates kann man ja wissen, dass gute Wissenschaft ebenso mit Nichtwissen wie mit Wissen zu tun hat.

2.

Ebenso alt wie diese sokratische Erkenntnis ist die Erwartung, dass Wissenschaft auch gesellschaftlichen Nutzen zeitige. Allerdings verändert sich derzeit die Form dieser Erwartung. Sie wird nicht mehr nur als systemische Verantwortlichkeit formuliert, sondern zunehmend als *accountability* jeder einzelnen wissenschaftlichen Aktivität. Und deren Nutzen soll sich immer direkter und kurzfristiger als zahlenförmiger *impact* erweisen können.

Das ist in gewisser Weise nachvollziehbar; es hat ja auch die utilitaristische Logik eines *government by numbers* für sich. Kurzfristig aber wäre es, derartige Erwartungen zum alleinigen Maßstab für jedwede Art öffentlich getragener Forschung zu machen.

Diese muss nämlich neben Lösungen für Probleme, die wir schon kennen, auch gedankliche Kapazitäten und Lösungspotenziale pflegen für Fragen und Probleme, von denen wir derzeit noch gar nicht wissen. Deswegen übrigens garantiert das Grundgesetz seit nunmehr 70 Jahren in so bemerkenswert unbedingter Weise die Freiheit der Wissenschaft.

Forschung bewegt sich also im Feld unscharfer Grenzsäume von Wissen und Nichtwissen. Sie wird in Bewegung gehalten von der Prämisse, dass Unwissenheit oder Irrtum oder auch Lüge aufzuklären, dass Nichtwissen also zu beseitigen sei, dass methodisch verlässliches Wissen gut sei – und mehr Wissen besser als weniger.

Die Wissensgesellschaft wie ihre Wissenschaft – oder auch ihr innovationsökonomischer Diskurs –, sie folgen insofern einem Wertapriori. Und eine Vielzahl gesellschaftlicher Institutionen reproduziert dieses Wertapriori als eine soziale Selbstverständlichkeit. Denken Sie allein daran, wie im Muster des Krimis

dieses Aufklärungsschema allgegenwärtig ist. Wo Nichtwissen ist, soll Wissen sein (und also Ordnung wieder herrschen). Wissen schaffen! Dies ist die Parole der Aufklärung.

So simpel war es freilich nie. Sehen wir auch nur etwas genauer zu, so zeigen sich Nichtwissen und Wissen viel komplexer und ambivalenter verschränkt, als es diese (zu) einfache Fortschrittsgeschichte erzählt. Man muss sich ja bloß vergegenwärtigen, wie forschungsbasierte Wissensmöglichkeiten individuell als Zumutung wirken können; wenn ich zum Beispiel eigene genetische Dispositionen kenne, ohne ihnen entrinnen zu können. Oder wie konstitutiv Nichtwissen für unsere Identität und Freiheit ist – als Privatheit, als Recht auf informationelle Selbstbestimmung, als Unkenntnis der eigenen Todesstunde.

Und auf gesellschaftlicher Ebene sind unsere Ökonomien weithin solche des forschungsmethodisch generierten Wissens – aber nicht etwa seiner Gleichverteilung, sondern vielmehr seines exklusiven Gebrauchs. In den Versicherungssystemen stehen wir füreinander ein, weil es (derzeit noch!) gerade nicht möglich ist zu wissen, was statistische Risiken für den individuellen Lebenslauf tatsächlich besagen. Überhaupt ist Gesellschaft undenkbar ohne das, was der amerikanische Philosoph John Rawls den „veil of ignorance“ (den „Schleier des Nichtwissens“) nannte. Sie wäre schlechterdings Terror und Anomie, wüssten wir alle in totaler Transparenz alles über alle.

Schließlich die Wissenschaft selbst. Wo sie Wissen schafft, da setzt sie Nichtwissen voraus: als überwundenes nicht allein, sondern auch als zukünftige Möglichkeit. Wissenschaftlich nämlich ist unser Wissen allein in dem Maße, in dem wir damit rechnen, dass es ungewiss sei, dass andere es jetzt schon oder wir selbst es in Zukunft besser wissen. Und derart erfolgreich sind wir unterdessen mit diesem Konzept, dass man selbst innerhalb der Wissenschaft über die Geltung der Wissensansprüche der anderen angesichts ihrer Menge und Spezialisiertheit in den allermeisten Fällen nichts weiß. Man kann solche Geltung für jetzt bloß unterstellen: im Vertrauen aufs Urteil der *peers*, auf potenzielle Nachprüfbarkeit, auf Reputation, auf den prominenten Publikationsort.

„Vertrauen“ aber heißt nicht „wissen“. Vielmehr, um einen der Gründerväter der Soziologie, Georg Simmel, zu zitieren, ist Vertrauen „als Hypothese ein mittlerer Zustand zwischen Wissen und Nichtwissen [...]“.¹

Zudem ist sodann unübersehbar, dass sich die Gesellschaft qua Wissenschaft nicht allein mit voraussetzungsreichem Wissen ausstattet, sondern dieserart

1 Georg Simmel: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung (GA 11). Frankfurt/Main 1992, S. 393. „Der völlig Wissende braucht nicht zu vertrauen, der völlig Nichtwissende kann vernünftigerweise nicht einmal vertrauen.“

zugleich auch mit Unwissen: weil aus wissenschaftlicher Erkenntnis noch keineswegs unzweideutiges Handlungswissen resultiert; weil Forschung im Maß ihrer Beschleunigung zugleich die Gültigkeitsdauer bisherigen Wissens und etablierter Praktiken verkürzt; weil sie mit der fortschreitenden Verwissenschaftlichung der Gesellschaft ihr Monopol auf die Unterscheidung von Wissen und Nichtwissen verliert und weil sie in Konkurrenz gerät zu anderen Instanzen, die gleichfalls Forschung zu sein und wissenschaftliches Wissen zu verwalten beanspruchen – seien es Instanzen einer wissenschaftsbasierten Praxis (in Krankenversorgung oder Wetterdienst) oder des Journalismus (der Nachrichtenreporter als Terrorismus- oder Umweltexperte) oder auch der Zivilgesellschaft (*citizen science*).

Auf der gesellschaftlichen „Rückseite“ wissenschaftlicher Wissensproduktion, so hat es der spanische Sozialphilosoph Daniel Innerarity zusammengefasst, wächst die „Unsicherheit und Instabilität“. So „stehen wir nun vor dem Paradox, dass die Wissensgesellschaft im Grunde mit der Autorität des Wissens Schluss gemacht hat. Das Wissen vervielfältigt und dezentralisiert sich, es ist brüchiger und fragwürdiger geworden“². Ausdruck dessen ist eine sich ausbreitende Wissenschaftsaversion oder -negierung ebenso wie der unentwegt vielstimmige Streit der Experten: Feinstaub, Sprunginnovationen, Glyphosat, Matheabitur, Atomenergie, Grundeinkommen, Krebsvorsorge usw. – von der Diätetik, dem Rentensystem oder dem Humboldt-Forum ganz zu schweigen. Harry Truman hatte deswegen einmal nach „one-armed economists“ gerufen³ – entnervt von Wissenschaftlern, die sich allein zu äußern wissen im dauerproblematisierenden „on the one hand ... and on the other hand“.

3.

Mit Eindeutigkeit und Gewissheit kann wissenschaftliche Erkenntnis heute nicht mehr assoziiert werden. Gleichwohl ist überall und jederzeit mit Händen zu greifen, wie sie die Welt machtvoll umgestaltet. Zum Auftrumpfen gibt es für die Forschung daher keine Notwendigkeit. Und angesichts der intrikaten Konfigurationen von Wissen und Nichtwissen auch keinen Anlass.

Andererseits dürfen wir nun dem aufklärerischen Imperativ „Wissen schaffen!“ nicht mit einem beherzten Lob des Nichtwissens entgegentreten. Es wäre mehr als naiv. Es wäre frivol. Zu schnell und zu tiefgreifend sind die Transformationen des Wissens. Zu leicht verfängt in unseren Zeiten vulgärer Selbsterregung das populistische Experten-Bashing. Zu vielfältig ist der Missbrauch von

2 Daniel Innerarity: Demokratie des Wissens. Plädoyer für eine lernfähige Gesellschaft. Bielefeld 2013, S. 54, 66.

3 Wann genau und zu welchem Anlass der Präsident diesen Ausruf tat, ist in der Literatur leider nicht überliefert. Zitiert wird es in Ralph Keyes: *The Wit & Wisdom of Harry S. Truman*. New York 1999, S. 32.

Nichtwissen, sei es als *alternative facts*, sei es als *agnostology*, also als Korruption der wissenschaftlichen Tugend des Zweifels zum Zwecke der Bemäntelung von Untätigkeit oder Gefährdung – wie es beim jahrzehntelangen Kampf der Tabakindustrie gegen die Krebsforschung zu beobachten war oder Anfang des Jahres in der Feinstaubdebatte.

Das komplexe Ineinander von Wissen und Nichtwissen darf nicht nach der einen oder der anderen Seite hin vereindeutigt werden. Es ist ja ein Prinzip der Wissenschaft.

Und das verlangt bei denen, die forschen, eine besondere intellektuelle Haltung. Diese verbindet eindringliche Sorgfalt mit der Fähigkeit zu reflexiver Selbstdistanz. Sie kennt und benennt also Status und Grenzen des je eigenen Wissens, weiß um dessen wachsenden Abstand vom Wissen der Wissenschaften überhaupt; vermeidet den Fehler, alles nichtwissenschaftliche Wissen bloß für Nichtwissen zu halten.

Die Förderung erkenntnisgeleiteter Forschung sodann, wie sie die Sache der DFG ist, muss ihre Instrumente und Verfahren eben dafür offenhalten. Sie muss also Zeit geben für die Entwicklung einer solchen selbstreflexiven intellektuellen Haltung. Sie sollte eine weitere Erhöhung des Beschleunigungs-, des Wettbewerbs- und Ergebnisdrucks vermeiden. Dieser formatiert nämlich jene vielfältigen Individualitäten der Forschenden, welche die wichtigste Ressource sind, die wir *gegen* den Mainstream und *für* die überraschend neue Einsicht einsetzen können. Sie sollte die Pluralität von Erkenntnisinteressen, Methoden und Forschungspraktiken zur Entfaltung kommen und diese sich gegenseitig herausfordern lassen. Und sie muss im Entscheidungsprozess dem kritischen Argument und der Urteilskraft so viel Gelegenheit einräumen wie nur eben möglich.

Denn nicht etwa substituiert Forschungsförderung einfach Nichtwissen durch Wissen. Sie eröffnet vielmehr Möglichkeiten, dass in den Grenzsäumen von Wissen und Nichtwissen der stete Prozess ihrer Rekonfigurierung sich vollziehe als ein ebenso rationaler wie methodisch kontrollierter.

Und schließlich wird auch eine glaubwürdige Beschreibung der öffentlichen Stellung von Wissenschaft dies bedenken. Von großem gesellschaftlichem Rückhalt ist diese Stellung geprägt; davon hatte ich eingangs mit Blick auf die Wissenschaftspakte gesprochen. Doch ist dieser Rückhalt keineswegs selbstverständlich. Er muss stetig erarbeitet werden. Und dabei sind die unmittelbaren technischen und ökonomischen Effekte von Forschung eine wichtige Dimension, indes von vielen nur eine. Mit den Möglichkeiten und Chancen, die die Wissenschaften eröffnen, wie mit den Risiken und Gefährdungen, die von ihnen ausgehen können, sind die Wissenschaften für unsere moderne Zivilisation überhaupt konstitutiv.

So frivol ein beherztes Lob des Nichtwissens wäre, so wenig müssen die Wissenschaften als Verheißung der Erlösung von allen Übeln hypostasiert werden. Und sie dürfen es auch nicht! Die breite, die geradezu unabgrenzbare Wirkmächtigkeit der Wissenschaften ist ja einfach unübersehbar, und sie ist keineswegs schon erfasst durch Hinweise darauf, dass Wissenschaft auch jeweils aktuelle Relevanzerwartungen erfüllt.

Technische Patente oder medizinische Therapieverfahren gehören zu dieser Wirkmächtigkeit, aber die rein theoretische Erkenntnis der Natur und die unentwegte Neuinterpretation von Gesellschaft und Kultur ebenso. Oder auch die Vereinfachung vieler einzelner Handlungszusammenhänge und das Komplexermachen von Wirklichkeit überhaupt.

Zu dieser Wirkmächtigkeit gehören aber zudem fachlich gleichermaßen gut ausgebildete wie vielfältig gebildete, sozialkompetente Staatsbürger. Und ebenso die zivilisatorische Leistung einer kritischen Reflexion auf die ambivalenten Konstellationen von Wissen und Nichtwissen und Macht.

Solches differenziert, redlich und mit dem Anstand einer gewissen Zurückhaltung zu beschreiben, auch in der Wissenschaftskommunikation, dies scheint mir das Beste, was die Wissenschaften dazu beitragen können, ihren gesellschaftlichen Rückhalt zu stützen.

4.

Was ich eigentlich sagen wollte und woran mir auch im Rückblick auf sechseinhalb Jahre etwas liegt, das war nicht der Hinweis auf die Gemengelage von Wissen und Nichtwissen; das wäre an Allgemeinheit schwerlich zu überbieten.

Eigentlich sagen wollte ich: Selbst wer in der Wissenschaft über Wissen spricht, kann vom Nichtwissen nicht schweigen. Und auch nicht von beider vielfältigem Ineinander – so faszinierend, riskant, ärgerlich, hoffnungweckend immer dieses Ineinander jeweils sein mag.

Auch und gerade die Wissenschaften operieren im Grenzsaum von Wissen und Nichtwissen – ob sie es nun zugeben oder nicht. In ihm wirkt die Förderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft und ihm unterliegen auch deren Entscheidungen selbst.

Denn überwiegend geht es dabei um die Förderung von Projekten, also von zukünftiger Forschung. Und wenn das ernst gemeint ist, dann weiß man eben nicht schon im Vorhinein, welches Wissen am Ende stehen wird. Auch Förderentscheidungen sind Handeln unter Unsicherheit. Sie setzen Zutrauen ins Zukünftige voraus. Und gelassene Anerkennung der vielfältigen Möglichkeiten des Nichterfolgs von Forschung, des Irrtums, des Nichtwissens.

So gesehen ist es keine geringe Verantwortung, welche die DFG als integrierende Selbstverwaltungsorganisation von Forschung in der Bundesrepublik zu übernehmen hat: Für dieses Zutrauen und diese Gelassenheit, für die wechselreichen Prozesse von Wissen und Nichtwissen bemüht sie sich, Anerkennung sowie politischen und gesellschaftlichen Rückhalt zu schaffen.

Dieser Verantwortung können wir jedenfalls allein dann gerecht werden, wenn Sie alle in je eigener Weise daran mitwirken. Bleiben Sie bitte auch in Zukunft der DFG gewogen.

Bibliografie

Baer, Susanne: Verantwortung für die Wissenschaftsfreiheit. Festvortrag zur Jahrestagung der DFG. Bochum, 1. Juli 2015, erschienen in: *Wissenschaftsrecht (WissR)*, Jahrgang 48 (2015), S. 3–13.

Bruch, Rüdiger vom: Von der „Not“ zur „Allianz“. Die DFG als Forschungsgegenstand und Institution. In: Karin Orth, Willi Oberkrome (Hrsg.): *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft von 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik*. Stuttgart 2010, S. 41–52.

Buchstein, Hubertus: Der Zufall in der Forschungsförderungspolitik. Swifts „Akademie von Lagado“. In: *Forschung & Lehre* 2011, Heft 8, S. 596–597.

Bush, Vannevar: *Science – The Endless Frontier. A report to the President on a Program for Postwar Scientific Research*. Washington 1945.

Chargaff, Erwin: *Ernste Fragen. Essays*. Stuttgart 2000.

Deutsche Forschungsgemeinschaft: *Replizierbarkeit von Forschungsergebnissen. Eine Stellungnahme*. Bonn, April 2017.

Enzensberger, Hans Magnus: Macht und Geist. Ein deutsches Indianerspiel. In: *DIE ZEIT*, Nr. 15 (1988).

Firestein, Stuart: *Ignorance. Die Triebfeder der Wissenschaft*. Bern 2013.

Fischer, Karsten; Strohschneider, Peter: Kulturen des Vorbehalts. Über Demokratie und Wissenschaft in Zeiten des Populismus. (U.d.T. „Dafür gehen wir meilenweit“) In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 93 (21.4.2017), S. 12.

Flaig, Egon: *Die Mehrheitsentscheidung. Entstehung und kulturelle Dynamik*. Paderborn 2013.

Foerster, Heinz von: Ethics and Secondorder Cybernetics. In: *Cybernetics & Human Knowing* 1 (1992), S. 9–19.

Gumbrecht, Hans Ulrich: Wie deutsch kann die Germanistik sein? In: Harmut Kugler (Hrsg.): www.germanistik2001.de. Vorträge des Erlanger Germanistentags. Zwei Bände, Band 1. Bielefeld 2002, S. 23–40.

Innerarity, Daniel: *Demokratie des Wissens. Plädoyer für eine lernfähige Gesellschaft*. Bielefeld 2013.

Kermani, Navid: Einübung ins Fremde. In: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 269 (19.11.2013), S. 41.

Keyes, Ralph: The Wit & Wisdom of Harry S. Truman. New York 1999.

Ders.: The Post-Truth Era. Dishonesty and Deception in Contemporary Life. New York 2004.

Lindner, Angela: Tristesse in Ungarn. In: DUZ Magazin, Nr. 5/2017, S. 19.

Luhmann, Niklas: Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt/Main 1990.

Lübbe, Hermann: Geschichtsbegriff und Geschichtsinteresse. Zweite Ausgabe. Basel 2012.

Ders.: Helmut Schelsky als Soziologe universitärer Forschung. Pragmatien organisierter Interdisziplinarität. In: ZiF-Mitteilungen 2/2013, S. 73–88.

Nassehi, Armin: Inklusion, Exklusion – Integration, Desintegration. Die Theorie funktionaler Differenzierung und die Desintegrationsthese. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. Band 2: Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt/Main 1997, S. 113–148.

Maasen, Sabine; Dickel, Sascha: Partizipation, Responsivität, Nachhaltigkeit. Zur Realfiktion eines neuen Gesellschaftsvertrages. In: Dagmar Simon, Andreas Knie, Stefan Hornbostel, Karin Zimmermann (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. 2., vollständig bearbeitete Auflage, Wiesbaden 2016, S. 225–242.

Marquard, Odo: Über die Unvermeidlichkeit der Geisteswissenschaften. In: Ders.: Apologie des Zufälligen. Stuttgart 2001, S. 98–116.

Merton, Robert K.; Barber, Elionor: The Travels and Adventures of Serendipity: A Study in Sociological Semantics and the Sociology of Science. Princeton 2004 [1945].

Mittelstrass, Jürgen (mit Wolfgang Frühwald u.a.): Geisteswissenschaften heute. Eine Denkschrift. Frankfurt/Main 1991.

Moedas, Carlos: The future of market-creating research and innovation in Europe. Rede, gehalten am 13.4.2016 am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim.

Musil, Robert: Der Mann ohne Eigenschaften. Berlin 1930.

Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin 2016.

Oberreuter, Heinrich: Politische Entscheidungen zwischen Vernunft und Irrationalität. In: Joachim Fischer, Hans Joas (Hrsg.): Kunst, Macht und Institution. Studien zur Philosophischen Anthropologie, soziologischen Theorie und Kulturosoziologie der Moderne. Festschrift für Karl-Siegbert Rehberg. Frankfurt/Main 2005, S. 292–303.

Platon: Theaitetos. Werke in acht Bänden. Griechisch und Deutsch, Band 6. Deutsche Übersetzung von Friedrich Schleiermacher, Darmstadt 2005.

Rohe, Wolfgang: Vom Nutzen der Wissenschaft für die Gesellschaft. Eine Kritik zum Anspruch der transformativen Wissenschaft. In: GAIA 24/3 (2015), S. 156–159.

Rosanvallon, Pierre: Democratic Legitimacy. Impartiality. Reflexivity. Proximity. Princeton 2011.

Sarewitz, Daniel: Saving Science. In: The New Atlantis. Spring, Summer 2016, S. 5–40.

Schmid, Thomas: Die Form ist die Mutter der Freiheit: Politik als Streit und Konsens. Zum Tode des Politikwissenschaftlers Wilhelm Hennis. In: Die Welt, 13.11.2012 (www.welt.de/print/die_welt/kultur/article110970930/Die-Form-ist-die-Mutter-der-Freiheit.html, Aufruf am 6.11.2019).

Seibel, Wolfgang: Verwaltung verstehen. Eine theoriegeschichtliche Einführung. Berlin 2016.

Sen, Amartya: Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt. München 2010.

Shapin, Steven: The Scientific Life. A Moral History of Late Modern Vocation. Chicago 2008.

Simmel, Georg: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung (GA 11). Frankfurt/Main 1992.

Soeffner, Hans-Georg: Fragiler Pluralismus. In: Ders., Thea Boldt (Hrsg.): Fragiler Pluralismus. Wiesbaden 2014, S. 207–225.

Stichweh, Rudolf: Zur Entstehung des modernen Systems wissenschaftlicher Disziplinen. Physik in Deutschland 1740–1890. Frankfurt/Main 1984.

Ders.: Wissenschaft, Universität, Professionen. Soziologische Analysen. Frankfurt/Main 1994. 2. Auflage, Bielefeld 2012.

Ders.: „Probleme einfach umdefiniert“. In: DUZ Magazin, Nr. 5/2016, S. 24–26.

Strohschneider, Peter: Reden und Vorträge des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates 2006–2010. Eine Auswahl. Köln 2010.

Ders.: Zur Politik der Transformativen Wissenschaft. In: André Brodocz, Dietrich Herrmann, Rainer Schmidt, Daniel Schulz, Julia Schulze-Wessel (Hrsg.): Die Verfassung des Politischen. Festschrift für Hans Vorländer. Wiesbaden 2014, S. 175–192.

Ders.: Forschungsförderung. Was können wir planen? In: Jürgen Kaube, Jörn Laakmann (Hrsg.): Das Lexikon der offenen Fragen. Stuttgart 2015, S. 79–80.

Ders.: Kolleg und Projekt. Forschungskollegs im Kontext der Forschungsförderung. In: Freiburg Institute for Advanced Studies (FRIAS) (Hrsg.): Forschungskollegs und ihre Funktion im deutschen Wissenschaftssystem. Dokumentation der Tagung Mai 2016. [Selbstverlag] 2016, S. 22–27.

Ders.: Haltet den Lügner! In: Der Spiegel, Nr. 16 (15.4.2017), S. 109.

Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der Verstehenden Soziologie. Köln 1964.

Ders.: Wissenschaft als Beruf. Stuttgart 1995.

Zinkant, Kathrin: „Auf die Barrikaden!“ In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 35 (11./12.2.2017).

Deutsche Forschungsgemeinschaft

Kennedyallee 40 · 53175 Bonn

Postanschrift: 53170 Bonn

Telefon: +49 228 885-1

Telefax: +49 228 885-2777

www.dfg.de